

Entwurf Wahlprogramm zur Bürgerschaftswahl am 23. Februar 2020

»Wem gehört die Stadt?

Das solidarische Hamburg

von morgen erkämpfen!«

Leitantrag des Landesvorstands

für die vierte Tagung des 6. Landesparteitages

am 18./19. Oktober 2019

Inhalt

1. Wem gehört die Stadt? – Das solidarische Hamburg von morgen erkämpfen!.....	14
Die Stadt gehört allen	14
Klimapolitik ist Klassenpolitik	15
Armut bekämpfen, Reichtum verteilen	16
Gute Pflege für Alle	17
Ohne Wenn und Aber: Für soziale Gerechtigkeit!	17
2. Wohnungen für alle	18
Markt und Senat haben versagt	18
Mieten runter!	18
Mehr preiswerten Wohnraum schaffen	18
Die Eigentumsfrage offensiv stellen	19
Den sozialen und gemeinnützigen Wohnungsbau fördern	19
3. Für eine konsequente sozial gerechte Klimapolitik	20
Die Klimazerstörung ist eine Frage von arm und reich	21
Klimaschutz braucht Bewegung	21
CO ₂ -Steuer hilft dem Klima nicht	21
Raus aus fossilen Energieträgern.....	21
Der Senat muss handeln	22
Verkehr	22
Energieversorgung	22
Energieverbrauch senken – raus aus Kohle, Öl & Gas.....	23
Gebäude	23
Kein Fracking Gas für Hamburg!.....	23
4. Umsteuern für die Umwelt	24
Grün für alle.....	24
Müll: Vermeidung vor Recycling.....	24
Für Tierschutz!	25
5. Sozial-ökologische Verkehrswende	26
Radikales Umsteuern für mehr Lebensqualität	26
Preise runter beim HVV.....	27
Einsteigen bei der Stadtbahn	27
Vorfahrt fürs Fahrrad	28

6. Armut bekämpfen – Reichtum umverteilen	28
Den Kampf gegen Armut aufnehmen	28
Kinderarmut bekämpfen, kommunale Infrastruktur stärken	29
Keine Angst vor dem Alter	29
Faire Arbeit statt prekärer Beschäftigung	30
Stromsperren verbieten	32
Obdachlosigkeit bekämpfen	32
Sozialausweis: Teilhabe für alle.....	33
7. Gesundheit und Pflege – menschenwürdig für alle	33
Soziale Ungleichheit macht krank	33
Bessere Arbeitsbedingungen im Krankenhaus	33
Aufwertung der Pflegearbeit.....	34
Für eine Gesundheitsversorgung der kurzen Wege	34
Prävention von Anfang an.....	35
Für eine menschenwürdige Psychiatrie	35
Drogenpolitik: Aufklärung statt Strafe	35
8. Solidarisches Arbeiten und Wirtschaften	36
Sozial-ökologische Wirtschaft statt Profitlogik	36
Neuausrichtung der Wirtschaftsförderung	36
Privatisierungsbremse in die Hamburger Verfassung!	37
Öffentliche Unternehmen: eine Chance für Hamburg	38
Rechte der Beschäftigten bei der digitalen Transformation stärken!	38
Den Hafen sozial und ökologisch modernisieren	39
Tourismus: Nachhaltigkeit statt Eventkultur	40
Landwirtschaft stärken: Wochenmarkt statt Weltmarkt	41
9. Solidarität statt Diskriminierung	42
Konsequent gegen Rechts	42
Verfassungsschutz abschaffen	42
Gegen Rassismus und Diskriminierung.....	43
Die Stadt der Vielfalt stärken	43
Bildung und Arbeit für alle	43
Keine Festung Europa!	44
Bessere Lebensbedingungen für Geflüchtete	44
Frauenrechte sind Menschenrechte	45
Gleiche Rechte für queere Menschen	46
Barrieren beseitigen!	47
10. Nein zu Rüstung und Krieg	48
Aufrüstung stoppen - Weg zum Frieden einschlagen, Völkerrecht statt Faustrecht.....	48
Frieden schaffen, Rüstungsexporte stoppen	49
Feindbilder abbauen	49
11. Bildung ist Menschenrecht.....	49
Gebührenfreie Bildung für alle Kinder	49
Für gute Arbeit in Kitas	50
Schule für alle statt Zwei-Säulen-Modell.....	50
Ausbildungsangebote für alle Jugendlichen	51
Hochschulen für alle statt Exzellenz für wenige	51
Kinder- und Jugendrechte stärken	53
12. Kultur und Medien für alle	54
Preise runter in Museen.....	54
Arbeits- und Produktionsbedingungen.....	54
Kulturelle Teilhabe und Chancengleichheit	55
Für eine neue Erinnerungskultur.....	55
Medien für Alle	56

13. Breitensport statt Großevents	57
Mehr Anstrengungen für den Breitensport	57
Strenge Regeln für Sportgroßveranstaltungen	58
14. 100 Prozent Demokratie	59
Starke Bezirke – starke Stadt	59
Digitalisierung als Chance	60
Grundrechte stärken – Polizei demokratisieren	61
Prävention statt Strafen	62
Vorrang für Resozialisierung	62
Gerichte stärken	63
15. Reichtum besteuern - Schuldenbremse abschaffen!	63
Umverteilung braucht eine radikale Besteuerung großer Vermögen	63
Schuldenbremse streichen – sozial-ökologischen Umbau finanzieren	64
Gemeindefinanzierung anstatt Gewerbesteuer	64
Grunderwerbsteuer	64
Grundsteuer	64
Ausbau der Steuerverwaltung	64
Banken	65
16. Das solidarische Hamburg ist möglich	65

1. Wem gehört die Stadt? – Das solidarische Hamburg von morgen erkämpfen!

Die Stadt gehört allen

Die Abschaffung von Armut und Ausbeutung, die Rettung der Welt vor der Klimakatastrophe lassen sich nicht auf privatwirtschaftliche, gar marktradikale Weise lösen. Hamburg muss neue Wege gehen. Nicht Geld und Profit dürfen vorgeben, wie sich die Stadt entwickeln soll, sondern die Bedürfnisse der Menschen. DIE LINKE will eine Stadtentwicklung, in der soziale Gerechtigkeit und der nachhaltige Umgang mit den natürlichen Ressourcen im Mittelpunkt stehen. Profitorientierung und Privatisierung des öffentlichen Raumes müssen zurückgedrängt werden, öffentliches und genossenschaftliches Eigentum ausgebaut und neue Formen des solidarischen Miteinanders entwickelt werden. Die soziale Mischung und das Zusammenleben in den Stadtteilen müssen gestärkt werden.

Stadtentwicklung in diesem Sinne kommt nicht von oben, sondern von unten. Die Beteiligung und Selbstorganisation der Bürger*innen muss auf allen Ebenen Vorrang haben. Städtische Planungen und Veränderungen dürfen nicht an den Menschen vorbei entschieden werden. Linke Stadtentwicklungspolitik stellt dabei die durch die Recht-auf-Stadt-Bewegung vor gut zehn Jahren wieder aufgeworfene Frage: „Wem gehört die Stadt?“

DIE LINKE fordert, die Eigentumsverhältnisse transparent zu machen (z.B. durch öffentliche, allen zugängliche Grundbücher). Sie kämpft dafür, dass der Senat sich nicht mehr als Erfüllungsgehilfe der großen Firmen und der Reichen versteht. DIE LINKE ist gegen eine Politik, welche die Stadt als Marke verkauft. Unsere Stadt ist kein Unternehmen!

Die innenstadtnahen Quartiere dürfen nicht allein im Sinne der Wohlhabenden hergerichtet werden. DIE LINKE will eine Stadt, in der sich alle wohlfühlen! Die öffentlichen Räume wollen wir ausbauen und stärken. Die Privatisierung von Straßen und Plätzen lehnen wir ab.

Hamburg ist eine der Städte mit dem höchsten Bevölkerungszuwachs in Europa. Hamburg wächst in jedem Jahr um 10.000 Menschen und wird Prognosen zufolge bis 2035 knapp zwei Millionen Einwohner*innen haben. Deshalb gilt es genügend bezahlbare Wohnungen, Kultur-, Bildungs-, und Sozialeinrichtungen zu schaffen, die Infrastruktur auszubauen, und gleichzeitig Grün- und Freiflächen zu sichern.

DIE LINKE will die Lebensqualität für alle Einwohner*innen erhöhen. Die Politik der Schuldenbremse steht dem entgegen. Sie verhindert dringend notwendige Investitionen in die soziale Infrastruktur. Sie führt zu einer Rotstift-Politik, die ohnehin schon unzureichend ausgestattete Quartiere besonders trifft. DIE LINKE will die Schuldenbremse abschaffen und stattdessen ein Zukunftsinvestitionsprogramm in den Bereichen soziale Dienstleistungen, Bildung, Umwelt- und Klimaschutz, den Ausbau des Öffentlichen Personennahverkehrs und der sozialen Infrastruktur.

Hamburg ist jedoch nicht nur eine stetig wachsende Metropole, sondern auch eine sozial tief gespaltene Stadt. Nirgendwo sonst in der Bundesrepublik leben so viele Millionäre und Milliardäre. Gleichzeitig ist jedes vierte Kind arm und jeder fünfte Beschäftigte arbeitet im Niedriglohnsektor. Den riesigen Vermögen Einzelner und den Gewinnen einiger großer

41 Konzerne stehen marode Schulen, ein überlastetes öffentliches Verkehrsnetz, eine stark vom
42 Einkommen abhängige Gesundheitsversorgung und ein sinkender Bestand an
43 Sozialwohnungen gegenüber.

44 Dabei sind weder der überbordende Reichtum noch die stetig wachsende Armut vom Himmel
45 gefallen. Das eine bedingt das andere. Die Politik der letzten Jahrzehnte, vor allem seit der
46 Agenda 2010, hat eine bis heute anhaltende Umverteilung des gesellschaftlich erarbeiteten
47 Reichtums von unten nach oben in Gang gesetzt. Das zieht nicht nur eine massenhafte
48 Verarmung in einem der reichsten und produktivsten Länder der Welt nach sich. Die soziale
49 Ungleichheit frisst den sozialen Kitt, der die Gesellschaft zusammenhält. Sorgenfrei in die
50 Zukunft sehen zu können, eine positive Perspektive für sich selbst und die kommende
51 Generation ist nötig für Solidarität und Zusammenhalt. Eine solche Lebensperspektive wird
52 jedoch immer mehr zum Luxusgut. DIE LINKE hat sich zum Ziel gesetzt, dieser Entwicklung
53 entgegenzutreten. Auf der Straße und in den Parlamenten, gemeinsam mit sozialen
54 Bewegungen.

55 Hamburg hat Zukunft. Die Frage ist allerdings: „Für wen?“. Wird die Stadt den Superreichen
56 und Konzernen gehören, die auf dem Rücken der Vielen ihre Gewinne erwirtschaften? Oder
57 werden sich die Vielen die Zukunft erkämpfen? Angesichts der drohenden Klimakatastrophe
58 und der zunehmenden sozialen Ungleichheit bleibt keine Zeit, die Entwicklungen abzuwarten.
59 Die Menschen müssen die Zukunft jetzt gestalten und aktiv für eine soziale und ökologische
60 Wende eintreten. Die profitgetriebene Zerstörung der Natur und die Ausbeutung des
61 Menschen muss beendet werden!

62 Die Wohnungsfrage kann nur lösen, wer die Eigentumsfrage stellt

63 Der Zugang zu bezahlbarem Wohnraum ist in einer schnell wachsenden Stadt wie Hamburg
64 von existentieller Bedeutung. Hamburg braucht keine Luxuswohnungen in der Hafencity,
65 sondern gute und preiswerte Wohnungen für alle: vor allem für Menschen mit normalen und
66 niedrigen Einkommen. DIE LINKE fordert deshalb den sofortigen Stopp des Verkaufs von
67 öffentlichem Grund und Boden, einen Mindestanteil von 50 Prozent Sozialwohnungen im
68 Neubau (auf öffentlichem Grund 100 Prozent), die Vergesellschaftung großer
69 Wohnungskonzerne, den konsequenten Ausbau des städtischen Wohnungsbaus und die
70 Einführung eines Mietendeckels, um den Mietenwahnsinn endlich einzudämmen. Die
71 Wohnungsnot der einen ist untrennbar verbunden mit den Profiten und dem Luxus der
72 anderen. Es ist von grundlegender Bedeutung, in wessen Eigentum sich Grundstücke und
73 Häuser befinden. Es entscheidet darüber, wer in Hamburg bleiben kann und wer verdrängt
74 wird. Es entscheidet, ob sich die Interessen der Hamburgerinnen und Hamburger durchsetzen
75 oder die der Superreichen und der Wohnungskonzerne. DIE LINKE will den Ausverkauf der
76 Stadt stoppen und die Wohnungspolitik an den Bedürfnissen der Menschen orientieren.

77 **Klimapolitik ist Klassenpolitik**

78 Der menschengemachte Klimawandel ist eine ernstzunehmende Bedrohung der menschlichen
79 Lebensgrundlagen. Die Abwendung des Klimakollapses ist daher von existenzieller Bedeutung
80 für die Politik! Die Fridays-For-Future-Bewegung und andere haben die Rettung des Klimas
81 nachdrücklich in die öffentliche Debatte getragen und dafür zumindest verbalen Zuspruch aus
82 der Politik erhalten. Die tatsächliche Klimapolitik des rot-grünen Senats erschöpft sich

83 allerdings in symbolischen Handlungen, die nicht einmal dazu geeignet sind, die viel zu
84 niedrigen selbstgesteckten Klimaziele zu erreichen. Hamburgs Strom aber stammt noch
85 immer fast ausschließlich aus fossilen Quellen. DIE LINKE fordert den sofortigen Ausstieg aus
86 der Braunkohleverstromung und die Abschaltung der Kohlekraftwerke Wedel (bis 2025) und
87 Tiefstack (bis 2026). Die Rettung des Klimas muss dabei stets in Verbindung mit der sozialen
88 Frage gedacht werden. Die reichsten 10 Prozent der Gesellschaft produzieren pro Kopf
89 viermal so viel CO₂ wie die ärmere Hälfte der Bevölkerung. Versuche, die Klimaprobleme über
90 den Markt zu regulieren, sind in der Vergangenheit immer wieder gescheitert, während sie
91 den größten Teil der Menschen, vor allem ärmere übermäßig belasten. Die Kosten der
92 Klimarettung müssen von denen getragen werden, die über Jahrzehnte hinweg gigantische
93 Profite auf Kosten des Klimas gescheffelt haben und dies noch immer tun. Emissionshandel
94 und CO₂-Steuern lehnt DIE LINKE ab, weil diese überwiegend von Normal- und
95 Geringverdienern bezahlt werden, sie aber - dies zeigt das Beispiel Finnlands - keinen Beitrag
96 zur Reduktion des CO₂ Ausstoßes leisten.

97 Stattdessen müssen die Verursacher der Klimakatastrophe offensiv zur Verantwortung
98 gezogen werden. Darüber hinaus setzt sich DIE LINKE für eine ökologische Verkehrswende
99 und eine Investitionsoffensive in den öffentlichen Nahverkehr ein, der langfristig kostenlos
100 angeboten werden soll.

101 Die LINKE fordert eine sofortige Beendigung der Rüstungsexporte aus Deutschland, die nicht
102 zuletzt einen enormen Beitrag zu den Klima- und Umweltbelastungen leisten.

103 **Armut bekämpfen, Reichtum verteilen**

104 Seit der Finanzkrise 2008/2009 ist die Wirtschaft in Deutschland stetig gewachsen.
105 Allerdings profitieren davon nicht alle. Während Konzerne und einige Superreiche große
106 Gewinne machen, haben die unteren 40 Prozent der Bevölkerung, also die gering und normal
107 verdienenden Menschen, sogar Reallohnverluste hinnehmen müssen. Jeder fünfte
108 Vollzeitbeschäftigte in Deutschland arbeitet für einen Niedriglohn, in Hamburg ist jeder Dritte
109 in einem unsicheren Arbeitsverhältnis beschäftigt. Die beschönigend als „Flexibilisierung“
110 bezeichnete Entrechtung von Arbeit, die Zurückdrängung der Gewerkschaften und das Hartz-
111 IV-System haben Dumpinglöhne zur Normalität für viele Menschen werden lassen. Arm trotz
112 Arbeit lautet die Devise. Unsicherheit, und soziale Ungleichheit treibt immer mehr Menschen
113 in die Arme der extremen Rechten. Ihr Vormarsch ist nur zu stoppen, wenn die Gesellschaft
114 gerechter wird. Die LINKE tritt Rassismus entschieden entgegen. Um den rechten Kräften den
115 Boden zu entziehen, tritt die LINKE für eine Politikwende ein: Gewerkschaftliche Rechte
116 müssen gestärkt, Tarifverträge und sichere und gut bezahlte Arbeit zur Norm gemacht
117 werden. Der Wohlstand muss denen zukommen, die ihn mit ihrer Arbeit schaffen. DIE LINKE
118 fordert eine Mindestsicherung ohne Sanktionen, eine Mindestrente, kostenlose Bildung und
119 den Ausbau der sozialen Infrastruktur. Der Mindestlohn ist zu niedrig und es gibt zu viele
120 Ausnahmen: In Hamburg muss er auf 14 Euro steigen. Alle, die ein Leben lang gearbeitet
121 haben, müssen eine Rente bekommen, die für ein gutes Leben im Alter reicht. Um gute Arbeit
122 und angemessene Löhne zu sichern, ist die Rückkehr zu allgemeinverbindlichen
123 Tarifverträgen nötig. Hierzu dürfen Aufträge der öffentlichen Hand nur an tarifgebundene

124 Unternehmen vergeben werden. DIE LINKE fordert ein Verbot von Leiharbeit und
125 sachgrundlos befristeter Verträge.

126 Die Erfahrung der Entrechtung und Verächtlichmachung von Menschen mit geringem
127 Einkommen, die auf staatliche Leistungen angewiesen sind und die Ohnmachtserfahrungen,
128 dass Bürger*innen keinen Einfluss darauf haben, wie die politischen Verhältnisse gestaltet
129 werden, haben mit dazu beigetragen, dass fremdenfeindliche, antifeministische, rassistische
130 und faschistische Einstellungen sich wieder massenhaft ausbreiten. Hamburg darf jedoch
131 auch weiterhin kein Platz für Nazis und Rassisten sein. DIE LINKE setzt sich auch weiter für
132 Antifaschismus und Antirassismus ein. Ein Kampf gegen Rechts muss auch ein Kampf für
133 soziale Gerechtigkeit und gegen die wachsende Spaltung der Gesellschaft sein.

134 **Gute Pflege für Alle**

135 In den Krankenhäusern fehlen bundesweit mindestens 100.000 Pflegekräfte. Allein in
136 Hamburg fehlen laut der Gewerkschaften 4.200 Stellen. In Hamburg hat sich unter
137 Beteiligung der LINKEN das "Hamburger Bündnis für mehr Personal in den Krankenhäusern"
138 gegründet. Pflegekräfte, Patient*innen Organisationen und die Hamburger Bevölkerung
139 machen Druck von unten gegen den Pflegenotstand und fordern eine gesetzliche
140 Personalbemessung: Für gute Arbeitsbedingungen, mehr Sicherheit der Patient*innen und
141 eine menschenwürdige Versorgung. Mit Erfolg: Innerhalb von drei Wochen hatten die
142 Aktivist*innen im Bündnis – unter ihnen auch viele Mitglieder der LINKEN – über 27.000
143 Unterschriften gesammelt.

144 DIE LINKE kritisiert die Politik des rot-grünen Senats, die die Volksinitiative gegen den
145 Pflegenotstand durch das Verfassungsgericht hat stoppen lassen, statt ihrem gesetzlichen
146 Auftrag gerecht zu werden, für eine bedarfsgerechte Pflege zu sorgen. Der Personalmangel
147 und die traurigen Folgen für Patient*innen und Beschäftigte sind weiterhin grausige Realität.
148 Wir werden auch weiterhin das Bündnis für mehr Personal im Krankenhaus unterstützen.
149 Denn solange nicht die Patient*in, sondern der Profit im Mittelpunkt steht, solange bleibt
150 unsere Forderung: Mehr Personal in Hamburgs Krankenhäusern. Perspektivisch geht es uns
151 darum, dass der Mensch und nicht die Profiterwartungen im Zentrum der
152 Gesundheitsversorgung steht. Es geht dabei auch um die Rekommunalisierung von Hamburgs
153 Krankenhäusern.

154 **Ohne Wenn und Aber: Für soziale Gerechtigkeit!**

155 Wir stehen ohne Wenn und Aber für soziale Gerechtigkeit und nicht für die Interessen der
156 Großunternehmen, Banken und Reichen. Wir sehen die Zukunft nicht als bloße Fortführung
157 der Gegenwart, sondern setzen uns für einen Bruch mit dem neoliberalen Kapitalismus ein.
158 Wir lassen uns nicht mit vermeintlichen Sachzwängen abspeisen, sondern setzen uns
159 konsequent für die Interessen der Hamburger Bevölkerungsmehrheit nach menschenwürdiger
160 Arbeit, sozialer Sicherheit, Frieden und Völkerverständigung und demokratische Teilhabe ein.

161 Unsere Vorschläge von konkreten Forderungen, die sich schnell umsetzen ließen und „nur“
162 ein Einstieg in das Solidarische Hamburg wären, bis hin zu unserer Utopie für einen
163 grundlegenden Politikwechsel finden Sie auf den folgenden Seiten. Wir laden alle ein dafür zu
164 streiten.

165 2. Wohnungen für alle

166 **Markt und Senat haben versagt**

167 Wohnungsmangel und steigende Mieten machen den Menschen in Hamburg Angst. Mehr als
168 die Hälfte der Menschen fürchtet, sich das Leben in der Stadt **künftig nicht mehr leisten** zu
169 können. Schon jetzt bezahlen die meisten Haushalte mehr als die Hälfte ihres Einkommens
170 nur für Wohnen.

171 „Wir sind in der Wohnungspolitik für ganz Deutschland ein Vorbild“, sagt Bürgermeister
172 Tschentscher (SPD). Bitte nicht! Denn die Bilanz des Senats ist verheerend. **Die Zahl der**
173 **Sozialwohnungen hat sich seit 2011 von 100.000 auf 77.000 reduziert.** Den
174 versprochenen „Drittmix“ aus frei finanzierten, Eigentums- und Sozialwohnungen beim
175 Neubau gibt es in Wahrheit gar nicht. Denn tatsächlich ist nur jede vierte Neubau-Wohnung
176 eine Sozialwohnung! Gleichzeitig sind die Mieten laut Mietenspiegel von 7,15 auf 8,44 Euro
177 pro Quadratmeter angestiegen, laut Wohnungsinseraten sogar von 11,21 auf 13,24 Euro pro
178 Quadratmeter.

179 Für DIE LINKE ist die Lösung des Wohnungsproblems **die wichtigste soziale Frage unserer**
180 **Zeit.** Sie verlangt nach einer grundlegenden Politikwende: Anerkennung des Wohnens als
181 soziales Grundrecht, Beschränkung der zügellosen Profite auf dem Mietenmarkt, Ausschluss
182 des Verkaufs städtischen Bodens an private Investor*innen und die Enteignung großer
183 Immobilienkonzerne.

184 **Mieten runter!**

185 Hamburg braucht einen fünfjährigen **Mietendeckel** für alle Bestandswohnungen. Der
186 **Mietenspiegel** wird dann fünf Jahre nur noch für Neubauwohnungen gelten. Zeit genug,
187 diesen zu reformieren. So sollen in die Berechnung der ortsüblichen Vergleichsmiete alle
188 Wohnungen der letzten zehn Jahre eingehen.

189 Die **Modernisierungsumlage** (8 Prozent pro Jahr) muss weg. Mietmehrausgaben durch
190 energetische Sanierung darf es nicht geben – Zusatzkosten sind durch die Vermieterinnen
191 und Vermieter (Wertzuwachs) und den Staat (Klimaschutz) zu tragen. Mieter*innen dürfen nur
192 bis maximal zur Höhe der eingesparten Energiekosten belastet werden.

193 **Mehr preiswerten Wohnraum schaffen**

194 Der Neubau von Sozialwohnungen muss massiv ausgeweitet, ihr Anteil am
195 Gesamtwohnungsbestand wieder erhöht werden. Bei allen Neubauvorhaben ist ein
196 **Mindestanteil von 50 Prozent**, auf städtischen Grundstücken 100 Prozent, anzustreben.
197 Neben der Zahl der Wohneinheiten ist auch die darin geschaffene Fläche zu berücksichtigen.

198 DIE LINKE tritt für mehr **städtisches und genossenschaftliches Wohnungseigentum** mit
199 langfristiger Bestandssicherung ein. Künftig soll gelten: einmal gefördert, für immer mietpreis-
200 und belegungsgebunden. Bestehende Sozialbindungen der SAGA werden zeitlich unbegrenzt
201 verlängert.

202 Mit einer **Verlagerung der Messe** aus der Innenstadt auf den Grasbrook wollen wir Platz
203 schaffen für rund **2.500 Sozialwohnungen** auf städtischem Grund und Boden zwischen dem
204 Karo- und Schanzenviertel.

205 Auf Bundesebene muss für die Wohnungswirtschaft eine **Neue Gemeinnützigkeit** gelten,
206 damit Gewinne nicht in private Taschen fließen, sondern dauerhaft bezahlbare Mieten und
207 eine soziale Wohnungsversorgung garantiert sind.

208 **Die Eigentumsfrage offensiv stellen**

209 Wohnen ist ein **Menschenrecht** und gehört als solches in die Landesverfassung. Denn Grund
210 und Boden sind kein beliebig vermehrbares Gut. Sie sollten wie Luft und Wasser
211 **Allgemeingut** sein. Konkret bedeutet das, den Handel mit ihnen streng zu regulieren, auf den
212 Verkauf städtischer Flächen zu verzichten, und ihren Anteil durch Neuerwerb auszuweiten.
213 DIE LINKE tritt dafür ein, möglichst große Teile des Wohnungsbestands dem Markt zu
214 entziehen.

215 DIE LINKE will den **Ausverkauf der Stadt stoppen**. Städtische Grundstücke dürfen nicht
216 verkauft, sondern nur noch in **Erbbaupacht**, also für einen langen Zeitraum leihweise
217 vergeben werden. Die Behörden sollen das vernachlässigte Instrument der **Sozialgerechten**
218 **Bodennutzung** breit anwenden und Gewinne, die durch städtische Maßnahmen gesteigert
219 werden, abschöpfen. Nach Wiener Vorbild fordert DIE LINKE außerdem einen
220 **Bodenpreisdeckel** für Grundstücke, die für sozialen Wohnungsbau ausgewiesen sind.

221 Der Stopp des Verkaufs öffentlicher Flächen und Wohnungsbestände ist ein notwendiger
222 erster Schritt zur Sicherung bezahlbarer Mieten. Um den Hamburger Wohnungsbestand den
223 Profitinteressen der Immobilienkonzerne zu entziehen sind jedoch weitere Schritte
224 notwendig. Eine durch das Grundgesetz abgedeckte **Enteignung** ist im Falle von
225 Wohnungsspekulation, wenn Vermieter*innen die Wohnungen nicht Instandhalten, bei
226 Mietwucher und anderen groben Verfehlungen regelhaft zu prüfen und im Einzelfall
227 konsequent umzusetzen. Dem Gebaren von Vonovia, Akelius & Co. ist ein Ende zu setzen. DIE
228 LINKE fordert darüber hinaus die **Vergesellschaftung profitorientierter**
229 **Wohnungskonzerne** und die Überführung der Wohnungen in städtische Gesellschaften oder
230 Genossenschaften.

231 **Den sozialen und gemeinnützigen Wohnungsbau fördern**

232 Wer wenig Geld hat, oder in anderer Weise sozial benachteiligt ist, hat auf dem
233 Wohnungsmarkt kaum eine Chance. Anstatt immer mehr Geld in die Subjektförderung
234 (Wohngeld, Kosten der Unterkunft) zu stecken, sollte die Stadt deshalb in die Objektförderung
235 investieren, also in genügend preiswerten Wohnraum. Der Wohnungsnot der Studierenden
236 und Auszubildenden muss durch den Ausbau **städtischer Wohnheimplätze**
237 entgegengesteuert werden.

238 **Kleingenossenschaften und Wohnprojekten** mit integrativem Konzept müssen mehr
239 Flächenangebote gemacht werden. Grundsätzlich ist der barrierefreie, behinderten- und
240 seniorengerechte Neubau stärker zu fördern. Mit Blick auf die fast 50 Prozent Singlehaushalte

241 sind mehr bezahlbare **Kleinwohnungen** vonnöten. Überteuerte, von privat errichtete
242 Mikroappartements lehnt DIE LINKE hingegen ab.

243 Angesichts der zunehmenden Obdachlosigkeit braucht Hamburg erheblich mehr
244 Mietwohnraum mit Belegungsbindung. Die jährlich geförderten 600 so genannten
245 **Wohnungsamtsbindungen** reichen bei weitem nicht aus. DIE LINKE fordert, dass 5 Prozent
246 aller Sozialwohnungen für Haushalte bereitgestellt werden, die auf dem Wohnungsmarkt
247 benachteiligt sind.

248 DIE LINKE ist für ein generelles Verbot der **Umwandlung** von Miet- in Eigentumswohnungen.
249 Eigenbedarfskündigungen müssen durch den bezirklichen Wohnraumschutz konsequent
250 überprüft werden. Geschützt werden muss das inhabergeführte, für Nahversorgung und
251 Quartiersidentität so wichtige **Kleingewerbe**: Dazu will DIE LINKE das Bebauungsplanrecht
252 nutzen. Außerdem muss es eine entsprechende Vermietungspraxis bei städtischen
253 Immobilien geben und die Schaffung einer Mieter*innenschutzgesetzgebung auf
254 Bundesebene.

255 Für den Schutz des Wohnraums ist deutlich mehr bezirkliches Personal vonnöten. Der Senat
256 muss eine *Task Force* einrichten, die dem **Wohnraumschutz** Nachdruck verleiht und
257 Verstöße konsequent verfolgt. Bürgerbeteiligung muss auch den Wohnungsbereich erfassen.
258 Nach Berliner Vorbild soll die SAGA **Mieterinnen- und Mieterbeiräte** schaffen. DIE LINKE
259 verteidigt und unterstützt **Wohnprojekte**, die selbstorganisiert und gemeinnützig sind. Sie
260 sind wichtiger Bestandteil einer alternativen, integrierten Stadtentwicklung, in deren
261 Mittelpunkt der Mensch und das Gemeinwesen stehen.

262 Der Erhalt der Grün- und Freiflächen und **klimagerechtes Bauen vorrangig im Bestand**
263 muss gewährleistet werden. Vor dem Abriss von Gebäuden soll eine Ökobilanz erstellt und
264 eine Baugenehmigung gegebenenfalls abgelehnt werden, wenn der Neubau mehr Energie
265 verschlingt als eine Entwicklung im Bestand.

266 **3. Für eine konsequente sozial gerechte Klimapolitik**

267 Im Ringen um die wirksame Klimapolitik geht es immer auch um soziale Gerechtigkeit, um
268 Krieg und Frieden, um Macht- und Eigentumsverhältnisse. Und es geht letztlich um das
269 Überleben von Milliarden Menschen. Für die Begrenzung der Klimakrise bleibt nicht mehr viel
270 Zeit.

271 Unabhängig davon, wie man die verschiedenen Daten hin und her wendet, es bleibt nur ein
272 Jahrzehnt, um die CO₂-Wende zu schaffen und die größten Risiken des Klimawandels
273 abzuwenden. Die gegenwärtige Politik in Hamburg und darüber hinaus legt allerdings nur
274 Maßnahmen auf den Tisch, die nicht einmal zur Einhaltung der Zwei-Grad-Grenze von Paris
275 führen.

276 Der letzte Juni und die letzten vier Jahre waren die wärmsten seit Beginn der
277 Wetteraufzeichnung.

278 Extreme Hitze und Kälte, lange Trockenheit und Überschwemmungen nehmen zu. In
279 Deutschland können sich die meisten Menschen vor den Folgen schützen – trotzdem sind
280 Tausende Tote auch hier die Folge der Hitzewellen. In den armen Ländern sind nur reiche

281 Minderheiten dazu in der Lage. Die Folgen des Festhaltens an fossilen Energieträgern bei
282 Energieversorgung und Verkehr und in der industriellen Landwirtschaft sind in zunehmendem
283 Maße Ursachen für Verarmung, Vertreibung und Verfolgung. Nach Einschätzung der UNO
284 sterben an den Folgen jährlich 300.000 Menschen.

285 **Die Klimazerstörung ist eine Frage von arm und reich**

286 Die reichsten 10 Prozent der deutschen Bevölkerung emittieren pro Kopf und Jahr rund 19
287 Tonnen Treibhausgase, die ärmere Hälfte nur knapp 5. Billigen wir allen Menschen auf der
288 Erde die gleichen Emissionsrechte zu, dann dürften auch bei uns nur 2 Tonnen pro Kopf und
289 Jahr emittiert werden.

290 Das Wachstum im Kapitalismus basiert bis heute auf der Nutzung fossiler Energieträger. Öl-
291 und Energiekonzerne, Auto- und Flugzeughersteller, Tiefbaukonzerne und Zementhersteller
292 machen ihre Profite mit Kohle, Öl und Gas. Es sind dieselben Konzerne, die Millionen
293 Menschen unter unmenschlichen Bedingungen arbeiten lassen und sie entlassen, wenn es
294 den Aktionär*innen nützt und die große Landstriche unbewohnbar machen (Ölförderung,
295 Kohleabbau usw.), wenn es ihren Profiten dient.

296 **Klimaschutz braucht Bewegung**

297 Bewegungen wie „Fridays for Future“ und „Ende Gelände“ mahnen: Es reicht nicht, in
298 Klimakonferenzen Beschlüsse zu fassen oder Klimaziele zu formulieren. Konkrete
299 Veränderungen müssen konkret durchgesetzt werden – gegen mächtige Profitinteressen und
300 deren politische Unterstützer*innen. Wie schon die Stilllegung von acht Atomkraftwerken
301 eine Massenbewegung erforderte, wird auch die Stilllegung der Kohlekraftwerke und eine
302 wirkliche Verkehrswende nur durch den massiven Druck einer großen Bewegung von unten
303 durchzusetzen sein. DIE LINKE will sich daran beteiligen und wird die Bewegungen
304 konsequent unterstützen.

305 **CO2-Steuer hilft dem Klima nicht**

306 Der Emissionshandel oder eine CO² - Steuer, wie sie zurzeit öffentlich diskutiert wird, sind
307 keine geeigneten Instrumente. Der EU-weite Emissionshandel funktioniert seit 2005 nicht.
308 Eine wirksame CO² - Steuer müsste laut Umweltbundesamt bei 180 € pro Tonne CO² liegen.
309 Würden die Einnahmen dann auf alle Menschen in gleichen Teilen zurückgegeben und die
310 unten genannten Härtefälle berücksichtigt, gäbe es eine sozial gerechte und das Klima
311 schützende Lösung. Diskutiert wird aber über 20-40 € und steuerlichen Ausgleich.
312 Wohlhabende Haushalte können problemlos etwas mehr für Heizung und Verkehr bezahlen.
313 Gering Verdienende haben als Mieter*innen keinen Einfluss auf ihre Heizungsversorgung.
314 Berufspendler*innen können oft nicht auf das Auto verzichten, weil es keine Alternative gibt.
315 Empfänger*innen von Hartz IV u. ä. würden noch stärker in die Armut getrieben, weil sie von
316 Steuererleichterungen nichts haben. Vor allem: Eine deutliche Verringerung der Emissionen
317 kann so nicht erreicht werden.

318 **Raus aus fossilen Energieträgern**

319 Notwendig ist: Ein Gesetz, das die Stilllegung aller Braunkohlekraftwerke bis Ende 2020 und
320 die der Steinkohlekraftwerke in den nächsten Jahren festlegt. Auf dieser Grundlage sind
321 Maßnahmen zu planen, die neue Arbeitsplätze an den Standorten schaffen, z. B. im Bereich

322 regenerativer Energien, wo in den letzten Jahren Zehntausende Arbeitsplätze vernichtet
323 wurden. Für die Kosten sind die Energiekonzerne heranzuziehen. Der Ausbau der Wind- und
324 Solarenergie muss wieder beschleunigt statt behindert werden.

325 Für Autos darf nicht der Flottenverbrauch, sondern Verbrauch und Emissionen einzelner
326 Typen begrenzt und regelmäßig verringert werden. SUVs und andere Dreckschleudern
327 müssen rasch von den Straßen verschwinden. Der Verkehr mit PKWs, LKWs, Flugzeugen und
328 Schiffen muss weitgehend auf die Schiene und auf Binnenschiffe verlagert werden.

329 **Der Senat muss handeln**

330 Hamburg hat sein Ziel, die CO² - Emissionen gegenüber 1990 bis 2020 um 40 Prozent zu
331 verringern, schon vor Jahren aufgegeben. Mit der jetzigen Politik wird auch das neue Ziel – 50
332 Prozent weniger bis 2030 – verfehlt werden. Im reichen Hamburg wird viel über Klimaschutz
333 geredet, aber es wird wenig getan.

334 Bürgerschaft und Senat dürfen nicht länger die Interessen von E.on und Vattenfall, von Auto-
335 und Baukonzernen und von großen Wohnungsbauunternehmen bedienen. Statt Symbolpolitik
336 zu betreiben (z. B. Dachbegrünung), müssen sie endlich die Interessen der Menschen zum
337 Maßstab machen.

338 **Verkehr**

339 Die Emissionen des motorisierten Individualverkehrs sind seit 1990 nicht gesunken. Beim
340 Flugverkehr haben sie sich seit 1990 verdoppelt und beim LKW-Verkehr sind sie 20 Prozent
341 höher als 1995.

342 Der öffentliche Nahverkehr muss rasch ausgebaut und die Preise gesenkt werden, damit viele
343 Menschen das Auto stehen lassen können. Zu diesem Zweck sind auch die Bedingungen für
344 den Rad- und Fußverkehr deutlich zu verbessern.

345 **Energieversorgung**

346 In Hamburg wurde 2016 über 80 Prozent des Stroms und über 60 Prozent der Wärme aus
347 Steinkohle gewonnen.

348 Der rasche Ausstieg aus Kohle mit möglichst geringem Einsatz von fossilem Erdgas ist
349 zwingend geboten. Eine Einfuhr von äußerst klimaschädlichem Fracking-Erdgas (LNG) aus den
350 USA muss verhindert werden.

351 Die Kohle - Heizkraftwerke müssen bis 2025 (Wedel) bzw. 2026 (Tiefstack) stillgelegt werden.
352 Das Kraftwerk in Moorburg darf keine Möglichkeit bekommen, zusätzliche Wärme zu
353 verkaufen.

354 Wer im nächsten Jahrzehnt konsequenten Klimaschutz will, muss Wirtschaft und Gesellschaft
355 sozial-ökologisch umbauen. Energiewirtschaft und Verkehr müssen der Kontrolle durch
356 Unternehmen entzogen werden, deren Hauptziel der maximale Profit ist. Sie gehören in die
357 Hand der Kommunen, von Genossenschaften und anderen Unternehmen, deren Ziel eine
358 ökologisch und sozial verantwortliche Versorgung der Bevölkerung ist. Die
359 (Über)Lebensinteressen der Menschen müssen entscheiden, nicht der Aktienkurs!

360 **Energieverbrauch senken – raus aus Kohle, Öl & Gas**

361 Steigender Energieverbrauch ist eine wesentliche Ursache für die Klimakrise. Die globale
362 Erwärmung wird nur dann deutlich unter 2 Grad zu halten sein, wenn die Energieverbräuche in
363 den reichen Ländern drastisch sinken. Zugleich muss Energie für alle Menschen bezahlbar
364 sein. In Hamburg wird jedes Jahr tausenden Menschen der Strom abgestellt, weil sie ihre
365 Rechnungen nicht bezahlen können.

366 Deshalb will DIE LINKE, dass der Grundbedarf an Strom sehr günstig bereitgestellt wird.
367 Darüber hinausgehender Verbrauch muss zunehmend teurer werden. Für Stromverbrauch,
368 den die Mieter*innen nicht beeinflussen können, sind Sonderregelungen zu treffen.
369 „Senat und Bürgerschaft unternehmen fristgerecht alle notwendigen und zulässigen Schritte,
370 um die Hamburger Strom-, Fernwärme- und Gasleitungsnetze 2015 wieder vollständig in die
371 Öffentliche

372 Hand zu übernehmen“ legt der Volksentscheid 2013 in seinem ersten Satz fest. Das heißt
373 auch: Alle Fernwärmenetze, die früher zu den HEW gehörten und die Hamburg mit diesen
374 verkauft hat, müssen zurückgekauft werden, also auch das Fernwärmenetz von E.on Hanse.
375 DIE LINKE fordert den Ausstieg aus der Kohlenutzung für die Wärmeversorgung bis 2026 und
376 mittelfristig auch aus dem Erdgas. Als Ersatz für das alte Heizkraftwerk in Wedel sollen
377 Anlagen im Stelling Moor gebaut werden, vorrangig für regenerative Wärme. Die
378 Fernwärmepreise dürfen nicht über die durchschnittliche Preissteigerung hinaus steigen.

379 Eine Fernwärmeleitung unter der Elbe lehnt DIE LINKE ab. Die südlich der Elbe geplanten
380 Anlagen bieten keine ökologischen Vorteile, sind aber sehr teuer. Die Kosten dafür und für die
381 Trasse müssten letztlich die Kund*innen bezahlen. Außerdem könnte eine Elbtrasse nach der
382 Bürgerschaftswahl bis zum Steinkohlekraftwerk Moorburg verlängert werden.

383 **Gebäude**

384 75 Prozent der Energie in Privathaushalten wird für Wärme benötigt. Um den
385 Energieverbrauch zu senken, ist die energetische Sanierung von Gebäuden deshalb
386 besonders wichtig. Sie liegt bislang aber nur bei etwa 1 Prozent pro Jahr. Sie muss auf das 5-
387 10-Fache steigen, ihre Qualität muss von unabhängiger Seite überprüft werden.

388 Die Kosten für die Mieter*innen dürfen die Einsparungen bei den Heizkosten nicht
389 übersteigen. Die darüber hinausgehenden Kosten teilen sich je zur Hälfte die
390 Eigentümer*innen, denn sie profitieren durch die Wertsteigerung, und der Staat – denn
391 Klimaschutz ist eine Aufgabe der ganzen Gesellschaft. Gebäude im Besitz der Stadt Hamburg
392 und ihrer Unternehmen müssen vorbildlich energetisch saniert, große Dachflächen für
393 Solaranlagen genutzt werden.

394 Neue Wohnungen müssen in Hamburg mindestens im Niedrigstenergiestandard gebaut
395 werden, öffentliche Gebäude grundsätzlich im Passivhausstandard. Geeignete Dachflächen
396 müssen für Sonnenkollektoren zur Gewinnung von Wärme oder Strom genutzt, neue
397 Quartiere müssen an Fernwärme- oder örtliche Nahwärmenetze angeschlossen werden, die
398 regenerative Wärmequellen nutzen.

399 **Kein Fracking Gas für Hamburg!**

400 In Brunsbüttel wird ein Terminal für LNG (verflüssigtes Erdgas) –Tanker geplant, das über eine

401 zwangsweise von den Kund*innen finanzierte Gasleitung mit dem Hamburger Gasnetz
402 verbunden werden soll. Die USA wollen gefracktes Erdgas als LNG in Deutschland verkaufen.
403 Gefracktes Erdgas ist deutlich klimaschädlicher als Steinkohle, weil bei Förderung und
404 Transport Methan frei wird. Hamburg muss sich gegen den Bau des LNG-Terminals einsetzen
405 und eine LNG-Leitung von Brunsbüttel nach Hamburg unbedingt verhindern.

406 4. Umsteuern für die Umwelt

407 **Grün für alle**

408 Umweltschutz geht nicht ohne Umweltgerechtigkeit. Wer wenig Geld zur Verfügung hat, lebt
409 in Hamburg überwiegend in Bereichen, die wenig Grün haben. Von Belastungen durch Lärm
410 und Luftschadstoffe sind in erster Linie diejenigen betroffen, die sich kein Häuschen im
411 Grünen leisten können und keine Möglichkeit haben, sich den Umweltbelastungen zu
412 entziehen. DIE LINKE setzt sich deshalb für mehr **Grünflächen** in besonders belasteten
413 Stadtteilen ein. Das Ziel muss **'Netto Null'** sein: kein weiterer Verlust an unversiegelter
414 Fläche in Hamburg. Die Aufwertung von Grünflächen in Hamburg als Ersatz für den Wegfall
415 anderer Flächen hilft den Menschen in den betroffenen Quartieren nicht weiter.

416 Zu den erhaltenswerten Grünflächen gehören auch die **Kleingärten**. Mit ihren unversiegelten
417 Flächen sind sie wichtige Klimainseln und müssen als Erholungsraum geschützt werden.
418 Kleingärten dürfen nicht länger Bauerwartungsland sein. Der Generalpachtvertrag der Stadt
419 mit dem Landesbund der Gartenfreunde Hamburg (LGH) muss neugestaltet werden, damit
420 Kleingartenvereine sich auch anders als im LGH organisieren können. Auch der Verlust an
421 **Straßenbäumen**, der noch immer voranschreitet, muss gestoppt werden und die Verluste
422 der letzten Jahre müssen nachgepflanzt werden. Der Holzeinschlag in Hamburgs Wäldern
423 muss weniger werden, die Zuständigkeit für die Forstflächen von der Wirtschaftsbehörde auf
424 die Behörde für Umwelt und Energie übergehen.

425 DIE LINKE setzt sich dafür ein, dass auch kleinste Flächen z. B. auf öffentlichen Plätzen,
426 Parkplätzen oder in Höfen begrünt oder zumindest entsiegelt werden. Dazu gehören auch
427 Projekte des **Urban Gardenings**. In den Bezirksämtern setzt DIE LINKE sich für einen Ausbau
428 der Grünabteilungen ein. An der Begrünung der Stadt sollen auch die Quartiers- und
429 Stadtteilbeiräte mitwirken.

430 Städtische Pachtverträge müssen zugunsten einer stärkeren Berücksichtigung des
431 Naturschutzes überarbeitet werden – auch im Hinblick auf ein Verbot der Anwendung von
432 Glyphosat. Die Flächen des **Biotopverbunds** müssen in den nächsten Jahren vollständig
433 rechtlich gesichert werden, die Entwidmung von **Landschaftsschutzgebieten** darf zukünftig
434 nicht mehr auf dem Verordnungsweg stattfinden. DIE LINKE setzt sich dafür ein, die
435 Naturschutzgebiete in Hamburg weiter zu vergrößern. Das Vorhaben, in Hamburg ein
436 **UNSECO-Biosphärengebiet** zu etablieren, sollte der Senat neu angehen.

437 **Müll: Vermeidung vor Recycling**

438 Hamburg produziert zu viel Müll. Doch die Wegwerf- und Abrissgesellschaft hat keine Zukunft.
439 Mehr noch als das Recycling muss deshalb in Zukunft auf die Vermeidung von Müll geachtet
440 werden, vor allem durch die Reduktion von Einwegverpackungen. Dazu gehört die Einführung

441 eines verpflichtenden **Becherpfandsystems** unter Einbeziehung von Bäckereien, Gastro-
442 Ketten und der Recyclingwirtschaft. Langfristig sollte Hamburg „plastikfrei“ werden und die
443 Verbrennung von Müll überwinden. DIE LINKE begrüßt deshalb Initiativen zur
444 **Müllvermeidung**, zum Beispiel Unverpackt-Läden.

445 Abfall ist Rohstoff! Beim Bau und der Modernisierung von Infrastruktur und Gebäuden muss
446 die eventuelle Nachnutzung und das **Recycling** bereits in die Planung mit einbezogen werden.
447 Das heißt, dass die verwendeten Baumaterialien langlebig und möglichst ökologisch sein
448 müssen. Die Kosten zur Entsorgung der Abfälle, die über die Miete bezahlt werden müssen,
449 dürfen nicht weiter steigen.

450 Noch immer werden Ressourcen für Gegenstände verschwendet, die nur sehr unregelmäßig
451 genutzt werden, wie Bohrmaschinen oder Gartengeräte. DIE LINKE setzt sich für die
452 Einrichtung **öffentlicher Leih- und Reparaturläden** sowie Bücherschränke ein und
453 unterstützt bereits vorhandene Stadtteilinitiativen.

454 Überproduktion von Lebensmitteln lässt sich auf Hamburg-Ebene nicht lösen. Gegen die
455 Verschwendung aber lässt sich etwas tun! Das Retten von Lebensmitteln aus Mülltonnen
456 („**containern**“) muss straffrei werden. Noch besser ist, wenn Lebensmittel mit abgelaufenem
457 Verfallsdatum, die aber noch essbar sind, gar nicht erst im Müll landen, und kostenfrei an
458 Bedürftige abgegeben werden.

459 **Für Tierschutz!**

460 Für die Hamburger Regierungspolitik sind Tiere noch immer eher Sachen als fühlende
461 Lebewesen. Das muss sich ändern! DIE LINKE will mehr für den Tierschutz tun. Nicht als
462 Pflichtaufgabe, sondern aus moralischer Verantwortung. Dazu sollte es in Hamburg einen
463 **unabhängigen Tierschutzbeauftragte*n** geben. Außerdem müssen die bezirklichen
464 Veterinärämter gestärkt werden. Tierschutz muss, wie in anderen Bundesländern, als
465 eigenständiges Thema in die Landespolitik einfließen.

466 Vor allem müssen die **Tierversuche** endlich reduziert werden. Ihre Zahl befindet sich
467 weiterhin auf viel zu hohem Niveau. Verantwortlich dafür ist außer einem privaten
468 Auftragsforschungsinstitut auch das Universitätskrankenhaus Eppendorf (UKE). Das UKE
469 muss die Anzahl der Tierversuche schrittweise und deutlich reduzieren. Ausnahmen darf es
470 nur geben, wenn es keine alternativen, tierversuchsfreien Forschungsmethoden gibt.
471 Grundlagenforschung am Tier ohne eine konkrete Zielsetzung darf keine Begründung für
472 einen Tierversuch sein. Kein Studiengang am UKE darf von der Beteiligung der Studierenden
473 an Tierversuchen abhängig sein.

474 DIE LINKE setzt sich für eine Erweiterung des Leitfadens für umweltverträgliche Beschaffung
475 um die Aspekte des Tierschutzes ein. Produkte, die auf dem Leid von Tieren basieren, können
476 nicht umweltverträglich sein. Stadt und Bezirke sollen **Zirkussen**, die Tiere präsentieren,
477 keine öffentlichen Plätze mehr zur Verfügung stellen. Auf dem **Hamburger Dom** dürfen
478 Schausteller*innen-Geschäfte keine lebenden Tiere mehr ausnutzen. Dazu muss die Dom-
479 Verordnung entsprechend geändert werden.

480 DIE LINKE setzt sich für die Novellierung des Hamburgischen **Hundegesetzes** ein, des derzeit
481 repressivsten in Deutschland. Die Rasseliste gehört abgeschafft – stattdessen sollen die

482 Halter*innen einen Eignungsnachweis erbringen. Um die Erreichbarkeit auch in dichter
483 besiedelten Stadtgebieten sicherzustellen, sollen Hundeausläufflächen über ganz Hamburg
484 ausgebaut werden.

485 5. Sozial-ökologische Verkehrswende

486 **Radikales Umsteuern für mehr Lebensqualität**

487 Fast alle Hamburger*innen sind jeden Tag unterwegs: zur Kita, zur Schule, zur Arbeit, zur
488 Ärzt*in, zu Veranstaltungen, zur Familie, zum Einkaufen, zu Freund*innen. Doch von einer
489 **nachhaltigen und klimafreundlichen Mobilität**, die sich alle leisten können, ist Hamburg
490 noch weit entfernt. In den letzten Jahren hat die Zahl der Autos sogar zugenommen! Die
491 Busse stehen im Stau, die S-Bahnen sind überfüllt, haben regelmäßig Verspätungen und fallen
492 ganz aus. Die Bahnanbindung von Steilshoop und Osdorf/Lurup gibt es immer noch nur auf
493 dem Reißbrett. Die Fahrkarten im Hamburger Verkehrsverbund (HVV) sind wieder – wie jedes
494 Jahr – teurer geworden. In der selbsternannten Fahrradhauptstadt Hamburg werden nur
495 mickrige 15 Prozent aller Wege mit dem Rad zurückgelegt, der Fußverkehr führt ein
496 Schattendasein. Die Luft- und Lärmbelastung durch Autos, LKW und den Flugverkehr ist viel
497 zu hoch.

498 DIE LINKE will beim Verkehr deshalb **radikal umsteuern**. Angesichts der hohen CO₂-
499 Belastungen, die auch in Hamburg maßgeblich durch den Autoverkehr verursacht werden,
500 angesichts des drohenden Klimawandels darf es kein "weiter so" geben. Wenn alle ihr
501 Verkehrsverhalten beibehalten, wird es in Hamburg auf den Straßen zukünftig nicht nur ein
502 paar Stunden, sondern täglich von morgens bis abends Staus geben. Daran werden auch
503 Elektroautos nichts ändern.

504 Hamburg braucht endlich ein computergestütztes Verkehrsmodell, dessen Fertigstellung jetzt
505 schon seit 2017 überfällig ist.

506 Nur so sind eine zeitgemäße Verkehrsentwicklungsplanung, der Lärmaktionsplan und eine
507 umweltgerechte Bauleitplanung möglich.

508 Mehr Lebensqualität durch weniger klimaschädlichen Verkehr ist machbar. DIE LINKE steht
509 für eine Verkehrspolitik zum Wohle der Menschen und der Natur und nicht der Autokonzerne.
510 Hamburg braucht **nachhaltige Mobilität für alle**, die sicher, komfortabel und möglichst
511 klimaneutral ist.

512 DIE LINKE will den Verkehr in der Stadt nach dem Vorbild von Kopenhagen radikal umbauen.
513 Dort wird nicht mehr dem Autoverkehr, sondern Fuß, Rad, Bus und Bahn der Vorrang
514 gegeben.

515 Mehr Bus- und Bahnfahrten sowie kurze Wartezeiten machen den HVV attraktiver und den
516 Verzicht auf das eigene Auto möglich. Die LINKE fordert, dass im S-Bahn-Netz **bis**
517 **spätabends ein 5-Minuten-Takt** eingeführt wird und alle Haltestellen für Langzüge
518 ertüchtigt werden. Wir wollen, dass die fehlenden Querverbindungen zwischen den Bahnlinien
519 kurzfristig durch Busse, mittelfristig durch eine Stadtbahn hergestellt werden. In den
520 Gebieten Hamburgs mit bisher schlechtem HVV-Angebot wollen wir, dass **kleinere (Ruf-
521)Busse zum HVV-Tarif** fahren.

522 **Preise runter beim HVV**

523 Mobilität gehört zu Daseinsvorsorge – und ist auch eine soziale Frage. Auch deshalb will DIE
524 LINKE die Preise für Bus und Bahn radikal senken. Der HVV aber gehört zu den teuersten
525 Verkehrsverbänden Deutschlands. **Nicht erst in ein paar Jahren, sondern sofort müssen**
526 **die Ticketpreise runter!** Ein erster Schritt ist die Einführung einer HVV-Jahreskarte für 365
527 Euro – also 1 Euro pro Tag. Für Schüler*innen, Rentner*innen sowie Bezieher*innen von
528 Arbeitslosengeld II und Sozialhilfe soll die Jahreskarte kostenfrei sein. In einem zweiten
529 Schritt strebt DIE LINKE einen vollkommen **kostenlosen öffentlichen Nahverkehr** für alle
530 an.

531 Das Schienennetz muss erheblich ausgebaut werden. Wie seit mehr als vierzig Jahren
532 versprochen, müssen Steilshoop sowie der Osdorfer Born und Lurup endlich eine
533 Bahnanbindung erhalten. Für die vielen neuen Wohngebiete, in Wilhelmsburg und Harburg,
534 sowie für die bisher schlecht erschlossenen Gebiete wie das Reiherstiegviertel und Kirchdorf-
535 Süd, reicht die S-Bahn nicht aus. Deshalb muss die **U4 vom Kleinen Grasbrook bis nach**
536 **Harburg verlängert** werden. Damit der Personen- und Güterverkehr im Bereich Unterelbe
537 verbessert werden kann, ist ein **Schienen-Elbtunnel** erforderlich. Auch der wachsende Bezirk
538 Bergedorf braucht neben der S-Bahn eine zweite Schienenanbindung, die von
539 Mümmelmannsberg über Lohbrügge bis zum Bergedorfer Bahnhof verlaufen soll. Der
540 Weiterbau der **Autobahn A26** durch den Hamburger Süden und Wilhelmsburg bis zur A1
541 gehört dagegen umgehend gestoppt.

542 **Einsteigen bei der Stadtbahn**

543 Der Bau von einem Kilometer U-Bahnstrecke kostet 200 Millionen Euro, ein Kilometer
544 oberirdischer Stadtbahn ist mit 20 Millionen Euro nur ein Zehntel so teuer. Werden für die
545 Stadtbahn schon vorhandene vierspurige Straßen genutzt, lassen sich neue Strecken mit ihr
546 deutlich schneller realisieren als mit der U-Bahn. Die **Stadtbahn** könnte auf wichtigen
547 Querverbindungsstrecken wie dem Ring 2 oder Ring 3 und auch auf den Einfallstraßen den
548 Verkehr nachhaltig entlasten. Sie nimmt zwar Platz weg, schafft aber gleichzeitig eine
549 attraktive Alternative für die Fortbewegung in der Stadt.

550 Der Ausbau der **S 4 von Bad Oldesloe zum Hauptbahnhof** mit einem attraktiven S-Bahn-
551 Takt, gekoppelt mit einem Ausbau der Gütergleise, ist noch nicht in trockenen Tüchern. Die
552 bereits angekündigten erheblichen Verzögerungen im Planfeststellungsverfahren sollten
553 genutzt werden, um die rechtssichere Prüfung einer vorgeschlagenen Alternativstrecke für
554 den Güter- und Personenfernverkehr entlang der Autobahn A1 durchzuführen. Maßgeblich für
555 die Trassenentscheidung sind die geringstmögliche Beeinträchtigung von Anwohner*innen,
556 der größtmögliche Nutzen für Bahnfahrergäste und der Erhalt der Naturschutzgebiete.

557 Das Chaos am Hauptbahnhof ruft nach einer zügigen Verbesserung dieses zentralen
558 Verkehrsknotenpunktes für die Bahnreisenden und Pendler*innen. Der Umbau des
559 Hauptbahnhofs kann nicht bis nach 2030 warten. Für den **Hamburger Hauptbahnhof** hat
560 die Ausweitung bzw. bessere Ausnutzung der Gleiskapazitäten oberste Priorität. Die
561 Verlegung des Fern- und Regionalbahnhofs Altona zum Standort **Diebsteich** entlastet weder

562 den Hauptbahnhof, noch würde sie ein attraktives und ausbaufähiges Angebot schaffen.

563 Deshalb muss der Bahnhof Altona erhalten bleiben.

564 **Vorfahrt fürs Fahrrad**

565 Der Ausbau der **Fahrradwege** in Hamburg geschieht viel zu langsam und vorsichtig. DIE
566 LINKE macht sich stark für ein flächendeckendes, hamburgweites Radverkehrsnetz mit
567 breiten und geschützten Radwegen und Fahrradstraßen. Ziel ist, dass – wie in Kopenhagen –
568 mehr als die Hälfte aller Wege mit dem Rad zurückgelegt werden.

569 Der Autoverkehr muss innerhalb des Ring 2 weitgehend zurückgedrängt werden, die
570 **Innenstadt komplett autofrei** werden – ebenso wie die Zentren der Stadtteile. **Tempo 30**
571 als Regelgeschwindigkeit im gesamten Stadtgebiet soll den, von Luftverschmutzung am
572 stärksten betroffenen Straßen Entlastung bringen und die Unfall- und Verletztanzahlen
573 senken.

574 Auch den **Flugverkehr** will DIE LINKE radikal zurückdrängen. Flüge unter 600 km Entfernung
575 soll es gar nicht mehr geben, das Nachtflugverbot am Hamburger Flughafen zwischen 22.00
576 bis 6.00 Uhr muss strikt eingehalten werden.

577 Zum neuen Verkehrsmix, den DIE LINKE vorschlägt, gehören außer Bahnen und Bussen –
578 auch Oberleitungsbusse – ,Taxen und **öffentliche Kleinbusse**. Den Liefer- und
579 Entsorgungsverkehr will DIE LINKE dank Citylogistik gebündelt und umweltfreundlich
580 abwickeln.

581 **6. Armut bekämpfen – Reichtum umverteilen**

582 **Den Kampf gegen Armut aufnehmen**

583 Hamburg ist eine tief gesplante Stadt und das in vielerlei Hinsicht. Nirgendwo in
584 Deutschland ist die Millionärsdichte höher: Knapp 1.000 Hamburger*innen verdienen mehr
585 als eine Million Euro pro Jahr. Gleichzeitig leben mehr als 285.000 Bürger*innen in Armut.
586 Darunter besonders viele mit Migrationshintergrund, Alleinerziehende und Erwerbslose. Doch
587 auch wer arbeitet, ist vor Armut nicht sicher. Befristete Jobs, Leiharbeit, Mini- und Midi-Jobs,
588 erzwungene Teilzeit und prekäre Solo-Selbstständigkeit reichen längst nicht immer zum
589 Leben. Immer mehr Rentner*innen sind auf Grundsicherungsleistungen angewiesen – mehr
590 als in jedem anderen Bundesland. Auch aufgrund steigender Miet-, Energie- und HVV-Preise
591 geraten immer mehr Menschen in eine Armutsspirale und sind ganz oder teilweise von der
592 sozialen und kulturellen Teilhabe ausgeschlossen.

593 Die Armut in Hamburg verteilt sich regional sehr unterschiedlich. Auf der Veddel verdienen
594 die Menschen durchschnittlich 14.600 Euro im Jahr, etwa 90 Prozent weniger als in
595 Nienstedten, wo das Jahresdurchschnittseinkommen bei fast 140.000 Euro liegt. In
596 Nienstedten leben nur 0,5 Prozent der Kinder von Mindestsicherung, in Billbrook und
597 Steilshoop ist es jedes zweite. DIE LINKE setzt sich für ein gutes Leben und die soziale
598 Teilhabe aller Bürger*innen ein. Teilhabe bedeutet, Kindern ein würdevolles Leben zu
599 ermöglichen – unabhängig vom Einkommen der Eltern. Teilhabe bedeutet ein Recht auf
600 Wohnen, ein Recht auf Gesundheit, ein Recht auf gut bezahltes Arbeiten und ein Recht
601 darauf, in Würde zu altern. Deshalb fordert DIE LINKE eine behördenübergreifende **Anti-**
602 **Armutsstrategie** sowie die Stärkung der Sozialen Beratungsstellen in den Bezirken.

603 **Kinderarmut bekämpfen, kommunale Infrastruktur stärken**

604 In Hamburg leben mehr als 50.000 Kinder in Familien mit Hartz-IV-Bezug. Diese Kinder haben
605 es besonders schwer. Die gesamte Gesellschaft steht in der Pflicht, sie zu unterstützen.

606 Gemeinsam mit den Wohlfahrtsverbänden setzt sich DIE LINKE für eine

607 **Kindergrundsicherung** in Höhe von mindestens 564 Euro ein.

608 Die Kommunen müssen für eine gute Kinder- und Jugendsozialarbeit sorgen. Die

609 Einrichtungen der **Offenen Kinder- und Jugendarbeit** sowie die Familienzentren haben trotz

610 des Ausbaus der Ganztagschulen eine wichtige Funktion. Sie bieten informelle,

611 selbstbestimmt und gemeinschaftlich zu nutzende Erfahrungsspielräume. Außerdem entlasten

612 sie die Familien im Alltag. DIE LINKE fordert deshalb den Aus- und Neubau dieser

613 Einrichtungen, den Bau weiterer Kinder- und Familienzentren und eine auskömmliche

614 finanzielle und personelle Ausstattung. Der Mindeststandard sollte zwei Vollzeitstellen

615 betragen.

616 Hamburg weist zurzeit 47 Baugebiete mit jeweils mehr als 500 Wohneinheiten auf. Doch die

617 Zahl der Kinder- und Jugendeinrichtungen, vor allem im offenen Bereich, wächst nicht mit.

618 Von ehemals 278 Einrichtungen vor der Kürzungswelle im Jahr 2012 und weiteren

619 Schließungen seit 2015 sind noch 253 übriggeblieben. DIE LINKE fordert die

620 Wiedereinführung der Richtlinie, wonach in **Neubaugebieten** mit mehr als 500

621 Wohneinheiten Angebote der Kinder- und Jugendsozialarbeit zu schaffen sind. Dies wäre vor

622 allem in sozial benachteiligten Stadtteilen ein Beitrag gegen die Verfestigung von Armut.

623 **Keine Angst vor dem Alter**

624 In Hamburg leben mehr als 350.000 Menschen, die älter sind als 65 Jahre. Das sind mehr als

625 20 Prozent der Bevölkerung. Selbstbestimmung und Selbstständigkeit bis in das hohe Alter

626 sind wesentliche Merkmale für eine solidarische Gesellschaft und wichtige Ziele für die

627 älteren Menschen selbst.

628 Hamburg ist die **Hauptstadt der Altersarmut**. Mehr als 7 Prozent der Hamburger

629 Rentner*innen leben von Grundsicherung, im Bundesdurchschnitt sind es halb so viele. Und

630 die Rate steigt rasant.

631 Dennoch werden Senior*innen durch die Politik des Senats finanziell weiter belastet.

632 Während die durchschnittlichen Renten in Hamburg zwischen 2008 und 2017 um 14 Prozent

633 stiegen, erhöhte beispielsweise der HVV die Preise für die Senior*innenkarte um 31 Prozent.

634 Das heutige Rentenniveau von 49 Prozent wird bis zum Jahr 2030 auf 43 Prozent abgesenkt

635 werden. Die Deregulierung des Arbeitsmarktes, befristete Arbeitsverträge,

636 Leiharbeitsverhältnisse und Werkverträge lassen die Renten weiter sinken. DIE LINKE

637 fordert bessere Arbeitsbedingungen als Schutz vor **Altersarmut**. DIE LINKE tritt dafür ein,

638 dass Empfänger*innen von Grundsicherung im Alter einen **Ortszuschlag** von mindestens 40

639 Euro bekommen, so wie es auch in München üblich ist.

640 Die **Rente mit 67** lehnt DIE LINKE ab. Derzeit schafft die überwiegende Mehrheit der

641 Menschen nicht einmal die Regelaltersgrenze von 65 Jahren. 2012 hatten von den 64-Jährigen

642 gerade noch 14,2 Prozent eine sozialversicherungspflichtige Beschäftigung. Auf Bundesebene

643 setzen wir uns für eine **Anhebung der Renten ein**. Mit der (privaten) Riester-Rente
644 verdienen vor allem Banken und Versicherungen.

645 Kein Mensch soll unter Einsamkeit leiden. Dafür müssen wohnungsnahe Angebote geschaffen
646 werden, zum Beispiel durch Vernetzung von Senior*innen- Organisationen, Treffpunkten,
647 Beiräten und Pflegestützpunkten. Beiräte und Delegiertenversammlungen von Senior*innen in
648 den Bezirken sind in ihrer Arbeit finanziell besser zu unterstützen.

649 Entsprechend dem Hamburger Wohn- und Betreuungsqualitätsgesetz sind regelmäßige,
650 mindestens jährliche und unangemeldete **Kontrollen in den Altenheimen** zu gewährleisten.
651 Das Auslagern dieser Kontrollen an den Medizinischen Dienst der Krankenkassen ist falsch.
652 Die Kontrollen müssen durch die Bezirksämter durchgeführt werden.

653 Die Schaffung und der Betrieb von Altenwohnanlagen ist eine **öffentliche Aufgabe**. Es ist
654 nicht akzeptabel, dass es in Hamburg keine städtischen Altenwohnanlagen und Pflegeheime
655 mehr gibt. DIE LINKE will die einstmals städtischen Einrichtungen von „pflegen & wohnen“
656 wieder in den kommunalen Besitz überführen.

657 Zu einer altersgerechten und familienfreundlichen städtischen Infrastruktur gehören
658 **Ruheinseln** (z.B. Sitzbänke), ein Netz öffentlicher Toiletten, ausreichende Wegebeleuchtung,
659 abgesenkte Bordsteine und ein barrierefreier Nahverkehr. Neue und bezahlbare
660 Wohnkonzepte, etwa Wohngruppen für alters- und behindertengerechtes Wohnen, müssen
661 integrierter Bestandteil des Hamburger Wohnungsbauprogramms sein. Ambulante
662 Pflegedienste und hauswirtschaftliche Dienstleistungen sollten in bezahlbaren
663 Wohnkonzepten eingebunden sein.

664 **Faire Arbeit statt prekärer Beschäftigung**

665 **Gleicher Lohn für gleiche Arbeit**, die Bekämpfung von illegaler Beschäftigung,
666 Lohndumping, Leiharbeit und sachgrundlosen Befristungen gehören zu den Kernforderungen
667 der LINKEN. Gemeinsam mit den Gewerkschaften will DIE LINKE im Einflussbereich der Stadt
668 eine **Arbeitszeitverkürzung bei vollem Lohnausgleich** durchsetzen.

669 DIE LINKE fordert die Sozialversicherungspflicht von Minijobs ab dem ersten Euro. Hamburg
670 braucht eine Stelle, die zu **Minijobs** berät. Ebenso muss es deutlich mehr Beratung und
671 Förderung von **Solo-Selbstständigen** geben. Ergänzend zum Qualifizierungschancengesetz
672 muss es in Hamburg ein **Qualifizierungs- und Weiterbildungskonzept** geben, das
673 Arbeitsplatzverlusten vorbeugen soll. Auf **Leiharbeit** soll grundsätzlich verzichtet werden.

674 Zentausende Menschen in Hamburg verdienen so wenig, dass sie ihren Lohn mit Hartz-IV-
675 Leistungen aufstocken müssen. DIE LINKE fordert menschenwürdige Arbeitsbedingungen und
676 einen **Mindestlohn von mindestens 14 Euro ohne Ausnahmen**. Dazu will DIE LINKE ein
677 **Landesmindestlohngesetz** schaffen, das den Mindestlohn festsetzt und eine jährliche
678 Anpassung vorsieht. Der bundesweite Mindestlohn wird seit seiner Einführung bei einer
679 Vielzahl von Branchen noch immer nicht kontrolliert. Eine bedarfsgerechte Personalplanung
680 beim Zoll ist notwendig, um die Einhaltung zu gewährleisten.

681 Der Landesmindestlohn muss zugleich im **Vergabegesetz** der Stadt verankert sein. Die
682 Vergabe von öffentlichen Aufträgen muss an die Anforderungen der Internationalen
683 Arbeitsorganisation ILO gekoppelt werden. Subventionen und Fördergelder dürfen nur noch

684 dann vergeben werden, wenn die Unternehmen tarifliche und sozialversicherungspflichtige
685 Arbeitsplätze nachweisen und Ausbildungsplätze schaffen. Das **Ladenöffnungsgesetz** muss
686 verstärkt werden, um mehr Schutz für alle im Handel Beschäftigten zu ermöglichen.

687 DIE LINKE will die bestehenden Spielräume im öffentlichen Bereich, bei der Vergabe von
688 Aufträgen und Grundstücken auch nutzen, um die **Tarifbindung** verpflichtend zu machen. Zur
689 Stärkung der Tarifbindung im Zuwendungsbereich will DIE LINKE ein **Landes-**
690 **Tarifbindungsgesetz** einführen. Gesetzesverstöße gegen **Arbeitsschutz-, Arbeitszeit-,**
691 **Tarif- und Mindestlohnbestimmungen** müssen geahndet werden.

692 DIE LINKE will die Mitbestimmungsrechte im **Personalvertretungsgesetz** stärken. Die
693 Beschäftigten und ihre Personalvertretungen müssen gleichberechtigt mitentscheiden
694 können. Für Personalräte muss es ein **durchsetzbares Mitbestimmungsrecht** hinsichtlich
695 Arbeitsumfang, Arbeitsorganisation und Personalbemessung geben. Zudem will DIE LINKE die
696 Schwellen für die **Freistellung von Personalräten** an das Betriebsverfassungsgesetz
697 angleichen. Gewerkschaften müssen die Möglichkeit des **politischen Streiks** bekommen.
698 Mindestsicherung statt Hartz IV

699 Hartz IV hat nicht zum Abbau von Arbeitslosigkeit, sondern zu mehr Armut geführt. Es hat
700 Lohndumping vorangetrieben und die Ängste vor einem Verlust des Arbeitsplatzes verstärkt.
701 Deshalb fordert DIE LINKE die **Abschaffung von Hartz IV**. Ziel ist eine **bedarfsgerechte und**
702 **sanktionsfreie Mindestsicherung** und eine eigenständige **Kindergrundsicherung**.

703 Hamburg soll als Sofortmaßnahme die Möglichkeit nutzen, mit Verweis auf die höheren
704 Lebenshaltungskosten gegenüber dem Bundesdurchschnitt, die Grundsicherungsleistungen
705 aufzustocken. Was in München geht, muss auch in Hamburg möglich sein.

706 Hamburg hat Spielraum für zahlreiche Verbesserungen bei der Durchsetzung **sozialer**
707 **Grundrechte** für Hartz-IV-Empfänger*innen. Dazu gehört, in den Jobcentern Willkür und
708 Diskriminierung gegenüber den Betroffenen einzudämmen und **Sanktionen** abzubauen. DIE
709 LINKE will durchsetzen, dass die Stadt Hamburg **keine 1-Euro-Jobs** mehr vergibt.

710 Sozialleistungen für Wohnungseinrichtungen und Bekleidung müssen auf ein zeitgemäßes
711 Niveau steigen. Hamburg muss höhere **Mietkosten** für Hartz-IV-Beziehende übernehmen, die
712 Jobcenter sollen **Umzugsaufforderungen** unterlassen. **Zwangsräumungen** in die
713 Obdachlosigkeit müssen aufhören.

714 Trotz des anhaltenden Fachkräftemangels ist das Risiko, langzeiterwerbslos zu werden, in
715 Hamburg nach wie vor hoch. Gesundheitliche Beeinträchtigungen oder Behinderungen, ein
716 Alter ab 50 Jahren sowie fehlende Berufsausbildung sind die größten Risikofaktoren.

717 Jobcenter und Stadt müssen die Bemühungen, **Langzeiterwerbslosen** eine qualifizierte,
718 abschlussorientierte Aus- oder Weiterbildung zu ermöglichen, deutlich erhöhen. Dafür soll es
719 auch ein **Qualifizierungsgeld** geben. Vom Jobcenter unabhängige **Rechts- und**
720 **Sozialberatungsangebote**, Schuldnerberatung und psychosoziale Hilfen müssen ausgebaut
721 werden. Ebenfalls ausbauen will DIE LINKE Angebote für Frauen zur (Wieder)-Eingliederung in
722 den Beruf, insbesondere für Alleinerziehende und Frauen mit Migrationshintergrund.

723 Behinderte Menschen sind ebenfalls in erhöhtem Maß von Arbeitslosigkeit betroffen. Auch für
724 sie sollen die Angebote zur Förderung der Erwerbstätigkeit kräftig ausgebaut werden.

725 DIE LINKE hält **öffentlich geförderte Beschäftigung** für einen wichtigen Weg, um Armut bei
726 Langzeiterwerbslosen zu bekämpfen und gesellschaftliche Teilhabe zu ermöglichen. Seit 2019
727 stellt der Bund zwar verstärkt Mittel zur Verfügung. Doch der Senat gibt nur sehr wenig Geld
728 dazu. Die LINKE fordert daher eine bessere Kofinanzierung der Bundesprogramme sowie ein
729 **Programm zur Beschäftigung von zusätzlich mindestens 1.000 Langzeiterwerbslosen**
730 jährlich.

731 **Stromsperren verbieten**

732 Jedes Jahr wird in Hamburg tausenden Menschen der Strom, das Gas und Wasser abgedreht.
733 Gleichzeitig werden die Kosten dafür weiter erhöht. Sie übersteigen den Energieanteil am
734 Arbeitslosengeld II inzwischen deutlich. Für DIE LINKE ist die Versorgung mit Energie und
735 Wasser kein Luxus, sondern ein soziales Grundrecht. Sie fordert deshalb, das Absperren von
736 Strom, Gas, Fernwärme und Wasser gesetzlich zu untersagen. Solange das nicht erfolgt, muss
737 der Senat durch die Einrichtung eines Härtefallfonds **Energiesperren** verhindern. Außerdem
738 muss es ein Frühwarnsystem geben: Energiedienstleister werden verpflichtet, die
739 Zahlungsunfähigkeit privater Haushalte den Sozialbehörden mitzuteilen. So kann den
740 Betroffenen rechtzeitig Hilfe angeboten werden. Dazu müssen bei den
741 Schuldnerberatungsstellen unabhängige **Clearingstellen** eingerichtet werden.
742 Empfänger*innen von Grundsicherung, Arbeitslosengeld II, Wohngeld und Kinderzulage ist
743 zudem der **Kauf von energieeffizienten Neugeräten** zu finanzieren oder zu bezuschussen.

744 **Obdachlosigkeit bekämpfen**

745 Die Obdach- und Wohnungslosigkeit hat sich in Hamburg in den letzten zehn Jahren
746 zunehmend verschärft. Zurzeit leben etwa 2.000 Obdachlose und mehr als 5.200
747 Wohnungslose in Hamburg. Rechnet man die mehr als 15.500 wohnberechtigten
748 Zuwanderer*innen dazu, sind mehr als 20.000 Menschen in Hamburg ohne Wohnung. Da
749 gerade für sie bezahlbarer Wohnraum knapp ist, lebt die Mehrheit länger als ein Jahr in den
750 Unterkünften.

751 Auch bei Unterbringung in öffentlichen Wohnunterkünften muss das Selbstbestimmungsrecht
752 der Wohnungslosen und ihre Privatsphäre gewährleistet sein.

753 Die Schaffung zusätzlicher Angebote für Wohnungslose ist dringend notwendig.

754 **Notunterkünfte** sollen für Notsituationen vorgehalten werden – unabhängig davon, ob die
755 wohnungslose Person leistungsberechtigt ist oder nicht. Niemandem soll das Recht auf einen
756 warmen, sicheren Schlafplatz verwehrt werden. Das **Winternotprogramm** muss ganztägig
757 geöffnet sein, damit Obdachlose sich bei Bedarf auch tagsüber dort aufhalten können. Auf
758 Vertreibungsmaßnahmen ist zu verzichten.

759 DIE LINKE fordert ein System der ganzjährigen Grundversorgung, das den vielfältigen
760 Bedarfen von Frauen, Jungerwachsenen, Älteren und Familien gerecht wird. Das Ziel sollte
761 sowohl die konsequente Reintegration Betroffener in gesicherte Wohnverhältnisse sein als
762 auch die Vermeidung von Zwangsräumungen durch eine **Stärkung der aufsuchenden**
763 **Sozialarbeit**. DIE LINKE setzt sich für das „Housing first“-Modell ein. Das bedeutet:
764 Obdachlose bekommen eine Wohnung. Dafür müssen sie keine Beratungs- und
765 Unterstützungsangebote annehmen. Um einer Verelendung von obdachlosen

766 Zuwanderer*innen vorzubeugen, sollte ihnen möglichst früh der Zugang zu Sprachkursen und
767 Qualifizierungsangeboten ermöglicht werden. Nur so kann der Zugang zu regulärer,
768 sozialversicherungspflichtiger Beschäftigung gelingen.

769 **Sozialausweis: Teilhabe für alle**

770 Die momentan angebotene Ermäßigung beim HVV, durch die Erwerbslose 21,80 Euro pro
771 Monat sparen können, reicht nicht aus. Gleiches gilt für das Bildungs- und Teilhabepaket, für
772 Kinder und Jugendliche unter 18 Jahren, das bis zu 10 Euro im Monat für Aktivitäten im
773 Bereich Kultur, Sport und Musik bereitstellt. Deshalb will DIE LINKE einen umfassend
774 geltenden **Sozialausweis** einführen, mit dem Hartz-IV-Empfänger*innen zum Preis von 1 Euro
775 staatliche Museen, Schwimmbäder und andere Freizeiteinrichtungen besuchen können und
776 der auch für die kostenlose Nutzung des HVV gilt. Der Beitrag für die Nutzer*innen der
777 Bücherhallen muss halbiert und für Sportvereine aufgehoben werden.

778 **7. Gesundheit und Pflege – menschenwürdig für alle**

779 **Soziale Ungleichheit macht krank**

780 Gesundheit ist mehr als nicht krank zu sein. Gesundheit, so definiert es die
781 Weltgesundheitsorganisation WHO, ist ein Zustand vollkommenen körperlichen, geistigen und
782 sozialen Wohlbefindens. Gesundheitspolitik darf deshalb nicht allein auf die medizinische
783 Versorgung reduziert werden. Sie trägt sowohl den individuellen Bedürfnissen der Menschen
784 Rechnung als auch den gesellschaftlichen Verhältnissen, die gesund oder krank machen. Das
785 Recht auf Gesundheit ist ein Menschenrecht.

786 Gesundheitsförderung ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe, die alle Politikfelder betrifft.
787 Dazu gehört auch die Verminderung von sozialer Ungleichheit und Diskriminierung: Denn
788 auch das macht krank. Die Schaffung von guten Arbeits- und Wohnverhältnissen sowie eine
789 saubere Umwelt sind ebenfalls grundlegende Bedingungen von Gesundheit.

790 Eine **gute Gesundheitsversorgung** muss allen Menschen gleichermaßen, unabhängig von
791 ihrem Besitz oder Aufenthaltsstatus, offenstehen. Dazu gehören kurze Wartezeiten auf eine
792 gute Behandlung ebenso wie eine wohnortnahe ärztliche Versorgung. Hamburg mangelt es an
793 Kassenärzt*innen und Psychotherapeut*innen. Wer als Kassenpatient*in einen Termin
794 braucht, kann dies nur bestätigen. Gewachsene Bevölkerungszahlen und die Hamburger
795 Altersstruktur müssen bei der Anzahl der Kassenzulassungen berücksichtigt werden.

796 Das Gesundheitswesen, wie es gegenwärtig organisiert ist, leistet das nicht. Deshalb tritt DIE
797 LINKE bundesweit für eine fundamentale Umkehr in der Gesundheitspolitik ein. Sie kämpft für
798 ein solidarisches, gerechtes und barrierefreies Gesundheitswesen. Dazu gehört eine
799 solidarische Gesundheitsversicherung anstatt der bisherigen **Zwei-Klassen-Medizin**.

800 **Bessere Arbeitsbedingungen im Krankenhaus**

801 In Hamburgs Krankenhäusern herrscht **Pflegenotstand**. Laut ver.di fehlen 4.200
802 Pflegekräfte. Die Privatisierung der ehemals städtischen Krankenhäuser und die Einführung
803 von Fallpauschalen haben zu einem verstärkten Wettbewerb zwischen den Krankenhäusern
804 geführt. In den Kliniken wird massiv am Personal gespart, Pflegekräfte werden durch die
805 Überlastung krank und die Gesundheit der Patient*innen ist gefährdet. Um dem

806 entgegenzusteuern, verlangt DIE LINKE eine bedarfsgerechte Personalausstattung in allen
807 Krankenhäusern. Die Krankenhausversorgung muss sich wieder an den Bedürfnissen der
808 Patient*innen orientieren und nicht an den Profitinteressen der Krankenhauskonzerne.
809 DIE LINKE unterstützt das Hamburger Bündnis für mehr Personal in den Krankenhäusern und
810 teilt ihre Forderungen nach einer bedarfsgerechten Personalbemessung und besseren
811 Arbeitsbedingungen für Pflegekräfte und Hebammen. DIE LINKE fordert den **Rückkauf bzw.**
812 **die Enteignung der privatisierten Krankenhäuser**, um die demokratische Kontrolle und
813 Steuerung sowie Transparenz über die Krankenhausversorgung wieder zu erlangen. Wir
814 fordern den Ausschluss von Private Equity (privatem Beteiligungskapital) in der
815 Krankenhausversorgung und in der ambulanten Versorgung. Das Fallpauschalensystem
816 gehört abgeschafft und durch eine Krankenhausfinanzierung ersetzt, die sich an den
817 tatsächlichen Bedarfen orientiert. Hygiene, Arbeits- und Infektionsschutz in den
818 Krankenhäusern muss deutlich stärker kontrolliert werden. Die aufsichtführenden Stellen
819 müssen entsprechend personell aufgestockt, Verstöße mit Bußgeldern konsequent geahndet
820 werden.

821 **Aufwertung der Pflegearbeit**

822 Nicht nur die Krankenhäuser, auch die Pflegeeinrichtungen befinden sich zu großen Teilen in
823 der Hand profitorientierter Konzerne. Für Pflegekräfte bedeutet das, dass sie meistens ohne
824 Tarifvertrag und ohne betriebliche Mitbestimmung unterdurchschnittlich bezahlte Pflegearbeit
825 leisten müssen. Eine menschenwürdige stationäre wie ambulante Altenpflege kann so nicht
826 funktionieren. Sie erfordert eine bedarfsgerechte Personalausstattung, Bezahlung nach Tarif,
827 Mitbestimmung und eine wirksame Interessenvertretung für die betreuten Menschen und ihre
828 Angehörigen. Hierzu gehört auch die Einbindung von Pflegeeinrichtungen in das
829 Wohnquartier, um auch pflegebedürftigen Bürger*innen eine Teilhabe am gesellschaftlichen
830 Leben zu ermöglichen.

831 **Sorgearbeit** muss sozial, kulturell und ökonomisch eine Aufwertung erfahren. Die Löhne für
832 Pflegekräfte müssen deutlich steigen. Pflegenden Angehörige müssen besser finanziell
833 ausgestattet werden und brauchen mehr fachliche und gewerkschaftliche Unterstützung.

834 **Für eine Gesundheitsversorgung der kurzen Wege**

835 Die Profitorientierung im Gesundheitswesen führt zu Engpässen bei der ambulanten
836 Versorgung. Beispiel dafür sind die Medizinischen Versorgungszentren (MVZ), die von
837 Klinikkonzernen aufgekauft werden, aber auch die bessere ärztliche Versorgung
838 einkommensstarker Stadtteile. DIE LINKE will die **Ungleichverteilung** der medizinischen
839 Versorgung in den Stadtteilen überwinden und eine wohnortnahe Versorgung für alle
840 ermöglichen.

841 Das Recht auf kostenfreie, barrierefreie, optimale gesundheitliche Versorgung muss für alle
842 Menschen gleichermaßen gelten. Deshalb müssen die öffentlichen Gesundheitsdienste
843 ausgebaut werden. Die ärztliche Versorgung muss soziale Faktoren, Krankheitsdichte und
844 Umweltbelastungen berücksichtigen und besser verteilt werden! DIE LINKE setzt sich ein für
845 eine regelmäßige, sozialraumorientierte und geschlechterdifferenzierte
846 **Gesundheitsberichterstattung ein**. Diese soll als Grundlage für die Weiterentwicklung der

847 Gesundheitsversorgung in Hamburg dienen. Wir unterstützen gemeinwohlorientierte
848 Gesundheitszentren in ärmeren Stadtteilen, wie z.B. die Poliklinik auf der Veddel, die eine
849 interdisziplinäre Versorgung sowie eine gesundheitliche Beratung und Sozialberatung
850 anbieten.

851 **Prävention von Anfang an**

852 Gesundheitsversorgung und -förderung muss bereits vor dem Krankwerden und der Heilung
853 von Krankheiten ansetzen. Prävention, Förderung und Beratung will DIE LINKE eine wichtigere
854 Rolle zuweisen. Dazu gehört die Förderung gesunder Ernährung auch von Kindern und
855 Menschen mit niedrigem Einkommen, Hebammen-Zentren in Stadtteilen mit mangelnder
856 Hebammenversorgung, Babybegrüßungsbesuche und der Ausbau der „Frühen Hilfen“ zur
857 Unterstützung junger Familien. Als präventive Maßnahmen sollen Ansätze in Schulen
858 geschaffen werden, die die Jugendlichen vor psychischen und somatischen Erkrankungen
859 stärken. DIE LINKE tritt ein für eine bessere personelle Ausstattung des Amtes für
860 Arbeitsschutz, für gesunde Arbeitsbedingungen zur Prävention von psychischen und
861 körperlichen Erkrankungen von Erwerbstätigen.

862 **Für eine menschenwürdige Psychiatrie**

863 DIE LINKE setzt sich für eine gewaltfreie Psychiatrie und eine Psychiatrieversorgung ein, die
864 Patient*innen in die therapeutische Gestaltung einbezieht. Die Personalausstattung und die
865 räumlichen Bedingungen müssen eine **Behandlung ohne Zwang und Gewalt** ermöglichen.
866 Ambulante Modellprojekte für Menschen mit psychischen Problemen müssen ausgebaut
867 werden, damit weniger stationäre Behandlungen notwendig sind. Dazu gehört ein 24-
868 stündiger Krisendienst mit der Möglichkeit einer aufsuchenden Intervention. Außerdem will
869 DIE LINKE die unabhängige Beschwerdestelle ausbauen und strebt eine gleichberechtigte
870 Besetzung der Aufsichtskommission von Betroffenen, Angehörigen und psychiatrischen
871 Fachkräften an.

872 DIE LINKE will mehr Wohnraum für Menschen mit psychischen Erkrankungen schaffen.

873 **Drogenpolitik: Aufklärung statt Strafe**

874 Realitätsferne und Ignoranz bestimmen noch immer die herrschende Drogen- und
875 Suchtpolitik. Menschen, die Drogen konsumieren, werden stigmatisiert und kriminalisiert.
876 Dabei ist die repressive und restriktive Drogenpolitik ganz offensichtlich gescheitert: Sie führt
877 nicht dazu, dass der Drogenkonsum zurückgeht, sondern ermöglicht Riesengewinne auf dem
878 illegalen Markt.

879 Statt Repression muss es eine **Wende in der Drogenpolitik** geben, die einerseits
880 Konsument*innen schützt und andererseits die Risiken des Drogenkonsums und den
881 Gesundheitsschutz in den Mittelpunkt stellt. Die Strafverfolgung des Drogenkonsums muss
882 beendet werden. DIE LINKE ist für eine staatliche kontrollierte Abgabe unter Einhaltung des
883 Jugendschutzes. Als ersten Schritt befürworten wir die Einführung von Modellprojekten zur
884 kontrollierten Cannabis-Abgabe.

885 Konsument*innen soll beispielsweise ein Drugchecking ermöglicht werden, mit dem sie ihre
886 Drogen auf giftige Inhaltsstoffe (z.B. Streckmittel) überprüfen können. Drogenkonsumräume

887 und Suchtberatungsstellen brauchen eine gesicherte Finanzierung, die ihrem tatsächlichen
888 Bedarf entspricht.

889 Zum Gesundheitsschutz gehört auch, dass Verbraucher*innen besser über Drogen informiert
890 werden müssen, um sich vor Gesundheitsgefahren zu schützen. Solange Drogenpolitik über
891 Verbote wirkt, ist es vor allem für Jugendliche schwieriger sich zu informieren und die eigene
892 Gesundheit zu schützen. Denn der Schwarzmarkt ist so ziemlich der schlechteste
893 Jugendschutz.

894 8. Solidarisches Arbeiten und Wirtschaften

895 **Sozial-ökologische Wirtschaft statt Profitlogik**

896 Die wirtschaftspolitischen Ziele der LINKEN orientieren sich an den **Bedürfnissen und**
897 **Interessen der Bevölkerungsmehrheit** und nicht an denen der oberen Zehntausend. DIE
898 LINKE ist der Überzeugung, dass ein krisenfreier, sozialer, ökologischer und friedlicher
899 Kapitalismus als Wirtschaftsordnung nicht möglich ist. Die Überwindung der sozialen Krisen
900 und der Energie- und der Klimakrise erfordert eine neue Wirtschaftsordnung, die nicht mehr
901 vom Streben nach maximalem Profit beherrscht wird.

902 Ein grundlegender Richtungswechsel der ökonomischen, gesellschaftlichen und ökologischen
903 Entwicklung ist notwendig. Dazu muss die gesamte Wirtschafts- und Lebensweise und
904 insbesondere das Energiesystem **naturverträglich umgestaltet** werden. Dies muss
905 verbunden werden mit einer Politik zur Verbesserung der Arbeits- und Lebensbedingungen
906 der Mehrheit der Menschen. Die soziale Sicherung und die öffentlichen und sozialen
907 Dienstleistungen müssen ausgebaut anstatt abgebaut werden. Der Finanzsektor muss
908 demokratischer Kontrolle unterworfen werden. Die **Schuldenbremse** verhindert
909 parlamentarischen Einfluss und verschärft den Privatisierungsdruck – deshalb gehört sie
910 abgeschafft. Privatisierungen müssen verhindert, stattdessen der öffentliche und
911 gemeinwirtschaftliche Sektor wieder erweitert werden.

912 **Neuausrichtung der Wirtschaftsförderung**

913 Hamburgs Wirtschaftspolitik setzt auf ihre Cluster. Mittlerweile zählt Hamburg acht
914 verschiedene Wirtschaftskluster. Die offiziellen Erfolgsmeldungen über das Wirken dieser
915 Cluster wollen wir unabhängig evaluieren lassen. Besonders da, wo innerhalb der Cluster
916 sichtbar Arbeitsbedingungen existieren, die nicht hinnehmbar sind, wie z.B. geringe
917 Bezahlung, das Aushebeln von Arbeitnehmer*innenrechten, unzulängliche Tarifbindung,
918 sehen wir dringenden Handlungsbedarf.

919 Mit unserem Vorschlag für ein **Hamburger Cluster - Soziale Dienstleistung** schaffen wir
920 einen Ausgleich zur einseitigen auf internationalen Wettbewerb setzende
921 Wirtschaftsförderung des Hamburger Senates.

922 **Soziale Dienstleistungen** sind personenbezogene Dienstleistungen, die die Bedürfnisse der
923 Einzelnen in den Bereichen Kinderbetreuung, Bildung, Pflege und Wohlfahrt betreffen. Der
924 demographische Wandel mit einer alternden Bevölkerung, gepaart mit einer steigenden
925 Bevölkerungszahl in den Städten, lassen die sozialen Dienstleistungen zu einem erheblichen
926 Faktor für Arbeit und Lebensqualität werden.

927 Ohne **staatliche Unterstützung**, stünden soziale Dienstleistungen nur einem kleinen Kreis
928 wohlhabender Personen zur Verfügung. Diese dürfen nicht dem freien Markt überlassen
929 werden. Somit erfordert deren Hervorbringung umfangreiche Investitionen in die
930 Infrastruktur, Ausbildung und Entlohnung der Beschäftigten.

931 Der **Stärkung des öffentlichen Sektors** sowie die Bereitstellung und Kontrolle der nötigen
932 Rahmenbedingungen für den privaten Sektor bei sozialen Dienstleistungen wird die
933 wirtschaftliche Abhängigkeit der Hamburger*innen vom Export reduzieren. Das dient auch
934 einer stabileren und zukunftsorientierten Entwicklung unserer Wirtschaft.

935 Wir brauchen in Hamburg mit seinen endlichen Flächen auch für Industrie und Gewerbe ein
936 **neues Verständnis für den Flächenverbrauch**. Auch Industrie- und Gewerbeflächen sollen
937 nur noch in Erbpacht vergeben werden, um dem Verlust planerischer Möglichkeiten
938 vorzubeugen.

939 Wir wollen auch in der Wirtschaftsförderung neue Wege anbieten und werden uns dafür
940 einsetzen, dass in die Wirtschaftsförderungspolitik auch die **Gründung von**
941 **Genossenschaften** und alternativer Unternehmensformen des solidarischen Wirtschaftens
942 mitberücksichtigt werden.

943 Wir setzen uns dafür ein, dass die Vergabe von öffentlichen Aufträge an die **Tarifbindung** der
944 Firmen gekoppelt wird.

945 Die soziale Situation der Kleinstunternehmen und **Soloselbstständigen** muss dringend
946 verbessert werden. Wir möchten für diese ein eigenständiges und niedrigschwelliges
947 Beratungs- und Förderangebot schaffen.

948 Hamburg braucht in seinen Bezirken und Quartieren einen funktionsfähigen Mix an
949 Einzelhandel und Gewerbe. Steigende Pachten in der Folge von Gentrifizierung,
950 Flächenkonkurrenz und Tourismusboom zerstören diese gewachsenen Strukturen immer
951 weiter. Wir setzen uns dafür ein, dass die Stadt aktiv eingreift, um die **Vielfalt an Handel und**
952 **Gewerbe** in den Quartieren zu fördern und zu erhalten. Deshalb muss sich die Zentren-
953 Entwicklung an den **traditionellen Ortskernen** orientieren und das soziale Leben
954 einbeziehen.

955 Wir wollen eine **Bestandsaufnahme** der verschiedenen Absichtserklärungen, Förder- und
956 Beratungsprogramme zur Unterstützung der Betriebe in Hamburg bei der Digitalisierung.
957 Daraus abgeleitet wollen wir, dass eine Gesamtstrategie Digitalisierung über alle
958 Unternehmensverbände hinweg Ziele und Maßnahmen definiert.

959 DIE LINKE tritt für **Verkehrsberuhigung** und Zurückdrängung der automobilen Belastungen
960 in zentralen Lagen ein. Dies setzt aber auch neue Lösungen für Lieferverkehre und Logistik
961 des Handwerks voraus. Diese wollen wir gemeinsam mit den **Kammerinitiativen** entwickeln.

962 **Privatisierungsbremse in die Hamburger Verfassung!**

963 Die Privatisierungen der letzten Jahrzehnte haben in Hamburg eine Schneise der materiellen
964 und gesellschaftlichen Verschlechterungen geschnitten. Der Verkauf der HEW und von
965 HeinGas hat die Stadt nicht nur finanziell geschädigt. Mittlerweile geben fast alle politisch
966 Verantwortlichen diese Privatisierung als Fehler zu. Der Verkauf der Krankenhäuser hat

967 zusätzlich den Einfluss der Stadt und damit der Bürger*innen auf ihre Krankenversorgung
968 vernichtet. Auch Immobilien wurden verscherbelt, unter anderem durch das sogenannte
969 PRIMO-Projekt. Mehr als 120 Immobilien (Biberhaus, Schanzenhof, soziale Projekte) wurden
970 nicht nur unter Wert verkauft, sondern größtenteils auch noch viel zu teuer zu Lasten der
971 Steuerkasse zurückgemietet.

972 DIE LINKE will weiteren Schaden dieser Art von der Stadt abwenden. Deshalb wollen wir eine
973 **Privatisierungsbremse** in der Hamburger Verfassung. Privatisierungsvorhaben sollen
974 dadurch nur mit der Zustimmung der Mehrheit der Menschen in der Stadt durchgesetzt
975 werden können.

976 Für bereits privatisierte Bereiche strebt DIE LINKE eine **Rekommunalisierung** an, wie sie bei
977 den Energienetzen bereits vollzogen wurde. Gleiches wollen wir auch für Krankenhäuser und
978 Pflegeeinrichtungen erreichen. Soziale Dienstleistungen – Kinderbetreuung, Bildung, Pflege
979 und Wohlfahrt – werden in einer wachsenden Stadt immer wichtiger. Ohne staatliche
980 Unterstützung stünden sie nur einem kleinen Kreis wohlhabender Personen zur Verfügung.
981 Deshalb dürfen auch sie nicht dem freien Markt überlassen werden.

982 **Öffentliche Unternehmen: eine Chance für Hamburg**

983 Hamburg braucht ein **Konjunktur- und Investitionsprogramm**. Dass städtische Betriebe
984 schon vor Jahren eigene Leiharbeitsfirmen gegründet haben, sowie teilweise Mitarbeitende in
985 Tochtergesellschaften auslagern und dort niedrige Löhne zahlen, darf nicht weiter zugelassen
986 werden. Im Gegenteil sollte sich aus der Nutzung öffentlicher Unternehmen die Chance auf
987 eine demokratische, soziale und ökologische Wirtschaftssteuerung ergeben. DIE LINKE will
988 dafür sorgen, dass Hamburgs **öffentliche Unternehmen** eine stabile Beschäftigung und
989 gerechte Entlohnung gewährleisten. Bei der Entscheidung über Produktion und Verteilung
990 müssen soziale und ökologische Kriterien stärker berücksichtigt werden.

991 Wenn öffentliche Unternehmen mit anderen Unternehmen zusammenarbeiten, sollen bei der
992 Vergabe von Aufträgen auch in den privaten Unternehmen betriebliche Mitbestimmung,
993 gerechte Entlohnung, Kündigungsschutz und reguläre Beschäftigung eingeführt werden.
994 Staatliche Hilfen müssen stets im Tausch an entsprechende Eigentumsanteile der
995 öffentlichen Hand gebunden sein, um Wirtschaftsverbrechen und Korruption zu bekämpfen.

996 **Rechte der Beschäftigten bei der digitalen Transformation stärken!**

997 Digitalisierung, Automatisierung, Robotik: Der Arbeitsbegriff verändert sich. Das betrifft auch
998 die soziale Ordnung und diejenigen, die lohnabhängig arbeiten müssen. Im Grünbuch Arbeit
999 4.0 der Bundesregierung von 2016 werden massive Veränderungen beschrieben: schwache
1000 Tarifbindungsquote, Niedriglohnsektor, instabile Arbeitsverhältnisse und unstete
1001 Erwerbsbiografien. Diese Veränderungen wurden nicht durch Digitalisierung ausgelöst,
1002 sondern durch die neoliberale Durchhaltepolitik des Sozialabbaus, der
1003 Arbeitsmarktderegulierung und der Schwächung der Handlungsfähigkeit von Gewerkschaften
1004 und Zivilorganisationen. Zukunfts- und Abstiegsängste im Zusammenhang mit „Arbeit 4.0“
1005 polarisieren Bevölkerung und Politiker*innen in Hamburg und darüber hinaus. Wie wir damit
1006 umgehen, ist eine umstrittene Frage, die weder mit übertriebenem Technologie-Enthusiasmus
1007 noch mit rückschrittlich-ablehnender Haltung zu beantworten ist.

1008 Negative Szenarien gehen davon aus, dass die globale Arbeitslosigkeit bis 2050 auf 24
1009 Prozent steigen könne. Bei aller Schwarzmalerei – Massenarbeitslosigkeit werden wir nicht
1010 erleben, schon weil die Definition von „Arbeitslosigkeit“ nicht mehr zeitgemäß ist. Vielmehr
1011 sehen wir bereits jetzt, wie sich das Einkommens- und Lohngefüge weiter verschärft.
1012 Ungleichheiten verstärken sich, und die Mittelschicht leidet unter stagnierenden Reallöhnen.
1013 Die Folgen sind noch nicht überall sichtbar, obwohl längst eine digitale, industrielle Revolution
1014 im Gange ist. Wie soll Hamburg, wie soll die Linke auf diese unvermeidlichen Entwicklungen
1015 reagieren?

1016 Schnell wird davon gesprochen, Umverteilungssysteme neu zu ordnen (Robotersteuern),
1017 Transferleistungen (Sozialsysteme) zu stärken oder gar ein bedingungsloses
1018 Grundeinkommen zu etablieren. Unsere Antwort darauf muss aber eine zugleich
1019 fortschrittliche wie sozial gerechte sein. Es handelt sich im engeren Sinne nicht nur um eine
1020 wirtschaftspolitische Lösung, sondern bezieht sich v.a. auf zwei Kernaspekte: Die Stärkung
1021 einer emanzipatorischen, ingenieur- und naturwissenschaftlichen Ausbildung und
1022 Hochschulbildung sowie die
1023 Förderung und rechtliche Regulierung partizipatorischer Strukturen in entsprechenden
1024 Unternehmen (z.B. genossenschaftlich).

1025 Am Ende der Entwicklung wird nicht wichtig sein, ob wir mit Roboter, Algorithmus und Co.
1026 konkurrieren können, sondern **wie Arbeiter*innen und Angestellte an dieser Art von**
1027 **Produktivität beteiligt sein werden.** Wir fordern deshalb massive öffentliche Investition in
1028 die forschungsbasierte Wissensinfrastruktur, enorme Anstrengungen bei der
1029 Erwachsenenbildung, Weiterbildung und technischen Ausbildung und gezielte finanzielle
1030 Förderung von Unternehmen, welche auf Modelle der Mitarbeiter*innenbeteiligung setzen.
1031 Die Gewerkschaften haben einen Anfang gemacht. So fordern sie beispielsweise in der
1032 „metallzeitung“ vom Juli/August 2019 **mehr Mitbestimmungsrechte für Betriebsräte.**
1033 Statt zu „Opfern“ der digitalen Transformation zu werden, müssen **erweiterte**
1034 **Mitbestimmungsrechte für Betriebsräte erkämpft werden bei der betrieblichen**
1035 **Weiterbildung, der Personalplanung und bei strategischen Investitionsplanungen.**

1036 Diesen zentralen gewerkschaftlichen Forderungen schließen wir uns vorbehaltlos an. Wir
1037 wollen Belegschaften dabei unterstützen, die Beschäftigten im Betrieb zu halten und für neue
1038 Aufgaben zu qualifizieren.

1039 **„Arbeitszeiten können abgebaut werden, um sie sinnvoll für Qualifizierung von neuen**
1040 **Aufgaben an neuen Produkten und Prozessen zu nutzen.“**

1041 Diese Forderungen müssen aus unserer Sicht immer einhergehen mit der
1042 Grundsatzfrage, wem die Roboter gehören.

1043 **Den Hafen sozial und ökologisch modernisieren**

1044 Der Hamburger Hafen prägt die Stadt. Er macht Hamburg zum „Tor zur Welt“ und hat lange
1045 für Wohlstand und Steuereinnahmen gesorgt. Grundlage dafür war, dass er als
1046 **Universalhafen** sowohl die Interessen des produzierenden Gewerbes, der Verladerschaft, als
1047 auch der Reeder konzeptionell berücksichtigte. Mit der einseitigen Ausrichtung auf das
1048 Wachstum des Containerumschlags ist dieser Weg verlassen worden, was zu einer

- 1049 Verringerung der Wertschöpfung und zur Vernachlässigung einer breiten
1050 Dienstleistungspalette geführt hat.
- 1051 Angesichts dieser Entwicklungen fordert DIE LINKE einen neuen **Hafenentwicklungsplan**. In
1052 diesem müssen die Hafenflächen intensiver genutzt werden, zum Beispiel durch eine weitere
1053 Ansiedlung von Industriearbeitsplätzen, die von der wasserseitigen Anbindung profitieren.
- 1054 Nicht Profitinteressen, sondern das Gemeinwohl muss im Zentrum der Hamburger
1055 Hafenspolitik stehen. Entscheidungen über Investitionen, Arbeitsbedingungen und das
1056 Eigentum an Hafensbetrieben müssen unter Einbeziehung der Betriebsräte und
1057 Gewerkschaften getroffen werden. Der angegriffene **Hafentarif** muss gesichert und
1058 ausgeweitet werden. Arbeit an der Kaikante muss nach Hafentarif bezahlt werden – auch an
1059 den Kreuzfahrtterminals. Leiharbeit darf im Hamburger Hafen ausschließlich durch den
1060 Gesamthafenbetrieb (GHB) durchgeführt werden – wie es vom Gesetz vorgesehen ist.
- 1061 Eine besondere Bedeutung für Hafenspolitik und Hafenentwicklung kommt dabei der **HHLA** als
1062 öffentlichem Unternehmen zu. Ihre Aufgabe ist nicht nur die Gewinnabführung an den
1063 Hamburger Haushalt, sondern auch Hafenspolitik und Hafenentwicklung.
- 1064 Dazu gehört der Widerstand gegen das weitere Größenwachstum der Container-Schiffe, kein
1065 weiteres **Containerterminal** in Hamburg und eine Offensive gegen den immer noch
1066 wachsenden Sanierungsstau. Eine Kooperation der deutschen und der europäischen
1067 Seehäfen hält DIE LINKE für erforderlich.
- 1068 Außerdem bedarf es einer sorgfältigen Planung der weiteren **Verkehrsinfrastruktur**. Die
1069 Schienenanbindung und Binnenschifffahrt müssen verbessert werden. LKW-Verkehre, auch
1070 innerhalb des Hafens, sind dagegen zu reduzieren. Bisherige Straßenplanungen müssen
1071 angesichts veränderter Umsatzprognosen überprüft werden. Eine Erweiterung des Hafens
1072 darf es nicht geben, **Moorburg** muss aus dem Hafenentwicklungsgebiet entlassen werden. Es
1073 ist notwendig, die Entscheidungen im Hafen besser mit den Anwohner*innen abzustimmen.
- 1074 Der Hamburger Hafen ist eine der stärksten Quellen für die Luftverschmutzung. Die
1075 Reeder*innen müssen zur Umrüstung auf weniger umweltschädliche Antriebe gezwungen
1076 werden – wie es zurzeit an der US-Westküste geschieht. Kreuzfahrtschiffe müssen
1077 konsequent an den Landstrom angeschlossen werden. Außerdem muss es ein
1078 Sofortprogramm für **Landstrom** im Containerbereich geben. Mit der gegenwärtigen
1079 **Elbvertiefung** wird die ökologische Situation der Elbe weiter verschlechtert. Zusätzlich
1080 werden die öffentlichen Haushalte mit Hunderten von Millionen Euro belastet.
- 1081 Die Waffenindustrie nutzt den Hamburger Hafen noch immer für den Export, auch in
1082 Krisengebiete. DIE LINKE wird sich nicht damit abfinden. Wir setzen uns für einen
1083 konsequenten Stopp aller **Rüstungsexporte** über den Hamburger Hafen ein.
- 1084 **Tourismus: Nachhaltigkeit statt Eventkultur**
- 1085 Hamburg ist ein Magnet für Millionen von Tourist*innen. Dagegen ist grundsätzlich nichts
1086 einzuwenden. Doch der Tourismus verändert mit seinen mehr als 7 Millionen
1087 Übernachtungsgästen und 80 Millionen Tagestourist*innen in zunehmenden Maß das
1088 gewachsene Lebensumfeld vieler Hamburger*innen. Die Gestaltung des Tourismus wird
1089 bisher privatwirtschaftlich organisierten Betrieben unter Beteiligung der Handelskammer mit

1090 der Zielsetzung des grenzenlosen Wachstums überlassen. Diese Politik für Hamburg geht
1091 immer weiter in Richtung **Übertourismus**: Quartiere strukturieren sich zugunsten der
1092 Touristenströme um, klassisches Gewerbe wird verdrängt.

1093 Die Orientierung auf finanzkräftige Reisende führt dazu, dass klimazerstörende Auswirkungen
1094 zunehmen: Flugreisen werden für die neuen Zielmärkte unumgänglich, die Dreckschleudern
1095 der Kreuzfahrtindustrie verpesten die Luft. Event-Spektakel sollen weitere Massen nach
1096 Hamburg locken und entziehen den Hamburger*innen temporär öffentlichen Raum. Die
1097 Arbeitsplätze hingegen, die der Tourismus für Hamburg mit sich bringt, sind meist im unteren
1098 Gehaltsniveau angesiedelt. Vielfach werden gerechte Arbeitsbedingungen und faire Löhne
1099 unterschritten.

1100 DIE LINKE ist für ein **nachhaltiges Tourismuskonzept** unter Einbeziehung aller Betroffenen.
1101 Tourismus muss als Stadtentwicklungsthema begriffen werden, da es tief in das Leben der
1102 Menschen in der Stadt eingreift. Eine nachhaltige Hotelplanung könnte dazu beitragen,
1103 Hotelkapazitäten gleichmäßiger über die Stadt zu verteilen. Die Tourismustaxe sollte nicht
1104 mehr in neue Tourismuswerbung versenkt werden, sondern der Stärkung und Erhaltung der
1105 Infrastruktur für die Menschen in den belasteten Quartieren dienen. Die Belastung der
1106 Innenstadt durch **Großevents** muss vermindert werden. An der Entscheidung über ihre
1107 Genehmigung sollen auch Stadt- und Quartiersbeiräte sowie die Bezirksversammlungen
1108 beteiligt werden.

1109 **Landwirtschaft stärken: Wochenmarkt statt Weltmarkt**

1110 Auch in der Metropole Hamburg gibt es landwirtschaftliche Betriebe. Mit mehr als 600
1111 Betrieben und 3000 Beschäftigten hat die Landwirtschaft in großen Gebieten unserer Stadt
1112 eine identitätsstiftende Bedeutung. Landwirtschaft in den Grenzen einer Millionenstadt
1113 erfordert ein besonderes Augenmerk auf die Bedingungen, unter denen Agrarbetriebe
1114 existieren können. Rot-Grün liefert nicht genug, um eine nachhaltige Sicherung dieses
1115 besonderen Wirtschaftszweigs zu gewährleisten. Der Rückgang der Agrarflächen liegt
1116 dauerhaft über dem Bundesdurchschnitt. Gleichzeitig hinkt der **Ausbau der Bio-**
1117 **Landwirtschaft** hinter den ohnehin niedrigen Zielen hinterher.

1118 Hamburgs Landwirtschaft braucht eine nachhaltige Perspektive. Regionale und nach
1119 Möglichkeit biologisch angebaute Produkte sind ein Beitrag zur gesunden und nachhaltigen
1120 Versorgung der Menschen in Hamburg.

1121 **Pachtverträge** städtischer Flächen müssen auf deutlich längere Zeiträume als bisher
1122 abgeschlossen werden. Das gilt besonders für Betriebe, die energetische Sanierungen oder
1123 eine Umstellung auf Bio-Landwirtschaft vornehmen.

1124 Der Absatz der heimischen Landwirtschaft muss durch verbindliche Abnahmemengen für
1125 regionale Erzeugnisse in Schulen, Kitas, Behörden- und Betriebskantinen gefördert werden.
1126 Die rechtsverbindliche völlig gentechnikfreie Verpflegung darf keine Absichtserklärung
1127 bleiben, sie muss endlich umgesetzt werden.

1128 Der Hamburger **Großmarkt** ist für die heimische Landwirtschaft eine wichtige Institution. Er
1129 muss in öffentlicher Hand bleiben. Seine Flächen müssen weiterhin gesichert werden und
1130 dürfen nicht einer weiteren Expansion der HafenCity zum Opfer fallen.

1131 **9. Solidarität statt Diskriminierung**

1132 **Konsequent gegen Rechts**

1133 Antifaschismus ist mehr als gegen Nazis zu sein.

1134 **Antifaschismus bedeutet:** Dem Wachstum der Rechten die Grundlage zu entziehen, eine
1135 aktive solidarische Politik zu betreiben, die es den Menschen besser gehen lässt. Wem es gut
1136 geht, der sucht sein Heil nicht bei rechten Menschenfänger*innen. Wer Hoffnungslosigkeit
1137 sät, wird Wut ernten.

1138 Die Politikangebote der Rechten, als Fortsetzung des Raubzugs der Reichen gegen die
1139 Mehrheit der Bevölkerung, z.B. bei Rente, Sozialem, gilt es zu entlarven.

1140 **Antifaschismus bedeutet zudem:** Alltagsrassismus in der Gesellschaft zu thematisieren,
1141 alle Ungleichwertigkeitsideologien und auf ihnen beruhende Diskriminierung zu bekämpfen,
1142 autoritären Politikmodellen durch Stärkung der Demokratie den Boden entziehen und Nazis
1143 auf der Straße entgegenzutreten. DIE LINKE beteiligt sich aktiv an demokratischen
1144 Bündnissen und kooperiert mit allen, die sich rechten Ideologien und rechter Mobilisierung
1145 entgegenstellen.

1146 Die politische Rechte hat eine Kampagne losgetreten, die von Teilen der Konservativen und
1147 Liberalen und den Verfassungsschutzbehörden aufgegriffen wird und die darauf abzielt, den
1148 Begriff des Antifaschismus zu diskreditieren und zu kriminalisieren. Dem stellt sich DIE LINKE
1149 offensiv entgegen.

1150 Der Einzug der AfD in die Parlamente hat die Gesellschaft verändert. Zwar verweist ihr
1151 Erstarken auf gesellschaftliche Probleme, auf soziale Verwerfungen, gescheiterte
1152 Lebensentwürfe – und damit auf das Versagen der Politik und der neoliberalen Wirtschaft.
1153 Aber nichts rechtfertigt den Angriff auf die Gleichwertigkeit aller hier lebenden Menschen. Die
1154 AfD will eine homogenisierte, eine völkisch-deutsche Gesellschaft. DIE LINKE kämpft für eine
1155 solidarische Gesellschaft und das friedliche interkulturelle Zusammenleben. Es darf keine
1156 gesellschaftliche Akzeptanz für menschenfeindliche Hetze geben. In diesem Sinne müssen
1157 offen neonazistische und faschistische Organisationen konsequent verboten werden.

1158 Hamburg hat – gegen den Antrag der LINKEN – als einziges Tatortland keinen **NSU-**
1159 **Untersuchungsausschuss** eingerichtet. Die Weigerung, das Netzwerk des
1160 Nationalsozialistischen Untergrunds (NSU) und seine Verbindungen zu der militanten
1161 Hamburger Neonaziszene aufzuklären, ist verhängnisvoll. Die Frage, warum Süleyman
1162 Taşköprü sterben musste, ist ebenso unbeantwortet wie die Frage, warum die Hamburger
1163 Behörden den Mord nicht aufgeklärt haben. Die Strukturen und das Umfeld des NSU
1164 existieren teilweise bis heute fort. Deshalb wird DIE LINKE in der kommenden
1165 Legislaturperiode erneut einen NSU-Untersuchungsausschuss beantragen.

1166 **Verfassungsschutz abschaffen**

1167 Nicht erst seitdem das staatliche Versagen und die Verstrickungen des
1168 **Verfassungsschutzes** bei den rassistischen Morden des „Nationalsozialistischen
1169 Untergrund“ (NSU) an die Öffentlichkeit gelangt sind, befindet er sich in Legitimationsnot. DIE
1170 LINKE vertritt die Auffassung, dass sich Inlandsgeheimdienste nicht mit einer demokratischen

1171 und rechtsstaatlichen Gesellschaft vereinbaren lassen. Sie fordert deshalb die **Abschaffung**
1172 **des Verfassungsschutzes** als Inlandsgeheimdienst. Bis zu seiner Abschaffung muss die
1173 **Zusammenarbeit mit V-Leuten** sofort beendet werden und müssen die **Kontrollrechte** von
1174 Öffentlichkeit und Parlament ausgebaut werden.

1175 **Gegen Rassismus und Diskriminierung**

1176 Ausgrenzung und Diskriminierung sind für viele Hamburger*innen Alltag. Rassismus kommt
1177 aus der Mitte der Gesellschaft, und auch aus staatlichen Institutionen. Antisemitismus,
1178 antimuslimische und antiziganistische Diskriminierung müssen aktiv bekämpft werden.
1179 Deshalb will DIE LINKE **zivilgesellschaftliche Projekte und Beratungsstellen** für Betroffene
1180 von Gewalt und *hatespeech* stärken. Ihre Finanzierung muss ausgebaut und langfristig
1181 gesichert werden.

1182 Wir setzen uns für ein **Hamburgisches Antidiskriminierungsgesetz** ein, das Schutz bietet
1183 vor Diskriminierung wegen der ethnischen Herkunft, des Geschlechts, der Religion und
1184 Weltanschauung, einer Behinderung, einer chronischen Erkrankung, der sexuellen Identität,
1185 des Alters oder des sozialen Status. Das bereits bestehende Bundesgesetz reicht nicht aus.
1186 Außerdem soll eine **Ombudsstelle** für Diskriminierungsoffer geschaffen werden, die
1187 Stellungnahmen von Behörden abfragen darf und nicht nur Handlungsempfehlungen gibt,
1188 sondern auch deren Umsetzung überprüft.

1189 Hamburg braucht einen **Staatsvertrag mit den Organisationen der Sinti und Roma**, um
1190 der anhaltenden antiziganistischen Diskriminierung entgegenzuwirken. Die Rechte und
1191 Teilhabe dieser Minderheiten sollen gestärkt werden, ebenso wie ihre Selbstorganisation, die
1192 einer gesicherten und ausreichenden Förderung bedarf.

1193 **Die Stadt der Vielfalt stärken**

1194 Menschen mit Migrationsgeschichte prägen unser gesellschaftliches Leben, sind aber nicht
1195 angemessen repräsentiert. Migrant*innen ohne deutsche Staatsangehörigkeit können
1196 politisch kaum mitentscheiden. DIE LINKE will eine Stadt der Vielfalt, in der alle
1197 gleichberechtigt teilhaben können. Ziel ist es, dass Menschen mit Migrationsgeschichte in
1198 allen Organisationen und Institutionen angemessen repräsentiert sind. Menschen, die
1199 langfristig in Hamburg leben, sollen deshalb das **uneingeschränkte Wahlrecht** erhalten.
1200 Dies wird bislang auf Bundesebene blockiert.

1201 Politische Teilhabe bedeutet aber ohnehin mehr als nur zu wählen. Viele Migrant*innen haben
1202 sich organisiert. Ihr ehrenamtliches Engagement und das Kompetenzzentrum Migration muss
1203 durch die Stadt auskömmlich unterstützt werden. Dazu muss es in der Sozialbehörde mehr
1204 Ansprechpersonen geben. Vorhandene Beratungsstellen müssen durch **bezirkliche**
1205 **Antidiskriminierungs-Anlaufstellen** ergänzt werden. Mit einem **Partizipationsgesetz** will
1206 DIE LINKE Beteiligungsrechte insbesondere **für Integrations(bei)räte** schaffen und die
1207 interkulturelle Öffnung der Verwaltung vorantreiben.

1208 **Bildung und Arbeit für alle**

1209 Sprache ist der Schlüssel zur Integration. Doch für Sprach- und Integrationskurse gibt es
1210 lange Wartezeiten. Ihre Qualität ist oft schlecht, es gibt Lücken bei der Kostenübernahme. DIE
1211 LINKE fordert einen kostenlosen Zugang zu qualitativ hochwertigen **Sprachkursen** für alle

- 1212 Migrant*innen. DIE LINKE will Bildung und Qualifizierung für Menschen mit
1213 Migrationsgeschichte, besonders für Frauen, insgesamt deutlich verbessern. Die
1214 Anerkennung von im Herkunftsland erworbenen **Qualifikationen** muss erleichtert werden.
1215 Dazu soll es ein aufsuchendes Angebot für Geflüchtete geben, mit dem ihre Kompetenzen
1216 erfasst werden.
- 1217 Viele Migrant*innen arbeiten als Ungelernte oder in Leiharbeit. Viele werden mit
1218 Dumpinglöhnen, Scheinselbstständigkeit und halblegaler Unterbringung ausgebeutet. Das
1219 muss aufhören! **Ausbeuterische Strukturen** auf dem Arbeitsmarkt müssen durch stärkere
1220 Kontrollen konsequent unterbunden werden. Betroffene sollen Schutz und Unterstützung
1221 erhalten.
- 1222 **Keine Festung Europa!**
- 1223 Flucht ist kein Verbrechen, sondern ein Menschenrecht. DIE LINKE strebt eine sozialistische
1224 Welt ohne Grenzen an und fordert sichere und legale Fluchtwege.
- 1225 Flucht und Migration sind eine Konsequenz aus Kriegen, politischer Verfolgung,
1226 Naturkatastrophen, Klimawandel und Armut. Die entwickelten Industriestaaten sind daran
1227 maßgeblich beteiligt. Sie stehen in der Verantwortung, Fluchtursachen zu bekämpfen. Die
1228 **Abschottung Europas** muss ein Ende haben. Das Konzept der sicheren Herkunftsländer
1229 lehnt DIE LINKE ab, da es diskriminierten Minderheiten den Zugang zum Asylsystem faktisch
1230 verwehrt. **Seenotrettung** darf nicht länger kriminalisiert werden.
- 1231 Auch Hamburg muss seine Verantwortung für eine menschliche Migrationspolitik
1232 übernehmen. DIE LINKE fordert daher, dass sich Hamburg als „**sicherer Hafen**“ für die
1233 zusätzliche Aufnahme von Geflüchteten einsetzt. Dazu gehört auch, ein Mitspracherecht für
1234 die Städte bei der Aufnahme einzufordern und weitere **Landesaufnahmeprogramme**
1235 einzuführen.
- 1236 Information und Zugang zu Beratung und Rechtsbeistand sind für DIE LINKE elementarer
1237 Bestandteil eines **fairen Asylverfahrens**. Auch deshalb lehnt DIE LINKE so genannte
1238 **Ankerzentren** sowie die Umstrukturierung des Ankunftszentrums in ein de facto
1239 Ankerzentrum in Rahlstedt ab.
- 1240 Die menschenverachtende **Abschiebepolitik** des Senats muss ein Ende haben. Hamburg
1241 muss seine Ermessensspielräume zugunsten eines **Bleiberechts** ausschöpfen.
- 1242 Familientrennungen und Abschiebungen darf es aus Hamburg nicht mehr geben – am
1243 dringlichsten bei Krankheit oder Schwangerschaft. DIE LINKE fordert das sofortige Ende der
1244 Abschiebungen nach Afghanistan und in andere **Krisenregionen**. Ebenso darf es keine
1245 Abschiebungen in Elend und Entrechtung geben, auch nicht in andere EU-Länder. DIE LINKE
1246 fordert die Schließung der **Abschiebehaft** und des Ausreisegewahrsams am Flughafen
1247 Hamburg. Hamburg soll sich nicht am Bau der Abschiebehaftanstalt in Glückstadt beteiligen.
- 1248 **Bessere Lebensbedingungen für Geflüchtete**
- 1249 Tausende von Hamburger*innen zeigen gelebte Vielfalt und Toleranz. Dies sind Schritte zu
1250 einer „**solidarischen Stadt**“, in der alle Menschen Zugang zu sozialen Rechten, medizinischer
1251 Versorgung, Arbeit und Bildung haben. **Menschen ohne Papiere** müssen legalisiert und

1252 gleichgestellt werden, alle müssen einen gesicherten Aufenthaltsstatus ohne Residenzpflicht
1253 oder Wohnsitzauflage erhalten. Es muss eine humanitäre und wirksame Bleiberechtsregelung
1254 geben – denn **kein Mensch ist illegal**. DIE LINKE fordert außerdem einen schnelleren und
1255 besseren **Ehegatten- und Familiennachzug**.

1256 In **Wohnunterkünften** leben Geflüchtete auf engem Raum mit wenig Rückzugsmöglichkeiten.
1257 Ziel muss es sein, bezahlbaren Wohnraum für alle Menschen bereitzustellen. Solange dies
1258 nicht der Fall ist, müssen alle Geflüchteten dezentral untergebracht werden. Für die
1259 Unterkünfte muss es **menschenwürdige Mindeststandards** geben. Die demokratische
1260 Mitwirkung der Bewohner*innen soll ausgebaut werden. Für Selbstzahler*innen sind die
1261 vollen **Unterbringungsgebühren** auf ein angemessenes Maß zu reduzieren.

1262 **Frauenrechte sind Menschenrechte**

1263 Das Konzept der **Gleichberechtigung** ist eigentlich ganz einfach: gleiche Rechte sowie
1264 ökonomische Unabhängigkeit für alle, unabhängig von Geschlecht, Herkunft, Religion oder
1265 sozialer Lage. Doch die Wirklichkeit sieht noch immer anders aus. Im Vergleich zu Männern
1266 verdienen Frauen noch immer weniger, leisten mehr Reproduktionsarbeit, sind verstärkt von
1267 Altersarmut betroffen, erleben öfter sexuelle Belästigung und Gewalt und sind in politischen
1268 und ökonomischen Machtpositionen unterrepräsentiert.

1269 Trotz vieler feministischer Kämpfe ist der **Sexismus** nicht aus unserer Gesellschaft verbannt.
1270 Im Gegenteil: Sicher geglaubte Fundamente der Gleichstellung müssen wieder verteidigt
1271 werden. DIE LINKE steht für eine feministische Politik im Sinne der Gleichberechtigung aller!

1272 Der „Gender Pay Gap“, also die geschlechtsspezifische Lohnlücke zwischen Männern und
1273 Frauen, liegt in Hamburg noch immer bei 19,6 Prozent. Frauen müssen demnach fast drei
1274 Monate länger arbeiten, um das Verdienstniveau der Männer zu erreichen! Die
1275 **Entgeltgleichheit** ist zwar rechtlich geboten, wird faktisch aber nicht durchgesetzt. Es bedarf
1276 hier nicht nur juristischer Vorschriften, sondern einer kontinuierlichen Überprüfung der
1277 Arbeitgeber*innen.

1278 Aufgrund ihrer oftmals prekären Beschäftigungsverhältnisse, der schlechteren Bezahlung und
1279 der zwischen den Geschlechtern ungleich verteilten Sorge- und Reproduktionsarbeit, sind
1280 Frauen auch von **Altersarmut** stärker betroffen. Gesundheits-, Sozial- und Erziehungsberufe
1281 – solche, in denen überwiegend Frauen arbeiten – müssen auch deshalb aufgewertet und
1282 besser entlohnt werden.

1283 Gewalt gegen Frauen, insbesondere **häusliche Gewalt**, ist noch immer eine der schwersten
1284 Formen geschlechtsspezifischer Menschenrechtsverletzungen. 2018 wurden 123 Frauen von
1285 ihren

1286 (Ex-)Partnern umgebracht, sieben in Hamburg. Solche Morde sind, entgegen ihrer medialen
1287 Darstellung, keine Einzelschicksale, sondern ein strukturelles Problem, das als solches
1288 anerkannt und bekämpft werden muss. Für betroffene Frauen gibt es in Hamburg zwar fünf,
1289 bald sechs **Frauenhäuser**. Gemäß der Istanbul-Konvention fehlen aber noch immer etwa 200
1290 Plätze. DIE LINKE fordert, hier dringend nachzubessern. Ein jährliches Wohnraumkontingent
1291 von 60 Plätzen soll Frauen zudem die Rückkehr in ein gewaltfreies Leben erleichtern und die
1292 Frauenhäuser entlasten.

- 1293 Während ca. 51 Prozent der Hamburger*innen weiblich sind, hat die Hamburgische
1294 Bürgerschaft einen Frauenanteil von nur 37,2 Prozent– zu wenig! Weil die bisherigen
1295 gleichstellungspolitischen Initiativen oft nur eine geringe Durchsetzungsmacht mit sich
1296 bringen, hält DIE LINKE eine gesetzlich vorgeschriebene **Quotierung** (Parité), auf deren
1297 Missachtung auch Sanktionen folgen, für sinnvoll. Menschen, die sich nicht in dem binären
1298 Geschlechtermodell wiederfinden und somit nicht von einer paritätischen Quotierung
1299 profitieren, müssen mittels begleitender Maßnahmen dieselben politischen
1300 Teilhabemöglichkeiten eingeräumt werden.
- 1301 Der **§219a** verhindert, dass öffentlich über Schwangerschaftsabbrüche informiert werden
1302 kann und schränkt das Recht von Frauen auf Selbstbestimmung und Informationsfreiheit ein.
1303 DIE LINKE tritt deshalb für die Streichung dieses Paragraphen sowie des Paragraphen 218
1304 aus dem Strafgesetzbuch ein. Im Sinne der Vielfalt von Familienmodellen setzt sich DIE LINKE
1305 dafür ein, dass **künstliche Befruchtung** und ihre Kostenübernahme allen zur Verfügung
1306 steht – auch lesbischen sowie trans- und intergeschlechtlichen Menschen.
- 1307 Es gibt unterschiedliche Gründe, warum Frauen und auch Männer in der Sexarbeit tätig sind.
1308 Sexarbeit muss im Hinblick auf die Sicherheit und Gesundheit entkriminalisiert und
1309 enttabuisiert werden. Einfache Gesetzesverschärfungen hält DIE LINKE für falsch. Es
1310 braucht u. a. mehr Personal in der Beratung von gesundheitlichen Fragen, in der Sucht- und
1311 Drogenhilfe, bei Schwierigkeiten mit dem Jobcenter und Schuldenfragen.
- 1312 **Gleiche Rechte für queere Menschen**
- 1313 DIE LINKE kämpft für die Akzeptanz unterschiedlicher Lebensweisen und der sexuellen und
1314 geschlechtlichen Vielfalt. Jeder Mensch muss sein Geschlecht selbst bestimmen dürfen.
1315 Nicht-heterosexuelle Liebe oder **Transgeschlechtlichkeit** dürfen kein Grund für Ausgrenzung
1316 und materielle Benachteiligung sein.
- 1317 DIE LINKE setzt sich deshalb für queere Menschen ein, seien es Lesben, Schwule,
1318 Pansexuelle, Bisexuelle, Asexuelle, Transgender, Nongender, Agender, Genderqueere, non-
1319 binäre oder intergeschlechtliche Menschen.
- 1320 Als queerer Mensch kann man sich nicht überall angstfrei und sichtbar bewegen – sei es auf
1321 der Straße, auf der öffentlichen Toilette, im Gesundheitswesen oder gar in der eigenen
1322 Familie. Im Hinblick auf den erstarkenden Rechtspopulismus müssen die bereits erkämpften
1323 Fortschritte jeden Tag verteidigt werden. Das Ziel der kompletten Gleichstellung ist noch
1324 lange nicht erreicht. Zwar wurde in Deutschland ein dritter Personenstand eingeführt, der es
1325 zumindest intergeschlechtlichen Menschen ermöglicht, rechtlich mit dem Eintrag „divers“ in
1326 einem Geschlecht anerkannt zu werden, das nicht männlich oder weiblich ist. Trotzdem gibt
1327 es noch viel zu tun.
- 1328 DIE LINKE setzt sich dafür ein, dass der **Landesaktionsplan zur Herstellung sexueller und**
1329 **geschlechtlicher Vielfalt** kontinuierlich fortgeschrieben und mit Geld ausgestattet wird. Alle
1330 Maßnahmen sollen mit der queeren Community besprochen und beschlossen werden.
- 1331 Zudem streitet DIE LINKE für eine **selbstbestimmte Geschlechterwahl** in Gesetz und Alltag.
1332 Lehrer*innen sollen sichtbar für queere Diversität im Unterrichtsprogramm und bei der

- 1333 Gestaltung des Schulalltages sorgen. Eine selbstbestimmte Namens- und Geschlechtswahl im
1334 Schulverwaltungsprogramm muss möglich sein.
- 1335 Im Gesundheitswesen, in der Pflege, in den Schul- und Erziehungsberufen, der Polizei und der
1336 Staatsanwaltschaft ist DIE LINKE für **queersensible Schulungen**. Schwule, die aufgrund der
1337 Verfolgung durch den **§175** keinen Beruf ausüben durften und damit keine Rentengelder
1338 haben, müssen umfassend entschädigt werden.
- 1339 DIE LINKE ist für ein **Landesantidiskriminierungsgesetz** nach Berliner Vorbild. Sie will
1340 mithilfe einer Bundesratsinitiative die Änderung des Grundgesetzes erreichen, durch die in
1341 Artikel 2 alle Geschlechter als gleichberechtigt beschrieben werden, nicht nur Mann und Frau.
1342 In Artikel 3 soll sexuelle Orientierung hinzugefügt werden.
- 1343 **Hasskriminalität** gegen queere Menschen muss sichtbar gemacht und beendet werden.
1344 Dazu gehören eine konsequente Dokumentation und Veröffentlichung jedes Vorfalls. Queere
1345 Menschen brauchen feste Ansprechpersonen bei Polizei und Staatsanwaltschaft.
- 1346 **Barrieren beseitigen!**
- 1347 DIE LINKE tritt dafür ein, behinderten Menschen alle Bereiche der Stadt zugänglich zu
1348 machen. Sie dürfen vom gesellschaftlichen Leben nicht länger ausgeschlossen werden. Dazu
1349 müssen noch immer viele **Barrieren** abgebaut werden.
- 1350 Die UN-Behindertenrechtskonvention ist 2008 in Kraft getreten und hat inzwischen den
1351 Status eines Bundesgesetzes. Die Hamburgische Bürgerschaft hat 2012 einen
1352 **Landesaktionsplan** zur Umsetzung dieser Konvention beschlossen. Doch dieses Ziel wurde
1353 nicht konsequent umgesetzt, bis heute gibt es keine gesicherte Finanzierung.
- 1354 Der Landesaktionsplan muss kontinuierlich und nachhaltig fortgeschrieben werden.
1355 Menschen mit Behinderungen müssen dabei mehr einbezogen werden. Die beschlossenen
1356 Maßnahmen müssen mit Landesmitteln gefördert werden.
- 1357 Einrichtungen des öffentlichen Lebens wie Behörden, Kindergärten, Schulen, Krankenhäuser,
1358 Unternehmen, Sportstätten, Kultur- und Freizeitangebote sollten im Hinblick auf die
1359 **Zugänglichkeit** für Menschen mit Behinderungen überprüft und hin zu mehr Inklusion beraten
1360 werden.
- 1361 Inklusion sollte bereits in den **Kindergärten** beginnen. Wer früh lernt, dass es
1362 unterschiedliche Menschen gibt, wird Menschen mit Behinderungen auch im
1363 Erwachsenenalter als selbstverständlich und normal betrachten. Die Stadt Hamburg braucht
1364 ein Konzept, um dies mit den dafür nötigen finanziellen Mitteln zeitnah umsetzen. Menschen
1365 mit Behinderungen sind dabei als Expert*innen auf Augenhöhe einzubeziehen.
- 1366 Die Arbeit von Menschen mit Behinderungen muss aufgewertet werden, auch um die
1367 Menschen vor Armut zu schützen. Dafür sind spezielle **Arbeitsplätze** – auch ausgelagerte
1368 Werkstattarbeitsplätze – zu schaffen. Für Institutionen sowie Arbeitgeber*innen muss es die
1369 Möglichkeit einer Beratung zu einer barrierefreien Gestaltung des Arbeitsplatzes geben. Das
1370 **Kompetenzzentrum für ein barrierefreies Hamburg** könnte hierfür als Vorbild dienen und
1371 sollte deutlich ausgeweitet werden. Mindestlöhne müssen auch in den Werkstätten für
1372 Menschen mit Behinderungen gelten – darauf muss Hamburg auf Bundesebene hinwirken.

1373 Die Interessen der Arbeitnehmer*innen müssen durch Gewerkschaften vertreten werden
1374 dürfen. **Ausgleichsabgaben** für Betriebe müssen deutlich höher ausfallen. Die Lücke, bei
1375 Betrieben unter 20 Angestellten die Ausgleichsabgabe zu sparen, muss geschlossen werden.

1376 Um Inklusion umzusetzen, braucht es eine **barrierefreie Kommunikation**. Die Abfrage für
1377 den Bedarf nach Gebärdensprache und Schriftübersetzung und die Finanzierung der
1378 Übersetzer*innen muss auf alle Bereiche des öffentlichen Lebens ausgeweitet werden.

1379 Menschen mit seelischen Behinderungen müssen mehr **Mitwirkungsmöglichkeiten** haben.
1380 Sie sind auf Augenhöhe mit allen weiteren Beteiligten in den Prozess der Gestaltung von
1381 Angeboten einzubeziehen, wie z.B. die Planung und die Umsetzung der ambulanten
1382 Sozialpsychiatrie und weiterer psychiatrischer oder psychologischer Angebote.

1383 10. Nein zu Rüstung und Krieg

1384 **Aufrüstung stoppen - Weg zum Frieden einschlagen, Völkerrecht statt** 1385 **Faustrecht**

1386 Das rücksichtslose Streben nach Weltherrschaft durch die USA und in ihrem Windschatten
1387 die willige NATO treibt die Welt an die Grenze des Abgrundes. Das Völkerrecht wird ignoriert
1388 und das Recht des Stärkeren herrscht in der Welt. Die Gefahr der atomaren Apokalypse
1389 wurde wieder auf die Tagesordnung gesetzt.

1390 Dieser Wahnsinn kann und muss beendet werden. Der Einsatz von Killerdrohnen, das Zündeln
1391 mit Atomwaffen, die Aufkündigung des INF-Vertrags und die Aggressionen gegen den Iran
1392 gefährden die Menschheit. Für Atomwaffen wird weltweit in einem Jahr das Doppelte von der
1393 gesamten Entwicklungshilfe für Afrika ausgegeben: 12 Millionen US-Dollar pro Stunde! Das
1394 Ziel der NATO, den **Militäretat** aller Mitgliedsstaaten auf zwei Prozent des
1395 Bruttoinlandsprodukts zu erhöhen, bedeutet noch mehr Verschwendung öffentlicher Gelder
1396 und richtet sich gegen den Friedenswillen der Mehrheit der Bevölkerung. Kriege, Manöver und
1397 Militärstandorte verbrauchen dabei enorme Mengen von Treibstoffen und Energie,
1398 produzieren klimaschädliche Emissionen und verseuchen ganze Regionen, z.B. durch Uran.

1399 Frieden ist eine grundlegende Voraussetzung für die Existenz der Menschheit. Die Geschichte
1400 lehrt, dass Frieden nur von einer engagierten Bevölkerung durchgesetzt werden kann. Den
1401 Anfang vom Ende des Ersten Weltkriegs setzten Soldat*innen in Kiel und Hamburg mit
1402 Befehlsverweigerungen. Heute stoppen Hafentarbeiter*innen in Frankreich und Italien mit
1403 Streiks Waffenlieferungen nach Saudi-Arabien. Solche **Friedensaktivitäten** machen Hoffnung
1404 und sind die Alternative zum Denken und Handeln in Kategorien von Drohung und Gewalt.

1405 DIE LINKE Hamburg ist ein fester Teil der **Friedensbewegung**. Sie unterstützt die
1406 bundesweite Kampagne „Abrüsten statt Aufrüsten“. Sie setzt sich für ein Verbot aller Atom-
1407 und Rüstungstransporte über den Hamburger Hafen ein. Sie beteiligt sich gemeinsam mit
1408 Gewerkschaften, Teilen der Kirche sowie Friedensinitiativen an der **Volksinitiative gegen**
1409 **Rüstungsexporte** aus Hamburg. Hamburg muss endlich einen Hiroshima-Platz erhalten!

1410 DIE LINKE setzt sich für **Konversion** ein, also die Umstellung der Rüstungsindustrie auf eine
1411 zivile, soziale und ökologisch sinnvolle Produktion. Mit dem Verein „Bildung ohne
1412 Bundeswehr“ arbeitet sie an verbindlichen **Zivilklauseln** in Schule und Hochschule, für

1413 Friedenswissenschaft und -Bildung. Die LINKE fordert für die Transport- und
1414 Logistikunternehmen wie etwa die HHLA eine Zivilklausel, die den Transport von
1415 Rüstungsgütern verbietet.

1416 **Frieden schaffen, Rüstungsexporte stoppen**

1417 Von Hamburg soll Frieden und Völkerfreundschaft ausgehen: So ist es in der
1418 Landesverfassung formuliert und muss auch in Zukunft gelten! Es ist die historische Pflicht
1419 der Stadt Hamburg, dafür zu sorgen, dass ihre in der Verfassung beschriebene Aufgabe,
1420 „Mittlerin des Friedens“ zu sein, umgesetzt wird.

1421 Die Realität aber sieht anders aus. Der militärisch-industrielle Komplex fährt durch das
1422 Geschäft mit dem Tod Profite ein. Waffen werden über den Hamburger Hafen in alle Welt
1423 verschifft. Hochschulen werden für Rüstungsforschung missbraucht. Die Bundeswehr spricht
1424 in Schulen schon Minderjährige an. Mit städtischer Unterstützung verherrlicht das
1425 Internationale Maritime Museum im Hafen weiter Krieg, Nationalismus und Konkurrenz.

1426 In Hamburg und dem Umland produzieren mehr als 90 Unternehmen **Rüstungsgüter**. Es
1427 werden pro Tag drei Container und durchschnittlich 17,5 Tonnen an Munition durch den
1428 Hafen exportiert. Sie geht unter Anderem nach Mexiko, Kolumbien und Sri Lanka – Länder, in
1429 denen die Menschenrechte systematisch missachtet werden. Auch Saudi-Arabien und die
1430 Türkei erhalten aus Hamburg Rüstungsgüter, mit denen sie im Jemen (Saudi-Arabien) sowie in
1431 Nordsyrien/Rojava und im Nordirak (Türkei) völkerrechtswidrige Kriege führen. So wird
1432 Hamburg ein Tor zum Tod.

1433 **Feindbilder abbauen**

1434 Mit der Internationalen Kampagne zur Abschaffung von Atomwaffen ICAN kämpft DIE LINKE
1435 für den **UN-Atomwaffenverbotsvertrag**. Wie Bremen und Berlin soll auch Hamburg
1436 beschließen, sich im Bundesrat für den Beitritt Deutschlands zu diesem Vertrag einzusetzen.

1437 DIE LINKE tritt dafür ein, dass die internationalen **Städtepartnerschaften** Hamburgs mit
1438 Kultur-, Theater-, Studierenden-, Schul- und Forschungsaustausch vertieft werden.

1439 DIE LINKE steht für das friedliche und respektvolle Zusammenleben aller Menschen weltweit.
1440 Den **Aufbau von Feindbildern** und die aggressive Politik besonders gegen Russland und
1441 China lehnt sie ab. Durch aktive Friedenspolitik können Fluchtursachen abgebaut und
1442 Voraussetzungen für eine solidarische Stadtentwicklung geschaffen werden.

1443 **11. Bildung ist Menschenrecht**

1444 **Gebührenfreie Bildung für alle Kinder**

1445 In der Entwicklung des Menschen sind die ersten Jahre besonders wichtig. Kleinkinder wollen
1446 nicht nur mit ihren Eltern zusammen sein, sondern auch mit anderen Kindern spielen und die
1447 Welt entdecken. In der Gemeinschaft lernen sie, sich als soziale Wesen zu verstehen und zu
1448 entwickeln.

1449 Schon jetzt gibt es einen Rechtsanspruch für einen Kita-Platz ab dem ersten Lebensjahr und
1450 eine gebührenfreie Betreuung für täglich fünf Stunden. Doch Eltern mit Gutscheinen für fünf
1451 Stunden Betreuung suchen oft lange nach einer Kita, weil diese Gutscheine für die Kitas nicht
1452 kostendeckend sind. Besonders trifft das Familien im ALG-II-Bezug oder Familien mit einem

1453 Migrationshintergrund. Es fehlen Plätze und es fehlt Personal. Langfristig will DIE LINKE
1454 **gebührenfreie, aus Steuern finanzierte Ganztagsplätze für alle Kinder** schaffen. Als
1455 ersten Schritt setzt sie sich für ein kostenloses Frühstück in allen Kindertagesstätten ein.

1456 **Für gute Arbeit in Kitas**

1457 Das Kita-Netzwerk Hamburg setzte die Volksinitiative zur **Verbesserung des**
1458 **Personalschlüssels** in Hamburger Kindertageseinrichtungen mit Unterstützung der LINKEN
1459 durch. Bessere Betreuungsschlüssel erhöhen nun die Bildungschancen der Kinder, denn sie
1460 bedeuten mehr Zeit für jedes Kind und bessere Arbeitsbedingungen für die Pädagog*innen.
1461 Dennoch fehlen noch immer Fachkräfte! Derzeit liegt die Fachkraft-Kind-Relation in den
1462 Krippen bei 1:7,5 und wird sich auch zukünftig nur geringfügig auf 1:7 senken. DIE LINKE tritt
1463 jedoch für ein Verhältnis von 1:3 ein. Das wird von Fachleuten schon seit längerer Zeit
1464 gefordert. Auch in anderen Bereichen muss nachgebessert werden. So werden beim
1465 Personalschlüssel Ausfallzeiten durch Krankheit, Urlaub und Fortbildungen nicht
1466 eingerechnet, genauso wie Zeiten für mittelbare Pädagogik, also Vor- und Nachbereitung,
1467 Dokumentation und Elternarbeit.

1468 Der Fachkräftemangel darf nicht zur Absenkung der Qualität der Ausbildung führen.
1469 Erweiterte Zugänge müssen zu verbesserten Ausbildungsbedingungen an den Fachschulen
1470 führen. In der Ausbildung soll ein steuerlich finanziertes und bedarfsgerechtes
1471 **Ausbildungsgehalt** gezahlt werden, das auch die Mietkosten berücksichtigt.

1472 Grundsätzlich fordert DIE LINKE ein einheitliches und transparentes Tarifsystem für
1473 Erzieher*innen und eine **Aufwertung** der Arbeit im Sozial- und Erziehungsdienst, um den
1474 Beruf attraktiver zu machen. Tariferhöhungen müssen verbindlich und sofort bei der
1475 Aufstellung des Landeshaushalts berücksichtigt werden – bisher erreichen Tariferhöhungen
1476 die im Sozial- und Erziehungsdienst Beschäftigten erst mit großer Verzögerung.

1477 **Schule für alle statt Zwei-Säulen-Modell**

1478 Kinder und Jugendliche haben ein Recht auf Bildung. Doch noch immer hängt der
1479 Bildungserfolg maßgeblich von der sozialen Herkunft ab. Das seit 2010 bestehende Zwei-
1480 Säulen-Modell aus Stadtteilschule und Gymnasium trennt zwischen belasteten und finanziell
1481 bessergestellten Kindern und verstärkt die soziale Spaltung.

1482 Schulfrieden und Bildungsgerechtigkeit haben erst dann eine Chance, wenn das Zwei-Säulen-
1483 Modell zu einem inklusiven Schulwesen weiterentwickelt wird. Deshalb ist die **Eine Schule**
1484 **für alle** das Ziel. Dazu wird die LINKE ein **Inklusives Schulgesetz** einbringen. Ziel ist die
1485 Stärkung des sozialen Zusammenhalts und die Ermöglichung individueller Bildungswege.
1486 Dafür müssen räumliche und bauliche Voraussetzungen wie die Ausstattung mit Kantinen,
1487 Spiel-, Ruhe- und Werkstatträumen geschaffen werden. Schulentwicklung und
1488 Quartiersentwicklung müssen zusammen gedacht werden. Außerdem muss das pädagogische
1489 sowie das nichtpädagogische Personal an den Schulen aufgestockt werden. Die
1490 **Lehrerarbeitszeitverordnung** in ihrer jetzigen Form muss abgeschafft werden. Lehrer*innen
1491 dürfen nicht mehr als 20 Stunden Unterricht erteilen.

1492 Kein Kind darf mehr abgeschult werden. Die Beschulung geflüchteter Kinder und Jugendlicher
1493 muss von allen Schulen – Gymnasien und Stadtteilschulen – gleichermaßen geleistet werden.

1494 DIE LINKE setzt sich für die Entwicklung aller Schulen zu **ganztägigen**
1495 **Bildungseinrichtungen** ein. Sie sollen es Kindern und Jugendlichen ermöglichen, ihren
1496 Bildungsweg mit einer ausgewogenen Verteilung des Unterrichts über den Tag zu verfolgen.
1497 Die starre Trennung zwischen Beschulung am Vormittag und Betreuung am Nachmittag muss
1498 aufgebrochen werden. DIE LINKE fordert die Einführung eines rhythmisierten Ganztags der
1499 schulischen und außerschulischen Bildung mit einer gleichberechtigten Zusammenarbeit
1500 zwischen Schule und Jugendarbeit. Die **Schulentwicklungsplanung** soll auf Grundlage der
1501 Beratungen regionaler Bildungskonferenzen gründen. Der Senat muss die regionale
1502 Schulentwicklung in den Stadtteilen unter Beteiligung aller Bildungs- und Sozialeinrichtungen
1503 ermöglichen.

1504 **Ausbildungsangebote für alle Jugendlichen**

1505 Jedes Jahr aufs Neue gerät der Berufsstart für viele Jugendliche in Hamburg zum Fehlstart.
1506 Gerade einmal 40 Prozent der Jugendlichen, die nach Klasse 10 abgehen, haben einen
1507 Ausbildungsplatz, davon nur etwa 25 Prozent in einer betrieblichen und etwa 15 Prozent in
1508 einer schulischen Ausbildung. Hier muss die Politik eingreifen.

1509 Alle Schulabgänger*innen mit Mittlerem Schulabschluss müssen das **Recht auf eine**
1510 **berufliche Ausbildung** bekommen und umgehend beginnen können. Jugendliche ohne
1511 Schulabschluss besuchen zunächst eine Ausbildungsvorbereitung und wechseln dann nahtlos
1512 in eine Berufsausbildung. Solange die Unternehmen Ausbildungsplätze nicht in ausreichender
1513 Zahl bereitstellen, übernimmt dies der Staat im Rahmen einer außerbetrieblichen Ausbildung.
1514 Betriebe, die nicht ausbilden, werden zur Finanzierung der außerbetrieblichen Ausbildung im
1515 Rahmen einer länderbezogenen **Ausbildungsumlage** herangezogen. Betriebe, die ausbilden,
1516 werden von den Prüfungskosten und Kosten für die überbetriebliche Ausbildung befreit.

1517 **Hochschulen für alle statt Exzellenz für wenige**

1518 Hamburg braucht demokratisch organisierte Hochschulen und Wissenschaft in
1519 gesellschaftlicher Verantwortung. Forschung und Lehre müssen dafür in einem
1520 ausgewogenen Verhältnis stehen und die Hochschulen wissenschaftlichem Fortschritt mit
1521 friedlichen Zielen verpflichtet sein.

1522 Heutige Wissenschaftspolitik wird bestimmt durch die Ideologie der **unternehmerischen**
1523 **Hochschule** und den Ausbau einzelner, so genannter exzellenter Forschungsbereiche. Diese
1524 Ausrichtung führt in eine Sackgasse: Die Hochschulen leiden unter einer mangelnden
1525 Grundfinanzierung. Fakultäten, Fachbereiche und Studiengänge werden genötigt, um die
1526 wenigen Mittel zu konkurrieren. Die Qualität der Lehre nimmt dadurch stetig ab, die
1527 Beschäftigungsverhältnisse werden immer prekärer. Präsidien und externe Hochschulräte
1528 verwalten die Hochschulen mehr schlecht als recht. Aspekte der Persönlichkeitsentwicklung
1529 spielen im Studium kaum noch eine Rolle. Durch die kontinuierlich steigende
1530 Drittmittelfinanzierung wird die gesellschaftlich wichtige Grundlagenforschung zunehmend
1531 durch auf die Interessen großer Unternehmen zugeschnittene Teilbereichsforschung ersetzt.
1532 Das Studium ist von Leistungsdruck und Zeitdruck geprägt. Viele Menschen werden durch
1533 Zugangshürden ausgeschlossen.

1534 DIE LINKE tritt für eine praxisnahe und menschenwürdige Wissenschaft jenseits reiner
1535 Verwertungslogik ein – mit einem Schwerpunkt auf Erkenntnis und gesellschaftlicher
1536 Problemlösung. Dazu müssen Wissenschaftler*innen, Verwaltungspersonal, Studierende und
1537 Leitungen in den Gremien der akademischen Selbstverwaltung **gleichberechtigt vertreten**
1538 **sein**. Um die Qualität und Attraktivität des Studiums zu erhöhen, muss analytisches
1539 Vermögen geschult und Zeit für Persönlichkeitsentwicklung eingeräumt werden. Für jede*n
1540 Bachelorstudierende*n muss ein Masterplatz zur Verfügung stehen.

1541 Von jeweils 100 Kindern aus akademischen Haushalten nehmen 79 ein Studium auf, bei
1542 Kindern von Arbeiter*innen sind es nur 27.

1543 DIE LINKE will die Hochschulen für Menschen ohne Hochschulzugangsberechtigung öffnen,
1544 der **Quereinstieg** muss möglich sein. Außerdem sollen die Hochschulen inklusiv und
1545 barrierefrei ausgebaut werden und sich für Geflüchtete öffnen. Im Ausland erworbene
1546 Bildungsabschlüsse müssen schnell und unbürokratisch anerkannt werden. Die Aufnahme
1547 eines Studiums muss das Bleiberecht sicherstellen und vor Abschiebung schützen.

1548 Informationen und wissenschaftliche Erkenntnisse, müssen allen zu Verfügung stehen. Daher
1549 setzt sich DIE LINKE für **Open-Access**-Strategien zur Veröffentlichung von
1550 Forschungsergebnissen und zum Zugang zu Forschungsdaten ein. Sie unterstützt eine Open-
1551 Science-Kultur und will bedürfnis- und teilhabeorientiertes wissenschaftliches Arbeiten
1552 ermöglichen.

1553 DIE LINKE lehnt wettbewerbliche Verfahren wie die **Exzellenzinitiative** ab, denn sie stellen
1554 die Hochschulen in immer stärkere Konkurrenz zueinander. Eine Wende in der
1555 Hochschulfinanzierung zugunsten des grundständigen Betriebs ist statt einseitiger Förderung
1556 von „Leuchtturmprojekten“ dringend geboten. DIE LINKE fordert deshalb eine
1557 **Dynamisierung der Grundfinanzierung** der Hamburger Hochschulen um jährlich 3,5
1558 Prozent, so dass allgemeine Preis- und Tarifsteigerungen mindestens ausgeglichen werden.

1559 In Hamburg wird neben der in den Hochschulen gut verankerten Friedensforschung immer
1560 mehr rüstungs- und militärrelevante Forschung betrieben. Darüber hinaus wird im Rahmen
1561 von Dual-Use gezielt Forschung in den zivilen Bereich ausgelagert, die dann später militärisch
1562 genutzt wird. Interessanterweise sind dies genau die Bereiche, die der Senat zuletzt
1563 besonders stark gefördert hat. DIE LINKE lehnt Rüstungsforschung sowie militärrelevante
1564 Forschung an den Hochschulen strikt ab. Sie fordert eine **Zivilklausel** im Hamburgischen
1565 Hochschulgesetz. Forschung und Wissenschaft müssen vielmehr zu Lösungen in den
1566 Bereichen soziale Spaltung, Klimawandel und Umwelt beitragen. In diesem Sinne will DIE
1567 LINKE die gemeinsam von Bund und Ländern finanzierte außeruniversitäre Forschung
1568 strategisch ausrichten. Neben technischen sind dabei besonders soziale Innovationen
1569 wichtig.

1570 Die Arbeitsbedingungen für die Beschäftigten an den Hamburger Hochschulen sind geprägt
1571 von Befristungen, Zeitverträgen, Teilzeit und unsicheren Berufsperspektiven. DIE LINKE setzt
1572 sich für planbare Berufswege in der Wissenschaft ein. Dafür ist ein **Entfristungsprogramm**
1573 notwendig, das befristete Stellen schrittweise in unbefristete überführt. Dazu benötigen die
1574 Hochschulen eine entsprechende Finanzierung. Besonders problematisch ist weiterhin die

1575 Beschäftigungssituation der **Lehrbeauftragten**. Noch immer wird je nach Fakultät bis zu
1576 einem Drittel der grundständigen Lehre von Lehrbeauftragten geleistet. Diese
1577 missbräuchliche Vergabe als kostengünstige Alternative zu hauptberuflichem Personal lehnt
1578 DIE LINKE ab. Lehrbeauftragte müssen eine gerechte Vergütung bekommen. Auch die etwa
1579 5.000 **studentischen Hilfskräfte** an den Hochschulen haben ein Recht auf gute
1580 Arbeitsbedingungen. DIE LINKE setzt sich dafür ein, dass studentische Hilfskräfte einen
1581 Tarifvertrag erhalten, der an die Lohnerhöhungen des öffentlichen Dienstes gekoppelt wird.
1582 In Hamburg müssen Studierende überdurchschnittlich viel Geld vor allem für Miete
1583 aufbringen. Wer keine reichen Eltern hat, muss mehr jobben und hat weniger Zeit fürs
1584 Studium. Viele brechen deshalb ab. 35 Prozent der Studierenden empfinden ihre
1585 Einkommenssituation als unsicher: Für Wohnen geben Studierende in Hamburg
1586 durchschnittlich 423 Euro aus, teurer ist es nur in München. DIE LINKE fordert deshalb den
1587 **Ausbau der Wohnheimkapazitäten** beim Studierendenwerk, so dass zukünftig das
1588 Versorgungsniveau des bundesweiten Durchschnitts von 10 Prozent erreicht wird. Hamburg
1589 muss sich auf Bundesebene dafür einzusetzen, dass die Wohnkostenpauschale im **BAföG** den
1590 realen Wohnkosten angepasst wird und BAföG als elternunabhängiger, rückzahlungsfreier
1591 Vollzuschuss zu gewähren ist.

1592 **Kinder- und Jugendrechte stärken**

1593 Eine Neuausrichtung der Kinder- und Jugendhilfe ist überfällig. Dies ergibt sich nach Ansicht
1594 der LINKEN aus den Erkenntnissen der Enquete-Kommission „Kinderschutz und Kinderrechte
1595 weiter stärken“, die 2016 eingesetzt wurde. Zwei Jahre lang wurde die Hamburger Jugendhilfe
1596 auf den Prüfstand gestellt. Im Abschlussbericht der Kommission wurden 70 Empfehlungen für
1597 eine Reform ausgesprochen. Das war ein großer Erfolg für DIE LINKE, die jahrelang diese
1598 Kommission gefordert hatte und letztlich durchgesetzt hat. Dem Jugendhilfesystem ein paar
1599 Pflaster aufzukleben, wird nicht reichen. DIE LINKE will weniger **Kontroll- und**
1600 **Dokumentationspflichten** in der Jugendhilfe. Die Mitwirkungsrechte von Kindern,
1601 Jugendlichen und Eltern müssen gestärkt werden. Die Beziehungsarbeit mit Kindern und
1602 Jugendlichen muss im Vordergrund des pädagogischen und jugendamtlichen Handelns
1603 stehen.

1604 DIE LINKE will ein **Beteiligungsgesetz**, das Kindern, Jugendlichen und Eltern eine
1605 weitgehende Mitwirkung an der Jugendhilfeplanung gewährt. Sie sollen gemeinsam mit den
1606 Einrichtungen, Vereinen und Institutionen über die Angebote selbst entscheiden können.
1607 Dafür sollen auskömmlich ausgestattete, steuerlich finanzierte Budgets in
1608 rechenchaftspflichtiger Selbstverwaltung zur Verfügung gestellt werden.
1609 Jugendverbandsarbeit und selbstorganisierte Jugendgruppen müssen gestärkt werden.

1610 Im Rahmen der Familienhilfeplanung, der Hilfen zur Erziehung, bei der Durchführung von
1611 Kriseninterventionen und bei Verfahren in den Familiengerichten müssen Kinder und
1612 Jugendliche **verbindlich beteiligt** werden. Das ist selbst im Rahmen der bereits gegebenen
1613 gesetzlichen Regelungen umsetzbar.

1614 Zu den Ergebnissen der Enquete-Kommission gehört auch, das unübersichtliche Regelungs-
1615 und Richtliniengewirr in den Jugendämtern abzubauen und den Fachkräften im Allgemeinen

1616 Sozialen Dienst (ASD) größere Handlungsspielräume zu geben. Das **Qualitätsmanagement**,
1617 die Jugendhilfeinspektion und der hohe Verwaltungsaufwand in der Fallarbeit, gehören auf
1618 den Prüfstand. Die Behörden-Software Jus-IT muss durch ein einfacheres fachliches Verfahren
1619 ersetzt werden. Fachkräfte brauchen mehr Zeit, um auf bedrohliche Situationen in Familien
1620 und auf ihre Bedürfnisse einzugehen.

1621 DIE LINKE tritt für den Ausbau von quartierspezifischen Kollegien ein, in denen sich
1622 Fachkräfte aus sozialpädagogischen Einrichtungen und Schulen über Konfliktsituationen und
1623 bei Kindeswohlgefährdungen verständigen können.

1624 Wir setzen uns für unabhängige **Ombudsstellen** in den Bezirken ein, die mit qualifiziertem
1625 Personal ausgestattet werden müssen. Bisher gibt es so etwas nur in Hamburg-Mitte.
1626 Ombudsstellen sollen Familien helfen, die Probleme mit Sozialen Diensten, Einrichtungen der
1627 Jugendhilfe oder mit einem gesetzlichen Vormund haben.

1628 Hamburg braucht mehr **Krisenwohnungen** und die Stärkung der Koordinationsstelle
1629 individuelle Unterbringungen. In mehr als 100 Fällen hat diese Stelle Alternativen entwickelt
1630 und den jungen Menschen und ihren Familien andere Perspektiven geboten. Geschlossene
1631 Unterbringung wurde auf diese Weise in vielen Fällen vermieden.

1632 DIE LINKE tritt dafür ein, die **auswärtige Unterbringung** von Kindern und Jugendlichen
1633 schrittweise zu reduzieren und lehnt geschlossene Unterbringung ohne Wenn und Aber ab.
1634 Zwangsmaßnahmen stehen einer vertrauensvollen Beziehung und einer guten Bindung
1635 entgegen. Das aber ist Voraussetzung, um junge Menschen stark zu machen, später einmal
1636 selbstbewusst, selbstständig und mit einem gesunden Selbstwertgefühl das Leben selbst in
1637 die Hand zu nehmen.

1638 12. Kultur und Medien für alle

1639 **Preise runter in Museen**

1640 DIE LINKE tritt ein für eine Kulturpolitik, die sozial orientiert gestaltet ist. Der Zugang zu Kultur
1641 darf nicht von der sozialen Lage oder Herkunft der Menschen abhängig sein. Um das zu
1642 erreichen, sollen sich die Museen öffnen. Eintrittspreise sollen keine Barriere mehr darstellen.
1643 Weitere Preiserhöhungen öffentlich geförderter Kulturinstitutionen aufgrund von Etatdefiziten
1644 lehnen wir ab. Die Preise müssen gesenkt werden, langfristig sollten die Sammlungen der
1645 Hamburger Museen permanent kostenfrei zugänglich sein.

1646 **Arbeits- und Produktionsbedingungen**

1647 Künstler*innen mussten unter der Kürzungspolitik des Senats in den letzten Jahren besonders
1648 leiden. DIE LINKE setzt sich für **faire Arbeitsbedingungen** in den institutionell geförderten
1649 Kultureinrichtungen ein. Tarifierhöhungen sind vollständig auszugleichen und zu dynamisieren.
1650 Dumpinggagen oder Tariffucht, zum Beispiel durch Outsourcing, sind nicht förderfähig. Eine
1651 'Innovationsoffensive' für die Hamburger Museen kann nur gelingen, wenn Tarifsteigerungen
1652 vollumfänglich ausgeglichen werden. DIE LINKE unterstützt deshalb die Forderungen des
1653 soziokulturellen Bündnisses 'KulturWert – Faire Tarife für Alle!'.

1654 Für die freie Theater-, Tanz- und bildende Kunstszene müssen existenzsichernde
1655 Mindestgagen und -Honorare verbindlich geregelt und finanziell abgesichert werden.

1656 Künstlerische Produktions- und Präsentationsräume müssen gesichert und neue Angebote zu
1657 günstigen Konditionen geschaffen werden.

1658 **Kulturelle Teilhabe und Chancengleichheit**

1659 Im Bereich der kulturellen Bildung muss die Zusammenarbeit zwischen Schulen und der
1660 Kulturszene verbessert werden. Der Projektfonds „**Kultur & Schule**“ soll aufgestockt werden.

1661 Als zentrale Einrichtungen generationsübergreifender Bildung sind die Hamburger
1662 Öffentlichen **Bücherhallen** für die Zukunft abzusichern.

1663 Mehr Stadtteile brauchen **Stadtteilkultureinrichtungen**. Dafür muss die Förderstruktur
1664 gezielt ausgeweitet werden.

1665 Um Hamburgs, von Migration geprägter Stadtgesellschaft gerecht zu werden, sollte die Stadt
1666 eine Diversitätsstrategie für die Kulturlandschaft anstoßen. Als Sofortmaßnahmen schlägt DIE
1667 LINKE eine **Servicestelle Diversitätsentwicklung** und einen Fonds für kulturelle Vielfalt vor.

1668 Um die Musik- und Clubkultur zu stärken, setzen wir uns für die Förderung von
1669 Schallschutzmaßnahmen, eine Erhöhung der Infrastrukturförderung, die Abschaffung der
1670 Stellplatzabgabe sowie für zusätzliche Übungsraumangebote ein.

1671 **Für eine neue Erinnerungskultur**

1672 DIE LINKE steht für eine verantwortungsbewusste, demokratische, antifaschistische und
1673 antirassistische **Erinnerungskultur**. Dazu gehört ein vollständiger, dynamisierter Ausgleich
1674 der Tarifsteigerungen für die „Stiftung Hamburger Gedenkstätten und Lernorte zur Erinnerung
1675 an die Opfer der NS-Verbrechen“. Im **Stadthaus**, als ehemaligem Hauptquartier der Gestapo,
1676 muss ein würdiger Lern-, Dokumentations- und Gedenkort entstehen. Ein Ort der Aufklärung
1677 über die Verfolgung im NS-Regime und über den antifaschistischen Widerstand gehört in das
1678 Zentrum der Stadt. Im Hamburger Rathaus müssen die Spuren der Revolution von 1918/19
1679 endlich sichtbar werden. Das 'gesamtstädtische (post-)koloniale Erinnerungskonzept' soll
1680 fortgeschrieben und eine Dekolonisierungsstrategie für Hamburg entwickelt werden. Die
1681 Förderung der Forschungsstelle '**Hamburgs (post-)koloniales Erbe**' wird bedarfsgerecht
1682 angepasst und verstetigt.

1683 Zu den verbindlichen Kernaufgaben des **Staatsarchivs** zählen auch die historische Forschung
1684 und Vermittlungsarbeit. Hamburg braucht einen neuen denkmalpolitischen Kurs. Der
1685 **Denkmalrat** muss in seinen Rechten gestärkt, der Denkmalverein angemessen finanziert
1686 werden.

1687 Die „**Woche des Gedenkens**“, wie sie bereits in den Bezirken Hamburg-Nord und Eimsbüttel
1688 stattfindet, soll hamburgweit ausgebaut werden.

1689 DIE LINKE setzt sich dafür ein, dass die immer noch nach Militarist*innen und
1690 Kolonialist*innen benannten Straßen, Plätze und Gebäude in Namen zur Erinnerung an
1691 **Antifaschismus, Antikolonialismus und Pazifismus** umbenannt werden.

1692 Wir fordern, dass der **8. Mai** als Tag der Befreiung vom Faschismus zum **Feiertag** wird.

1693 DIE LINKE stellt sich gegen jeden Versuch, die **Kunst- und Meinungsfreiheit**
1694 einzuschränken. Sie steht solidarisch an der Seite von Künstler*innen, Kulturschaffenden und

1695 Kulturinstitutionen, die von rechtsnationalistischen Parteien oder Gruppierungen angegriffen
1696 werden.

1697 **Medien für Alle**

1698 Das **Mediennutzungsverhalten** der Menschen ändert sich. Medien werden zunehmend
1699 miteinander verzahnt. Fernsehen, Radio, Internet und Printmedien werden durch mobile
1700 Plattformen zunehmend parallel konsumiert. Es bedarf großer gesellschaftlicher
1701 Anstrengungen, damit die Bedürfnisse nach Medien nicht dem reinen Kommerz unterworfen
1702 werden und die persönlichen Daten geschützt bleiben. Nur Menschen, die medienkompetent
1703 sind, haben die Chance, sich gegen die Übermacht der Werbeindustrie sowie gegen
1704 Bespitzelungen von Verfassungsschutz und anderen Geheimdiensten zur Wehr zu setzen.

1705 Der Förderung der **Medienkompetenz** misst DIE LINKE eine große Bedeutung zu – und zwar
1706 nicht nur bei Kindern, sondern entsprechend der spezifischen Bedarfe für alle Altersgruppen,
1707 Geschlechter, Milieus und Schichten. Das derzeitige Rahmenkonzept des Senats ist
1708 geschlechterblind und sieht zudem keine **Evaluation** der verschiedenen Angebote vor. Wir
1709 fordern eine lange überfällige Neubewertung und neue Ausrichtung der verschiedenen
1710 Angebote. Dabei muss beachtet werden, wie sie die Menschen erreichen, was sie bewirken
1711 und welche Angebote für die Zukunft erforderlich sind.

1712 Der Hinterzimmer Politik des Senats wollen wir eine **offene Medienpolitik** entgegensetzen.
1713 Die Bürgerschaft wird seit Jahren nur pro forma bei der Änderung von Rundfunk- und
1714 Medienstaatsverträgen beteiligt. Wir fordern, dass die Bürgerschaft und die Bevölkerung reale
1715 Möglichkeiten erhalten, ihre Meinung zu sagen und Einfluss nehmen zu können.

1716 **Bürgermedien** wie Lokalfunk und der Community-Sender TIDE müssen gesichert bleiben.

1717 DIE LINKE setzt sich für einen **starken öffentlich-rechtlichen Rundfunk** ein, der die
1718 Grundversorgung an Informationen, Unterhaltung und Bildung für die unterschiedlichen
1719 Interessen und Bedarfe der gesamten Bevölkerung garantiert. Dieser öffentlich-rechtliche
1720 Rundfunk muss zur Aufklärung und Information sowie zur Bildung mündiger Bürger*innen
1721 beitragen, sowie Frieden, Gerechtigkeit und Nachhaltigkeit befördern. Er unterliegt im
1722 Gegensatz zu den privaten Anbieter*innen einer **demokratischen Kontrolle**. Diese muss
1723 erhalten und ausgebaut werden. Die derzeitige Gestaltung des Rundfunkbeitrags ist unsozial
1724 und muss durch eine **sozial gerechte Finanzierung des öffentlich-rechtlichen Rundfunks**
1725 ersetzt werden. Wer ein geringes Einkommen hat, muss davon befreit werden, und zwar wo
1726 immer das möglich ist, ohne umständliche Antragsstellung. Die anderen Parteien lehnen
1727 unsere Initiativen nach einer Neubewertung der Rundfunkgebühren ab. Wir werden auch in
1728 der neuen Bürgerschaft Initiativen ergreifen, damit der Staatsvertrag nach sozialen
1729 Maßstäben gefasst wird.

1730 Wir setzen uns dafür ein, dass Rundfunkbeiträge in den nächsten Jahren nicht erhöht werden
1731 und die Rundfunkanstalten ihr Synergiepotenzial untereinander ernsthaft zur Kostenstabilität
1732 nutzen. Den in den öffentlichen Rundfunkanstalten beschäftigten freien Mitarbeiter*innen
1733 muss über gesicherte sozialversicherungspflichtige Arbeitsverhältnisse eine planbare Zukunft
1734 für ihr Leben gewährleistet werden.

1735 Wir wollen uns dafür einsetzen, dass auch im NDR bei den Produktionsbedingungen mehr
1736 **Geschlechtergerechtigkeit** herrscht. Der NDR braucht eine Quote bei seinen Produktionen,
1737 um Regisseurinnen und Kamerafrauen, aber auch anderen Berufsgruppen, mehr
1738 Geschlechtergerechtigkeit zuteilwerden zu lassen.

1739 **Kontrolle muss auch für die privaten Medien gelten:** Es kann nicht sein, dass private
1740 Medienanbieter*innen fast alles machen können, was sie wollen. Das Schielen nach hohen
1741 Quoten reduziert den Medienkonsum auf eine reine Warenbeziehung. Das widerspricht
1742 unserem Kulturverständnis zutiefst. Wir fordern daher eine Instanz, zum Beispiel
1743 **demokratisch legitimierte Beiräte**, die Programmangebote von privaten Anbieter*innen
1744 nach ethischen Gesichtspunkten überwachen.

1745 Die Medienanstalt Hamburg/Schleswig-Holstein (MA HSH) muss gestärkt werden.

1746 Es darf keine Steuergelder für die Eliteausbildung geben. Die Hamburg Media School wird mit
1747 einer sechsstelligen Summe aus Steuermitteln bezuschusst. Wir lehnen die Unterstützung
1748 dieser Eliteausbildung, die zudem nur mit hohen Studiengebühren überleben kann, ab.
1749 Projekte, die eine unabhängige Ausbildung von Journalist*innen ermöglichen, wie z.B. in
1750 Nordrhein-Westfalen, müssen auf ihre Umsetzbarkeit in Hamburg überprüft werden.

1751 Wir setzen uns weiterhin dafür ein, dass das Internet als der Bereich, in dem sich immer mehr
1752 Medienkonsum, aber auch Kreativität widerspiegelt, unabhängig von Geldbeutel und
1753 wirtschaftlicher Verwertbarkeit ein Raum für alle bleibt und das **ohne Upload-Filter**.

1754 Wir setzen uns weiterhin dafür ein, dass die Filmförderung Hamburg einen „**sozialen**
1755 **Drehpass**“ einführt, der – genauso wie der „grüne Drehpass“, der ökologisch vorbildliche
1756 Produktionen kennzeichnet – sozial vorbildliche Produktionen ausweist.

1757 Die Bedingungen für die **Filmförderung** sollen klare Regelungen für Produktionen enthalten,
1758 die Arbeitsbedingungen unterlaufen. Wir fordern Sperren für solche Produktionsfirmen und
1759 eine vollständige Rückforderung der Fördergelder.

1760 13. Breitensport statt Großevents

1761 **Mehr Anstrengungen für den Breitensport**

1762 Die Situation des Schul- und Breitensports in Hamburg ist mehr als unbefriedigend. In vielen
1763 Vereinen sind die Wartelisten insbesondere für Kinder und Jugendliche zu lang, immer mehr
1764 Sportvereine verfügen über einen Aufnahmestopp. Hallen sind häufig überbucht, mangelnde
1765 Hallenzeiten schränken die Möglichkeiten von Schulen und Vereinen ein. Der „Masterplan
1766 Active City“ reicht trotz gegenteiliger Behauptungen des Senates nicht aus, um die
1767 bestehenden Probleme des Schul- und Breitensports zu beseitigen – es fehlt ihm an der
1768 Finanzierungsgrundlage. Bestehende strukturelle Probleme werden sich durch die anhaltende
1769 Vernachlässigung verschlimmern. Denn bis 2030 werden bis zu 30.000 neue Sporttreibende
1770 in Hamburg erwartet.

1771 Die Hamburger Sportpolitik muss Rahmenbedingungen für kostenloses oder zumindest
1772 kostengünstiges Sporttreiben für die gesamte Bevölkerung schaffen. Sport hat eine soziale
1773 Funktion und dient dem **Zusammenhalt der Gesellschaft**. Auch integrationspolitisch ist es
1774 daher zentral, die sportliche Infrastruktur nachhaltig auszubauen.

1775 DIE LINKE will die chronische Unterfinanzierung des Breitensports stoppen und fordert
1776 deshalb eine **Erhöhung der Pauschalförderung** für Verbände, Vereine und den Hamburger
1777 Sportbund auf 12 Millionen Euro pro Jahr. Der Sportfördervertrag soll in ein
1778 **Sportfördergesetz** umgewandelt werden, um die langfristige Planung des Sports
1779 sicherzustellen. Wir wollen die Sportstätten- und Schwimmhalleninfrastruktur insbesondere in
1780 benachteiligten Quartieren und Stadtteilen umfangreich ausbauen. Die allgemeine
1781 Öffnungszeit der Schulsportplätze sollte bis in die Abendstunden reichen. Es müssen neue
1782 Stellen für Platzwarte sowie Hausmeister*innen geschaffen werden.

1783 DIE LINKE will Sport zu einer **Globalrichtlinie** erheben. Das bedeutet zum Beispiel: bei der
1784 Planung von Bauvorhaben muss auch die sportliche Infrastruktur bedacht werden. Hallen und
1785 Plätze dürfen dem Wohnungsbau nicht zum Opfer fallen.

1786 Die Nutzung der öffentlichen Turnhallen, Sportplätze und Schwimmhallen durch
1787 gemeinnützige Vereine und den Freizeitsport muss weiterhin entgeltfrei bleiben. **Kita-**
1788 **Bewegungsräume** sollen künftig in einer Mindestgröße von 120 Quadratmetern geplant
1789 werden, um so auch anderweitig für Sportkurse nutzbar zu sein.

1790 Für kleinere und mittlere Vereine sollten in den Behörden zentrale Ansprechpersonen
1791 zuständig sein. Die computergestützte Vergabe sämtlicher Sportanlagen und Schwimmbäder
1792 muss realisiert bzw. erweitert werden. Es sollten regelmäßige Konsultationen der
1793 Sportverbände durch die Politik und das Sportamt erfolgen.

1794 Vor allem Menschen in finanziell benachteiligten Stadtteilen brauchen umfassende
1795 Förderung, um ihren Bewegungs- und Sportbedürfnissen nachgehen zu können. Hierzu
1796 gehören auch geschlechtsspezifische Angebote. DIE LINKE schlägt außerdem gezielte
1797 **Sportförderprogramme** für benachteiligte Kinder und Jugendliche in den Stadtteilen vor.
1798 Ihre Ausrüstungs- und Vereinsbeiträge sollten ebenso durch die öffentliche Hand
1799 übernommen werden wie Vereinsbeiträge von Sport treibenden Erwerbslosen,
1800 Einkommensarmen und ihrer Kinder.

1801 **Strenge Regeln für Sportgroßveranstaltungen**

1802 Großevents wie Olympia oder die Teilausrichtung der EM 2024 kosten Milliarden von Euro.
1803 Die Gewinne jedoch fließen nicht in die Stadt zurück, sondern an internationale Großkonzerne
1804 und Sponsor*innen. Anstatt Millionen für Bewerbungen rund um **Sportevents** auszugeben,
1805 will DIE LINKE zunächst den Etat für die nachhaltige Sportinfrastruktur aufstocken. Bei der
1806 Ausrichtung, aber auch der Bewerbung für Sportgroßveranstaltungen muss völlige
1807 Transparenz über die entstehenden Kosten und Garantien gewährleistet werden. Eine
1808 Steuerbefreiung für die Gewinne in Fan-Zonen ist inakzeptabel. Grundrechte wie die
1809 Versammlungsfreiheit dürfen im Zusammenhang mit Großevents nicht eingeschränkt werden.
1810 Öffentliche Unternehmen dürfen nicht, wie z.B. in bisherigen Garantien zwischen Hamburger
1811 Senat und UEFA vorgesehen, mit ihrem Vermögen für die Ausrichtung der Spiele haften. Die
1812 Gesamtkosten für die Ausrichtung der **EM 2024** müssen von der UEFA und dem DFB
1813 übernommen werden.

1814 DIE LINKE lehnt die Privatisierung öffentlicher Sportanlagen sowie ÖPP (Öffentlich-Private
1815 Partnerschaften) ab. Diese führen dazu, dass städtische Flächen verkauft werden und die

1816 Stadt dann meist noch Miete für die entstandenen Plätze zahlen muss. Der Erhalt, die Pflege
1817 und der Betrieb öffentlicher Sportstätten gehören unter **städtische Verantwortung**. Wir
1818 sprechen uns weiterhin gegen den Bau einer Doppelrennbahn in Horn aus. Stattdessen soll
1819 das Gelände als Park und Biotop erhalten bleiben.

1820 DIE LINKE will die **Fankultur** über alle Sportarten hinweg fördern. Dazu will sie die
1821 Zusammenarbeit mit Fanclubs und ähnlichen Zusammenschlüssen weiter ausbauen.
1822 Programme gegen Rechtsextremismus und Homophobie soll die Stadt aktiv fördern.

1823 14. 100 Prozent Demokratie

1824 **Starke Bezirke – starke Stadt**

1825 Beteiligung und Selbstorganisation sind der Kern einer gelebten Metropolendemokratie.
1826 Bezirke und Bezirksversammlungen müssen dafür deutlich aufgewertet werden. Wandsbek,
1827 als größter Bezirk Hamburgs, wäre in der Rangliste der Einwohner*innenzahlen der
1828 Großstädte in Deutschland auf Platz 16, z.B. noch vor einer Stadt wie Bochum. Selbst
1829 Bergedorf mit seinen 130.000 Einwohner*innen liegt noch vor einer Stadt wie Offenbach.
1830 Trotz ihrer Bedeutung für das gesamte Bundesland Hamburg sind die Bezirke kaum mehr als
1831 nachgeordnete Ausführungsorgane der Senatspolitik und die gewählten
1832 Bezirksversammlungen zu verwaltungsbegleitenden Ausschüssen degradiert.

1833 DIE LINKE will die Bezirke zu selbstständigen kommunalen Einheiten entwickeln. Dem stehen
1834 allerdings das Groß-Hamburg-Gesetz von 1937 und die Landesverfassung entgegen. Das
1835 wollen wir mit einer Verfassungsänderung ändern. Hamburgs Bezirke müssen ein eigenes
1836 Haushaltsrecht bekommen, die **Bezirksversammlungen** zu vollwertigen parlamentarischen
1837 Gremien aufgewertet werden und beispielsweise den Bezirksamtsleitenden wählen. Das
1838 Recht des Senats zur Evokation von Entscheidungen muss begrenzt und die Möglichkeit der
1839 Senatsanweisung ganz abgeschafft werden.

1840 Die Bezirke werden seit Jahren personell ausgeblutet. Die realen Personalbedarfe der
1841 Bezirksämter auf Grundlage der jetzt schon zu erledigenden Arbeiten müssen neu erhoben
1842 werden. DIE LINKE setzt sich dafür ein, die für die Erhöhung der Quartiersfondsmittel
1843 reservierten Haushaltsgelder für eine gerechte Finanzierung der **Bürgerhäuser** einzusetzen.

1844 Ein Teil der bezirklichen Etats soll als **Bürger*innenhaushalt** geführt werden. Das heißt, dass
1845 die Bürger*innen darüber mitbestimmen, wie und wo konkret vorhandenes Geld investiert
1846 wird, ähnlich wie das schon im Berliner Bezirk Lichtenberg praktiziert wird.

1847 **Nachhaltigkeitsprojekte** sollen in allen Stadtteilen gefördert werden, wo Menschen sich
1848 zusammenschließen, um klimaschonende, ökologisch wichtige Vorhaben zu realisieren.
1849 Stadtteilwerkstätten und -versammlungen, in denen die Menschen vor Ort über ihre
1850 Vorstellungen und Wünsche diskutieren und entscheiden, sind zu unterstützen.

1851 Hamburgs **Quartiers- und Stadtteilbeiräte** müssen zu Säulen der Stadtteildemokratie
1852 entwickelt werden. Das erfordert einen eigenen Etatposten im Haushalt und eine mit Rechten
1853 versehene Berücksichtigung im Bezirksverwaltungsgesetz.

1854 Hamburgweite und bezirkliche **Volkentscheide** sind ein zentrales Instrument zur
1855 Demokratisierung der Gesellschaft und zur Durchsetzung von Anliegen zwischen den Wahlen.

1856 Senat und Bezirke haben sich an ihre Ergebnisse zu halten und sie umzusetzen. DIE LINKE
1857 fordert ein **Beteiligungsgesetz**, in dem umfassend alle Mitwirkungsmöglichkeiten und -
1858 rechte fixiert werden. Öffentliche Unternehmen müssen durch Beiräte aus der Bevölkerung
1859 demokratisiert werden.

1860 **Bürgerbegehren** und **Bürgerentscheide** werden in Hamburg immer wieder - in erster Linie
1861 vom Senat - im Vorfeld ausgebremst, ausgehebelt oder durch widersprechende Maßnahmen
1862 unterlaufen. Dies wollen wir ändern.

1863 In Bezirksangelegenheiten sollen für Bezirk und Senat daher Bürgerbegehren rechtlich
1864 verbindlich und Bürgerentscheide für das Verwaltungshandeln von Bezirk und Senat rechtlich
1865 bindend sein.

1866 Es darf in Hamburg keine weitere Schließung oder Einschränkung der Angebote von
1867 **Ortsämtern** geben. DIE LINKE will eine Umkehr der Zentralisierung bezirklicher Angebote.
1868 Dazu zählt die Rückkehr der Bezirksämter in die Fläche. Die Bezirksämter müssen wieder
1869 personell in die Lage versetzt werden, alle Angebote im Rahmen der öffentlichen
1870 Daseinsvorsorge selbst anzubieten. Die Zentralisierung von Aufgaben in einzelnen
1871 Bezirksämtern muss wieder umgekehrt werden.

1872 **Digitalisierung als Chance**

1873 DIE LINKE versteht die wachsende Digitalisierung vieler Lebens- und Arbeitsbereiche als
1874 Chance, um das Allgemeinwohl und die Teilhabe zu fördern. Bundesweit muss ein digitales
1875 Fundament geschaffen werden, auf dem eine positive Zukunft, abseits von kapitalistischen
1876 Dystopien umgesetzt werden kann. Essentielle Bausteine hierfür sind: freier Zugang zum
1877 Internet, Vergesellschaftung zentraler Infrastrukturen, Durchbrechen der kommerziellen
1878 Verwertungslogik von persönlichen Daten durch wirksamen Datenschutz und die Vermittlung
1879 von Digitalkompetenz für alle Hamburger*innen.

1880 Der Zugriff auf das Internet ist ein Grundrecht. Die Spielregeln werden aktuell jedoch
1881 hauptsächlich von privaten Konzernen mit monopolartigen Strukturen diktiert. DIE LINKE tritt
1882 für ein Internet der Bürger*innen ein, in dem Regeln und Strukturen unter gesellschaftlicher,
1883 demokratischer Kontrolle sind. Daher fordert DIE LINKE die flächendeckende
1884 **Rekommunalisierung** der gesamten IT-Infrastruktur für Hamburg und einen kostenlosen
1885 Internet-Zugang.

1886 Die Digitalisierung der Hamburger Verwaltung muss dazu genutzt werden, eine werbefreie
1887 Plattform aufzubauen, auf der alle städtischen Dienstleistungen nutzer*innenfreundlich an
1888 einem zentralen Ort gebündelt sind und barriere- und kostenfrei beantragt und abgewickelt
1889 werden können. Das Bereitstellen von Informationen und Diensten auf städtischen
1890 Internetseiten darf nicht weiter mit dem Verkauf persönlicher Daten der Benutzer*innen
1891 einhergehen. Laut Datenschutzbestimmungen von **www.hamburg.de** dürfen derzeit 117
1892 externe Dienstleister*innen mittels Cookies oder anderer Technologien Nutzer*innendaten
1893 sammeln!

1894 Damit sich die Hamburger*innen frei im digitalen Raum bewegen können, muss der Schutz
1895 der persönlichen Daten zu jeder Zeit gewährleistet sein. Um dies in weit größerem Ausmaß
1896 als bisher zu gewährleisten, ist die **beauftragte Person für Datenschutz** mit

- 1897 entsprechenden finanziellen Mitteln und rechtlicher Durchsetzungskraft auszustatten.
- 1898 Geschäftsgeheimnisse dürfen die Arbeit der*des Datenschutzbeauftragten nicht
- 1899 einschränken.
- 1900 Die Vermittlung von **digitalen Kompetenzen** muss eine zentrale Stellung bereits vor und in
- 1901 der Schule, während der Ausbildung, im Studium und in der Erwachsenenbildung bekommen.
- 1902 Das beginnt bei der Ausbildung von Pädagog*innen für alle Altersstufen bis hin zu
- 1903 generationsübergreifenden, digitalen Lernangeboten auf Quartiersebene. Hier gilt es, die
- 1904 Basis für eine mündige, selbstbestimmte und kritische Nutzung digitaler Angebote zu
- 1905 schaffen und diesen Bildungssektor nicht profitorientierten Konzernen zu überlassen. Die
- 1906 Verwendung von freier **Open-Source-Software** muss bei allen Bildungsangeboten Vorrang
- 1907 haben, damit keine finanzielle Abhängigkeit der Bildungseinrichtungen von kommerziellen
- 1908 Anbieter*innen entsteht.
- 1909 **Grundrechte stärken – Polizei demokratisieren**
- 1910 Die Polizei darf nicht als Nothelferin einer verfehlten Sicherheitspolitik missbraucht werden.
- 1911 Sie kann weder soziale Probleme lösen noch eine intakte soziale Infrastruktur in der Stadt
- 1912 ersetzen. DIE LINKE setzt dem das Leitbild einer modernen, bürgernahen, transparenten,
- 1913 demokratischen und grundrechtsfreundlichen Großstadtpolizei entgegen. Dafür ist eine
- 1914 umfassende **Demokratisierung** notwendig. Die rechtsstaatliche Bindung der Polizei und die
- 1915 Wahrung der Grundrechte sind dafür die Grundlage.
- 1916 Gegenwärtig gibt es allerdings einen repressiven Trend in der Sicherheitsarchitektur: Viele
- 1917 Bundesländer haben die Befugnisse der Polizei erheblich zulasten der Grund- und
- 1918 Freiheitsrechte ausgebaut – auch Hamburg. Während des **G20-Gipfels** 2017 haben viele
- 1919 Menschen Grundrechtsverletzungen am eigenen Leib erfahren – ob durch die
- 1920 Demonstrationsverbotszone, durch eigenmächtiges Polizeihandeln oder durch Polizeigewalt.
- 1921 Dabei hat sich gezeigt, dass Grundrechte oftmals auch gegen die Polizei verteidigt werden
- 1922 müssen.
- 1923 Aufgrund der besonderen Rolle der Polizei als Trägerin des staatlichen Gewaltmonopols ist
- 1924 eine unabhängige Kontrolle unerlässlich. In der Vergangenheit wurden bei der Aufarbeitung
- 1925 polizeilichen Fehlverhaltens immer wieder Defizite sichtbar. DIE LINKE setzt sich daher für die
- 1926 Schaffung einer **unabhängigen Polizeibeschwerdestelle** mit eigenständigen
- 1927 Ermittlungsbefugnissen ein. Die **Versammlungsfreiheit** muss gestärkt werden, z.B. durch
- 1928 die Abschaffung des Straftatbestands der Vermummung.
- 1929 Obwohl rassistische Diskriminierung verboten ist, machen viele Menschen in Hamburg die
- 1930 Erfahrung, dass sie von der Polizei aufgrund ihrer vermeintlichen ethnischen Zugehörigkeit
- 1931 kontrolliert werden. DIE LINKE fordert ein Ende des „**racial profiling**“. Positive Erfahrungen
- 1932 aus anderen europäischen Ländern zeigen, dass Polizeikräfte sensibilisiert und
- 1933 Kontrollmechanismen (z.B. Dokumentationspflichten) verankert werden müssen, um die
- 1934 illegale Praxis einzudämmen. „Racial profiling“ muss im Polizeigesetz explizit verboten
- 1935 werden. Verdachtsunabhängige Kontrollen als Einfallstore einer rassistischen Kontrollpolitik
- 1936 gehören abgeschafft. Zwar gibt es die „Gefahrengebiete“ nicht mehr, doch die „**gefährlichen**

- 1937 **Orte**“ ermöglichen noch immer erweiterte Polizeibefugnisse und gehören aus dem
1938 Polizeigesetz gestrichen.
- 1939 In Hamburg existieren eine Vielzahl **polizeilicher Datenbanken**, etwa für sogenannte
1940 politisch motivierte Kriminalität oder die Fußballfanszene. Für Betroffene ist kaum
1941 nachzuvollziehen, aus welchen Gründen sie in welchen Datenbanken gespeichert sind, eine
1942 Löschung ist nur schwer zu erreichen. DIE LINKE fordert eine Ausweitung der
1943 Betroffenenrechte, etwa durch Informationspflichten bei der Eintragung.
- 1944 Überhaupt ist die **polizeiliche Datenerhebung** in den letzten Jahren erheblich ausgebaut
1945 worden. Insbesondere vor dem Hintergrund neuer technischer Möglichkeiten (z.B.
1946 Gesichtserkennungssoftware) setzt sich DIE LINKE für informationelle Selbstbestimmung ein.
1947 Polizeiliche Datenerhebung muss auf das absolut notwendige Maß beschränkt werden.
1948 Insbesondere die **Videoüberwachung** des öffentlichen Raums lehnen wir entschieden ab.
- 1949 **Prävention statt Strafen**
- 1950 Die beste Justizpolitik ist eine gute Sozialpolitik. Je weitergehend soziale Rechte und
1951 Teilhabemöglichkeiten für die Menschen bestehen, desto weniger kommen sie in Konflikt mit
1952 dem Gesetz. DIE LINKE steht in diesem Sinne für eine gute Sozialpolitik sowie Prävention und
1953 Resozialisierung anstatt mehr und härterer Strafen.
- 1954 Noch immer kommen Menschen für kurze Zeit ins Gefängnis, weil sie Geldstrafen nicht
1955 bezahlen können oder wegen **Bagatelldelikten** wie Schwarzfahren, Diebstahls geringwertiger
1956 Sachen oder dem Verkauf geringer Mengen Marihuanas. Besonders stark davon betroffen
1957 sind Menschen ohne Aufenthaltsstatus oder Arbeitserlaubnis, für die ohnehin keine
1958 Resozialisierung und keine Perspektive in der Bundesrepublik vorgesehen ist. DIE LINKE will
1959 Ersatzfreiheitsstrafen und Freiheitsstrafen bei Bagatelldelikten daher zugunsten von Auflagen
1960 und Weisungen abschaffen. Härtere Strafen oder neue Gefängnisse werden nicht dazu führen,
1961 dass weniger Straftaten – insbesondere von Jugendlichen – begangen werden.
- 1962 Vielversprechender ist der Ausbau der **Straßensozialarbeit** und eine Perspektiven stiftende
1963 soziale Arbeit mit Jugendlichen. Dies würde mittelfristig auch die Justizvollzugsanstalten
1964 entlasten und den Betroffenen sinnvolle Lebensperspektiven eröffnen.
- 1965 **Vorrang für Resozialisierung**
- 1966 Zu einer zielgerichteten **Wiedereingliederung** von straffällig gewordenen Menschen in die
1967 Gesellschaft gibt es keine vernünftige Alternative. Doch die Hamburger Gefängnisse sind weit
1968 davon entfernt, eine gelungene Resozialisierung zu gewährleisten. Gefangene werden weder
1969 adäquat auf ihre Entlassung vorbereitet noch werden sie nach ihrer Entlassung bei den
1970 anstehenden Problemen der Wohnungs- und Arbeitssuche begleitet. Stattdessen herrscht
1971 häufig ein „Verwahrvollzug“, der Gewalt, Unterordnung und weitere Verrohung produziert.
1972 Daran hat auch das neue Resozialisierungsgesetz wenig geändert. Resozialisierung muss am
1973 ersten Tag der Haft beginnen.
- 1974 DIE LINKE will den **Maßregelvollzug** abschaffen und den offenen Vollzug schrittweise zum
1975 Regelvollzug ausbauen, der in Wohngruppen mit Wohngemeinschaften von maximal 20
1976 Personen stattfindet. Jeder inhaftierten Person wird **Straftataufarbeitung** in Einzel- oder

- 1977 Gruppengesprächen angeboten und es werden bei Bedarf therapeutische Angebote in der
1978 Erstsprache zur Verfügung gestellt.
- 1979 Qualifizierung, Arbeit und Freizeitmöglichkeiten müssen im Vollzug ausgebaut werden,
1980 arbeitende Inhaftierte müssen in die Renten- und Sozialversicherung einbezogen werden.
- 1981 Selbstorganisierte Strukturen wie **Gefangenenvvertretungen** und gewerkschaftliche Tätigkeit
1982 sollen gefördert und auf keinen Fall negativ sanktioniert werden. Für straffällig gewordene
1983 Menschen muss es einen sozialen Arbeitsmarkt in staatlicher Trägerschaft geben. Auf der
1984 Ebene der Anstalts- sowie Abteilungsleitung sollten in Zukunft überwiegend Menschen mit
1985 sozialer oder sozialpädagogischer Qualifikation eingestellt werden. Außerdem ist es wichtig,
1986 auch Migrant*innen, insbesondere „People of Colour“ im Justizvollzug zu beschäftigen.
- 1987 **Gerichte stärken**
- 1988 Justizpolitik orientiert sich heute oft an Vorstellungen von hohen und harten Strafen, *Law and*
1989 *Order* und populistischen Inszenierungen der vermeintlichen Zunahme von Straftaten – die
1990 real zurückgehen. DIE LINKE wird darauf hinwirken, dass eine gute personelle und materielle
1991 Ausstattung der Justiz, insbesondere der besonders belasteten Arbeits-, Sozial- und
1992 Verwaltungsgerichte umgesetzt wird. Sie müssen die vor ihnen ausgetragenen Verfahren
1993 effektiv und zügig bearbeiten können.
- 1994 Noch immer sind beispielsweise zahlreiche Bescheide der Jobcenter rechtswidrig, viele
1995 Klagen vor den Sozialgerichten sind erfolgreich. Hamburg ist in der Pflicht, alle Möglichkeiten
1996 auszuschöpfen, um die Rechte von Beziehenden von Sozialleistungen zu wahren. Dazu gehört,
1997 die **Dauer von Gerichtsverfahren** deutlich zu reduzieren.
- 1998 DIE LINKE tritt für die konsequente Durchsetzung des Gewaltenteilungsprinzips und eine
1999 Demokratisierung der Justiz ein. Die Unabhängigkeit der Justiz – der Gerichte und der
2000 Staatsanwaltschaften – muss nach europäischen Standards ausgebaut werden. Das
2001 Vertrauen in die Regeln einer demokratischen Gesellschaft lebt davon, dass gleiche Regeln
2002 für alle gelten, unabhängig vom Einkommen und vom gesellschaftlichen Status. Das ist in der
2003 Realität oft nicht der Fall. Straftaten, die im Bereich **Wirtschaftskriminalität** angesiedelt
2004 sind und der Gesellschaft meist riesigen Schaden zufügen, werden häufig nicht ausreichend
2005 gerichtlich aufgeklärt. Das kann durch eine stärkere Fokussierung der Staatsanwaltschaft auf
2006 diesen Bereich überwunden werden.
- 2007 **15. Reichtum besteuern - Schuldenbremse abschaffen!**
- 2008 **Umverteilung braucht eine radikale Besteuerung großer Vermögen**
- 2009 Obszöner Reichtum und bittere Armut nehmen in Deutschland immer weiter zu, verschärfen
2010 die **Spaltung der Gesellschaft**.
- 2011 Auf Gewinne aus Kapital und Aktien wird eine Billigsteuer erhoben, weniger als die Hälfte von
2012 dem, was unter Helmut Kohl gezahlt wurde. Wer hingegen wenig oder nichts hat, zahlt mehr
2013 und mehrfach: Lohnsteuer kann man nicht hinterziehen, sie wird sofort abgezogen. Die
2014 Mehrwertsteuer trifft prozentual Menschen mit niedrigem Einkommen stärker. Große
2015 Vermögen wachsen und wachsen.
- 2016 Wir wollen Umverteilen durch eine **gerechte Steuerpolitik**, die alle unteren und mittleren
2017 Einkommen entlastet und insbesondere den Reichtum besteuert.

2018 Bundesweit würde eine solche Steuerpolitik jedes Jahr 80-100 Milliarden € für Investitionen in
2019 Soziales, Klimaschutz und Bildung verfügbar machen. Geld ist da – nur noch in den falschen
2020 Händen!

2021 **Schuldenbremse streichen – sozial-ökologischen Umbau finanzieren**

2022 Die sogenannten Schuldenbremsen auf europäischer Ebene sind Zeichen einer sterbenden
2023 Ideologie. Einer Ideologie, die staatliches und gemeinschaftliches Handeln durch
2024 Privatisierungen ersetzen will. In der realen Welt hat dies zum Ausverkauf unseres (Staats-
2025)Eigentums und zu gigantischen Profiten für Großkonzerne geführt. Sichtbar für alle:
2026 Vermodernde Schulen, gefährlich vernachlässigte Gehwege oder schlechter Service bei
2027 staatlichen Dienstleistungen sind auch im reichen Hamburg allgegenwärtig.

2028 Der klimaverträgliche Umbau der Stadt verlangt Investitionen in Milliardenhöhe: für den Bau
2029 von Bahnstrecken, Erneuerung der Energieversorgung und Forschung. Diese
2030 **unaufschiebbaren Zukunftsinvestitionen** können bei den derzeitigen Niedrig- oder
2031 Nullzinsen problemlos per Kredit finanziert werden. Die kommenden Generationen können es
2032 sich nicht leisten, dass wir die Verkehrs- und Energiewende hinausschieben.

2033 **Gemeindewirtschaftssteuer anstatt Gewerbesteuer**

2034 Hier gilt es, einer Ungleichbehandlung entgegenzutreten. Zur Gewerbesteuer herangezogen
2035 werden Unternehmen, die Einkünfte aus Gewerbebetrieb generieren. Unternehmen, die
2036 Einkünfte aus „selbstständiger Tätigkeit“ oder „Einkünfte aus Land- und Forstwirtschaft“
2037 werden hierzu nicht herangezogen. Mit Einführung einer **Gemeindewirtschaftssteuer**
2038 werden auch freie Berufe wie Rechtsbeistände oder ärztliches Fachpersonal herangezogen,
2039 was nur gerecht ist, da auch diese die öffentlich bereitgestellte Infrastruktur zu ihrem
2040 geschäftlichen Vorteil nutzen.

2041 **Grunderwerbsteuer**

2042 Die **Grunderwerbssteuer** auf Immobilien ist unter Einbezug einer sozial gestaffelten
2043 Freistellungsregelung von derzeit 4,5 % auf 6 % zu erhöhen. Dies verschafft Hamburg jährliche
2044 Mehreinnahmen in Höhe von rund 220 Mio. €.

2045 **Grundsteuer**

2046 Die **Grundsteuer** ist eine Steuer auf Eigentum und muss auch von den Eigentümer*innen
2047 erbracht werden. Die gängige Praxis der Umlage auf Mieter*innen ist zu unterbinden, die
2048 entsprechende Umlagemöglichkeit als Betriebskosten im Rahmen der
2049 Nebenkostenabrechnung nach § 2 Betriebskostenverordnung gehört abgeschafft. Bei der
2050 anstehenden Neugestaltung der Grundsteuer muss der Wert eines Grundstücks und damit
2051 auch der Bebauung Grundlage der Bemessung sein.

2052 **Ausbau der Steuerverwaltung**

2053 Um eine **gerechtere Besteuerung aller Bevölkerungsschichten** gewährleisten zu können,
2054 muss die **Steuerverwaltung deutlich ausgebaut** werden. Insbesondere müssen regelmäßig
2055 Steuerprüfungen bei großen Unternehmen in Hamburg durchgeführt werden können,
2056 Hamburger Einkommensmillionär*innen müssen einer jährlichen Steuerprüfung unterzogen
2057 werden. Um dieses umsetzen zu können wollen wir die Steuerverwaltung um 64 Stellen
2058 aufstocken. Im bundesweiten Durchschnitt rechnen wir mit 1,5 Mio. € Mehreinnahmen je
2059 Betriebsprüfer*in.

2060 **Banken**

2061 Einige Banken, auch hier in Hamburg, haben sich über Jahre **widerrechtlich an öffentlichem**
2062 **Eigentum bereichert**. Viele Milliarden an Steuergeldern sind Banken durch sogenanntes
2063 Dividendenstripping (**Cum-Ex/Cum-Cum**) ausgezahlt worden, ohne dass diesen die
2064 erhaltenen Erstattungsbeträge zustanden. Diese Beträge sind von den Banken und
2065 Anleger*innen zurückzuholen, der Staat muss deutlich gegen diesen Steuerraub vorgehen.
2066 Deutschlandweit ist ein Schaden von bis zu 31,8 Milliarden Euro entstanden - dieses Geld
2067 muss verschärft eingetrieben werden.

2068 Bankenrettungen auf Kosten der Gesellschaft sind zu unterbinden. Die Eigentümer*innen und
2069 die Geld-/Kreditgebenden müssen für die Banken haften. Die Einlagen von Kleinsparer*innen
2070 müssen öffentlich abgesichert werden. Sparkassen und Genossenschaftsbanken dürfen nicht
2071 für Mega-Banken haften.

2072 **16. Das solidarische Hamburg ist möglich**

2073 Während die Armut zunimmt, bleibt Reichtum unangetastet. Die soziale Ungleichheit in
2074 Hamburg verschärft sich.

2075 Wir LINKEN sind die einzigen Bürgerschaftspartei, die diesem Zustand eine **soziale**
2076 **Alternative** gegenüberstellen. Wir kämpfen mit den von hohen Mieten, schlechter
2077 Gesundheitsversorgung, Hartz-Sanktionen, stressiger Arbeit und Diskriminierung Betroffenen
2078 für **eine solidarische Stadt**. Wir tun dies an ihrer Seite: In den Betrieben, Kitas und
2079 Krankenhäusern, auf der Straße und im Parlament.

2080 DIE LINKE ist Teil der **sozialen Opposition** in Hamburg. Als solche haben wir in den
2081 vergangenen Jahren einiges erreicht. Zusammen mit solidarisch gesinnten Hamburger*innen
2082 konnten wir den **rot-grünen Senat an einigen wichtigen Punkten unter Druck** setzen: Die
2083 Olympiabewerbung wurde abgewendet, die Rekommunalisierung des Fernwärmenetzes per
2084 Volksentscheid beschlossen, die Kampagne gegen den Pflegenotstand hat die erste Hürde
2085 des Volksentscheids mit Bravour genommen und der Landesmindestlohn steht auch dank uns
2086 wieder auf der Tagesordnung.

2087 Wir rufen dazu auf: **Machen sie Druck**, lassen sie sich die Ungerechtigkeiten nicht gefallen,
2088 beteiligen sie sich an Bürger*innennitiativen, engagieren sie sich z.B. in Gewerkschaften,
2089 Flüchtlingsinitiativen, Selbsthilfeprojekten oder im Kampf für mehr Klimagerechtigkeit. Für die
2090 Abwendung der Klimakatastrophe sowie mehr Solidarität und soziale Gerechtigkeit in unserer
2091 Stadt!

2092 Und wir rufen dazu auf. Geben sie am 23. Februar **alle 10 Stimmen für die Kandidat*innen**
2093 **der LINKEN**, um den Druck für einen Politikwechsel- so schnell wie möglich - zu erhöhen.